



HESSISCHER LANDTAG

24. 09. 2002

115. Sitzung

Wiesbaden, den 24. September 2002

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	7975	Frage 698 – Abg. Barbara Stolterfoht	7978
<i>Entgegengenommen</i>	7976	Kleine Anfrage Drucks. 15/3511	
Präsident Klaus Peter Möller	7975, 7972, 8022	Hildegard Pfaff	7978
Lothar Klemm	7975, 7989, 7992, 7993	Ministerin Silke Lautenschläger	7978, 7979
Stefan Grüttner	7990, 7994	Dr. Judith Pauly-Bender	7978
Frank-Peter Kaufmann	7991, 7994	Barbara Stolterfoht	7979
Dorothea Henzler	7992	Frage 699 – Abg. Alfons Gerling	7979
Tarek Al-Wazir	7993	Cannabis-Freigabe-Kampagne	
Prof. Erika Fellner	7993	Alfons Gerling	7979
46. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP be- treffend Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Drucks. 15/4129) und Änderungsan- trag der Fraktionen der CDU und der FDP (Drucks. 15/4216) – Drucks. 15/4243 –	7975	Ministerin Silke Lautenschläger	7979, 7980
<i>Dem Innenausschuss (federführend) und dem Kul- turpolitischen Ausschuss (beteiligt) zur abschließen- den Beratung überwiesen</i>	7975	Tarek Al-Wazir	7979
Präsident Klaus Peter Möller	7975	Barbara Stolterfoht	7980
1. a) Fragestunde – Drucks. 15/4203 –	7976	Frage 700 – Abg. Alfons Gerling	7980
<i>Abgehalten</i>	7983	Verhältnis zwischen Haft, Geldstrafe und ge- mein7980nütziger Arbeit	
Präsident Klaus Peter Möller	7983	Alfons Gerling	7980
Frage 689 – Abg. Petra Fuhrmann	7976	Minister Dr. Christean Wagner	7980
Stabsstelle „Familienpolitik“ im Sozialministerium		Frage 701 – Abg. Dieter Franz	7980
Barbara Stolterfoht	7976, 7977	Einstellung von Polizisten	
Ministerin Silke Lautenschläger	7976, 7977	Dieter Franz	7980
Tarek Al-Wazir	7976	Minister Volker Bouffier	7980
Dr. Judith Pauly-Bender	7977	Frage 702 – Abg. Dr. Norbert Herr	7981
Frage 695 – Abg. Hans Michael Maus	7977	Entwicklung von Qualitätsstandards	
Kleine Anfrage zum OFFENSIV-Gesetz		Dr. Norbert Herr	7981
Hans Michael Maus	7977, 7978	Ministerin Karin Wolff	7981
Ministerin Silke Lautenschläger	7977	Lothar Quanz	7981
Minister Jochen Riebel	7978	Frage 703 – Abg. Dr. Norbert Herr	7981
Tarek Al-Wazir	7978	Elterntelefon	
Frage 697 – Abg. Barbara Stolterfoht	7978	Dr. Norbert Herr	7981
Kleine Anfrage Drucks. 15/3688		Ministerin Karin Wolff	7981
Barbara Stolterfoht	7978	Tarek Al-Wazir	7981
Ministerin Silke Lautenschläger	7978	Frage 704 – Abg. Brigitte Kölsch	7982
		Ergebnisse der Shell-Studie 2002	
		Armin Klein	7982
		Ministerin Karin Wolff	7982
		Frage 705 – Abg. Inge Velte	7982
		Gesellschaft mit Integrationsproblemen	
		Inge Velte	7982
		Ministerin Karin Wolff	7982

	Seite
Frage 706 – Abg. Inge Velte	7982
Integration von Zuwandererkindern	
Inge Velte	7982
Ministerin Karin Wolff	7982
Frage 716 – Abg. Dr. Thomas Spies	8023
Maßnahmen zur primären gesundheitlichen Prävention	
Frage 720 – Abg. Sarah Sorge	8023
Lehramtsstudiengänge an der Philipps-Universität Marburg	
Frage 721 – Abg. Sarah Sorge	8023
Kulturhauptstadt Europa	
<i>Die Fragen 716, 720, 721 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 707, 708, 710 bis 715, 717 bis 719 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden. Die Fragen 709 und 722 wurden von den Fragestellerinnen zurückgezogen.</i>	
b) Regierungsbefragung	7983
Abgehalten	7989
Tarek Al-Wazir	7983
Minister Volker Bouffier	7983
Siegbert Ortmann	7983, 7984
Minister Dr. Christean Wagner	7984
Dr. Judith Pauly-Bender	7984
Minister Wilhelm Dietzel	7984
Barbara Stolterfoht	7984
Minister Jochen Riebel	7984, 7985
Horst Klee	7985
Minister Volker Bouffier	7985
Silvia Hillenbrand	7985
Ministerin Silke Lautenschläger	7985
Dr. Walter Arnold	7985
Minister Dieter Posch	7985
Lothar Quanz	7986
Ministerin Karin Wolff	7986

	Seite
Mark Weinmeister	7986
Ministerin Karin Wolff	7986
Inge Velte	7986, 7987
Ministerin Silke Lautenschläger	7987
Günter Rudolph	7987
Minister Volker Bouffier	7987
Minister Jochen Riebel	7987
Armin Klein	7987, 7988
Minister Volker Bouffier	7988
Eva Ludwig	7988
Ministerin Silke Lautenschläger	7988, 7989
Hona Dörr (Bergstraße)	7989
Minister Karlheinz Weimar	7989
Präsident Klaus Peter Möller	7989
4. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 15/4218 –	7995
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	8022
b) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2002 bis 2006 – Drucks. 15/4242 –	7995
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	8022
27. Antrag der Fraktion der SPD betreffend unverzügliche Vorlage eines Nachtragshaushaltes – Drucks. 15/4130 –	7995
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	8022
Minister Karlheinz Weimar	7995
Reinhard Kahl	8003
Norbert Schmitt	8004
Roland von Hunnius	8005
Frank-Peter Kaufmann	8012
Frank Lortz	8018
Präsident Klaus Peter Möller	8022

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Jochen Riebel
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Herbert Landau
MinDirig Franz Knauer
Staatssekretär Frank E. Portz
MinDirig Dr. Ekkehard Kurth
Staatssekretär Frank Gotthardt
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Petra Fuhrmann
Christel Hoffmann
Dieter Nolte
Gerold Reichenbach
Manfred Schaub

(Beginn: 14.04 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die heutige 115. Plenarsitzung des Landesparlaments, heiße Sie alle herzlich willkommen und stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist.

Meine Damen und Herren Kollegen und alle unsere Zuhörerinnen und Zuhörer, ich darf Sie zunächst bitten, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Am 12. September 2002 wurde ein aktiver Kollege dieses Hauses, Günther Becker, mitten aus dem Leben, mitten aus unserem Kreis gerissen. Er wurde Opfer einer heimtückischen Krankheit. Für uns alle war das überraschend, nicht vorausgeahnt.

Günther Becker stammt aus meinem Wahlkreis, aus Gießen, wo er fest in der Kommunalpolitik verankert war, bis zuletzt seiner Fraktion angehört hat, wo er 16 Jahre lang die Sozialdemokratische Partei als Stadtverbandsvorsitzender führte und wo er eine Koalition zusammengeführt und zusammengehalten hat, die eine lange Zeit trotz mancher Schwierigkeiten überdauert hat. Das war sein kommunalpolitisches Engagement, das er sehr stark in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit gestellt und das ihn viel Kraft gekostet hat.

Günther Becker war natürlich auch Mitglied dieses Hauses. Er war seit dem 5. April 1987 Abgeordneter. Zuletzt war er der Vorsitzende der Kontrollkommission und für seine Fraktion der rechtspolitische Sprecher und der Sprecher für Ausländerpolitik. Unvergessen ist seine Tätigkeit im Petitionsausschuss. Mein Eindruck war, dass sein Herz immer dieser Tätigkeit gehört hat. Er hat sich dort sehr engagiert, jeden Einzelfall geprüft, sich eingesetzt und auch ein Stück Stolz aus dieser Tätigkeit, gerade aus diesem Bereich genommen.

Sehr viele Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses haben ihn auf seinem letzten Weg begleitet, auch ich. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. – Ich bedanke mich, dass Sie sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen erhoben haben.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, der Ausfall eines Abgeordneten hat die klare Folge, dass jemand für ihn nachrückt. Deshalb begrüße ich in unserer Mitte Frau Margrit Jansen, die heute das erste Mal als Abgeordnete des Hessischen Landtags an dieser Plenarsitzung teilnimmt.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen einen guten Start, dass Sie von Enttäuschungen frei bleiben, und dann sehen wir, wie es weitergeht.

Zur Tagesordnung. Die Tagesordnung vom 18. September 2002 und ein Nachtrag von heute mit jetzt schon insgesamt 62 Punkten liegen Ihnen vor. Es sind drei Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkte 53, 54 und 55 eingegangen. Das heißt, geteilt durch drei: 20 Minuten je Aktuelle Stunde und fünf Minuten Redezeit je Fraktion. Das haben wir vorbesprochen. Das beschließen Sie hiermit. – Da mir niemand widerspricht, ist das so beschlossen.

Ich kündige auch schon an, dass im Anschluss an die Fragestunde eine Debatte aufgrund eines Geschäftsordnungsantrags der SPD-Fraktion stattfinden wird über die Platzierung eines Tagesordnungspunktes unter dem Stichwort „Burg Staufenberg“. Das sollte bewusst nicht jetzt, sondern nach dem ersten Tagesordnungspunkt geschehen.

Es sind Nachfolger für Herrn Kollegen Becker zu wählen: für die Kommission gemäß dem Hessischen Ausführungsgesetz zu Art. 10 Grundgesetz, für die Parlamentarische Kontrollkommission und für die Artikel 13 Grundgesetz-Kommission. Wir haben uns verständigt, dass die Wahlvorschläge spätestens bis Donnerstag vorliegen und dass wir – wie schon angekündigt – in einer offenen Abstimmung hier beschließen können.

Noch eingegangen ist der eben erwähnte Antrag „Burg Staufenberg“, den wir vernünftigerweise dann bei der Erörterung der Platzierung behandeln. Sie müssen dazu nur noch die Dringlichkeit beantragen.

Dann gibt es noch einen Dringlichen Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 64, den wir zusammen mit Tagesordnungspunkt 44 aufrufen können. Gibt es Einwände gegen die Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich möchte – wie ebenfalls interfraktionell vereinbart – zunächst den **Tagesordnungspunkt 46** aufrufen:

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Drucks. 15/4129) und Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP (Drucks. 15/4216) – Drucks. 15/4243 –

Der Antrag soll ohne Aussprache an den Innenausschuss, federführend, und den Kulturpolitischen Ausschuss, beteiligt, zur abschließenden Beratung überwiesen werden, damit auch der Kulturpolitische Ausschuss bei der Gesetzesberatung beteiligt wird. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich weise ferner darauf hin, dass mit dem Tagesordnungspunkt 40 eine weitere Große Anfrage – Drucks. 15/3467 – auf Begehren der Fraktion der SPD in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Die Antwort lag bislang nicht vor. Jetzt ist sie im Landtag eingegangen, ein Werk von 100 Seiten. Je ein Exemplar wurde vorab den parlamentarischen Geschäftsführern zur Verfügung gestellt. Ich schlage vor, wir entscheiden, wie wir das behandeln, wenn es aufgerufen wird.

Es ging schließlich ein Schreiben der Staatskanzlei vom 16. September 2002 zur Großen Anfrage von Abgeordneten der SPD betreffend soziale Infrastruktur für Familien mit Kindern in Hessen mit der Bitte um weitere Fristverlängerung ein. Das lassen wir auch einmal außen vor.

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben sich heute Morgen darauf verständigt, die Redezeiten an vielfacher Stelle in der Tagesordnung um fünf Minuten zu kürzen. Das können wir wahrscheinlich so festhalten. – Herr Kollege Klemm, bitte.

Lothar Klemm (SPD):

Herr Präsident, ich habe eine Bitte. Zu Tagesordnungspunkt 10 hatten wir heute Morgen zehn Minuten vorgesehen, da kürzen wir auf fünf Minuten. Das ist vorbesprochen.

chen; nicht mit Frau Henzler, aber ich gehe davon aus, dass sie zustimmt.

(Dorothea Henzler (FDP): Ich weiß es auch schon!)

Stattdessen bitten wir zu Tagesordnungspunkt 34 statt der vorgesehenen fünf Minuten um zehn Minuten Redezeit, sodass wir dort den Tausch mit den fünf Minuten machen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin Henzler protestiert nicht. Da haben wir fünf Minuten gespart und --

(Dorothea Henzler (FDP): Haben wir nicht! – Stefan Grüttner (CDU): Wir haben nur getauscht!)

– Wir haben nur getauscht. Fünf Minuten gespart und fünf Minuten hinzugewonnen, wollte ich in der mir unnachahmlichen Höflichkeit sagen: hinzugewonnen.

(Dorothea Henzler (FDP): Das wäre noch etwas gewesen, wenn wir gespart hätten! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir bestehen auf der Nachtsitzung!)

– Es wird auch eine Nachtsitzung geben. Das gilt selbst dann, wenn wir an Gott weiß noch was für Stellen reduzieren.

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sie haben es in der Hand, wie lang die Sitzung in die Nacht hineinreichen wird. Das ist Ihre Sache.

Ich frage jetzt: Ist die Tagesordnung mit Ausnahme der Initiative zur Burg Staufenberg genehmigt? – Das ist der Fall.

Wir wollen heute bis 18 Uhr tagen. Wir beginnen gleich mit der Fragestunde und der Regierungsbefragung. Danach wird es mit der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes weitergehen.

Einen kleinen Hinweis möchte ich noch geben. Das Seminar „Im Zentrum der Landespolitik“ hat heute um 10 Uhr im Raum 705 W begonnen. Alle, die daran teilnehmen, sind herzlich willkommen. Das Seminar wird bis zum 26. September 2002 gehen. Jeder, der dabei die Abgeordneten löchert, ist willkommen. Denn das zu tun, ist die Aufgabe der Teilnehmer dieses Seminars.

Es soll ein Fußballspiel der besonderen Art geben. Das wird heute Abend um 18.30 Uhr auf der Sportanlage von Dyckerhoff stattfinden. Es wird gegen eine Auswahl von Pfarrern aus Nordhessen gespielt werden. Na ja, schauen wir einmal. Toi, toi, toi. Ewas unchristlich wünsche ich, dass die Pfarrer das Ihre dazu beitragen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

Fragestunde – Drucks. 15/4203 –

Es gibt aus der letzten Fragestunde noch zwei Fragen. Die erste davon ist **Frage 689** von Frau Abg. Fuhrmann. Wer übernimmt die Frage für sie?

(Günter Rudolph (SPD), sich zu seinem Platz begebend: Ja!)

– Herr Rudolph. – Er ist nicht Frau Fuhrmann, aber er übernimmt ihre Frage.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Stolterfoht übernimmt die Frage!)

– Frau Kollegin Stolterfoht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was ist denn jetzt? Was ist das denn für ein Durcheinander bei euch?)

Das war nicht meine Schuld. Die Frage übernimmt jetzt Frau Stolterfoht.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Aufgaben und Funktion hat die Stabsstelle „Familienpolitik“ im Sozialministerium, deren Einrichtung Ministerin Lautenschläger Ende Mai angekündigt hat?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Stolterfoht, wie Sie selbst wissen, ist Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe. Sie betrifft nicht nur das Sozialministerium, sondern die gesamte Landesregierung. Das geht von der Abteilung bei uns im Ministerium, die sich mit Familien beschäftigt, bis hin zu der Beschäftigung mit dem Thema Rente. Natürlich sind aber auch die Steuergesetzgebung und vieles mehr typische Themen der Familienpolitik.

Die Stabsstelle soll für die Bündelung zuständig sein.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin Stolterfoht stellt eine Zusatzfrage.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Wird Herr Borchert, der ein prominenter Berater des Herrn Ministerpräsidenten war, für die Stabsstelle „Familienpolitik“ tätig werden?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Borchert ist ein Berater der Landesregierung, der fundierte Vorschläge macht. Er steht uns immer wieder zur Verfügung. Aber nur die Themen zusammenzuführen und zu bündeln, ist keine Aufgabe, die Herrn Borchert ausfüllen würde.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Al-Wazir stellt eine Zusatzfrage.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, der interessante Bericht, den Herr Borchert vorgelegt hat, hat bisher im praktischen Handeln der Landesregierung überhaupt keine Rolle gespielt. Wird das mit der Stabsstelle genauso sein?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Der Bericht spielt im praktischen Handeln der Landesregierung durchaus eine große Rolle. Denn sowohl zu der Rentenpolitik wie auch zum Thema Existenzminimum und zu vielem anderen mehr haben viele Gespräche und

Vorbereitungen stattgefunden. Sie selbst wissen, dass man diese Probleme nicht in zwei Tagen bewältigen kann. Die Gestaltung der Rentenpolitik und der Steuergesetzgebung sind größere Aufgaben, die nicht innerhalb von mehreren Monaten bewältigt werden können. Aber Vorbereitungen zu diesen Themen und auch die Auseinandersetzung mit diesem Bericht finden fortwährend statt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Pauly-Bender.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Frau Ministerin, konnte die Stabsstelle denn dazu beitragen, dass die vielen noch unbeantworteten Fragen zur Familienpolitik schneller beantwortet werden konnten? Wie lässt sich erklären, dass Sie eine zusätzliche Stelle geschaffen haben und wir gleichwohl Not leiden hinsichtlich des Erhalts von Informationen aus Ihrem Haus?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Liebe Kollegin Pauly-Bender, erstens muss ich Ihnen sagen, dass sich die Stabsstelle momentan in Vorbereitung befindet.

Zweitens. Sie wird nicht das Parlamentsreferat ersetzen. Vielmehr soll sie Themen bündeln, aufarbeiten und weiter zusammenführen.

Das andere wird im Parlamentsreferat bearbeitet. Da Sie es aber bereits angesprochen haben, möchte ich Ihnen dazu jetzt auch gerne Auskunft geben. Sie haben für heute dazu mehrere mündliche Fragen eingebracht, mit denen zu diesen Themen nachgefragt wird. Dazu möchte ich jetzt gleich Folgendes ausführen. Einige Fragen, die Sie heute in die Fragestunde aufgenommen haben, haben nichts mit unserem Haus zu tun.

Hinsichtlich der Kleinen Anfrage betreffend Umsetzung des Psychotherapeutengesetzes ist die Antwort dem Landtag bereits zugeleitet worden.

Bei der Kleinen Anfrage des Herrn Kollegen Spies hat es ein Versehen beim Landtag gegeben. Wir haben die Antwort vom 16.02.2002 nun noch einmal zur Verfügung gestellt.

Zu den anderen Kleinen Anfragen, die heute auch Gegenstand der Fragestunde sind, ist Fristverlängerung beantragt.

Zum Teil sind natürlich auch sehr umfangreiche Ressortabstimmungen notwendig. Das wird nach wie vor von uns ernst genommen. Wenn auf Anfragen hin umfangreiche Ressortabstimmungen mit den entsprechenden Themensetzungen notwendig sind – zum Teil ergibt sich daraus viel Abstimmungsbedarf –, dann ist es ein normales parlamentarische Verfahren, dass Fristverlängerungen beantragt und auch gewährt werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Wofür so eine Stabsstelle alles gut sein kann.

Nur die Fragestellerin, also Frau Stolterfoht als deren Vertreterin, darf noch eine Frage stellen. Frau Bergelt, das ist

leider so. Es dürfen nur zwei andere Abgeordnete Zusatzfragen stellen.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Frau Ministerin, Sie haben bemerkt, die Stabsstelle „Familienpolitik“ solle eine Querschnittsaufgabe wahrnehmen, weil Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe sei. Darin kann man Ihnen nur zustimmen. Ich schließe aber daran die Frage an: Wird denn die Stabsstelle „Familienpolitik“ auch etwas zu sagen haben?

(Zuruf von der CDU: Mein Gott!)

Hat sie Befugnisse, um den Kollegen von Ihnen, die keine familienfreundlichen Maßnahmen oder Gesetzesentwürfe, die nicht familienfreundlich ausgestaltet sind, vorzuschlagen, in den Arm zu fallen? Wird sie schon im Vorfeld ein Veto einlegen und die Kollegen beeinflussen können? Das heißt: Wird sie etwas zu sagen haben, oder wird sie nur da sein?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Kollegin Stolterfoht, vielleicht wäre es bei der vorhergehenden Regierung notwendig gewesen, dass eine Stabsstelle bei den Vorbereitungen eingreifen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bei der jetzt im Amt befindlichen Landesregierung ist es üblich, dass die Familienpolitik in allen Bereichen eine große Rolle spielt und Beachtung findet. Die Stabsstelle wird dazu dienen, das zu bündeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Es folgt **Frage 695** des Herrn Abg. Maus.

Hans Michael Maus (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Bleibt die Sozialministerin bei ihrer Antwort vom 24. Juni 2002 auf die Kleine Anfrage der Abg. Schönhut-Keil, dass für Erstellung und Präsentation der Bundesratsinitiative OFFENSIV-Gesetz „... zusätzliche Personalkosten nicht entstanden sind, sondern das OFFENSIV-Gesetz von den beteiligten Personen im Rahmen ihrer Dienstaufgaben erstellt wurde“?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Abg. Maus, ja.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die Antwort war überraschend schnell. Herr Abg. Maus stellt eine Zusatzfrage.

Hans Michael Maus (SPD):

Herr Präsident, danke. – Frau Ministerin, ist Ihnen nicht bekannt, dass in der Staatskanzlei für diesen Gesetzentwurf extra jemand eingestellt wurde? Jedenfalls wurde die Stelle gegenüber dem Personalrat so begründet.

Präsident Klaus Peter Möller:

Es antwortet die Staatskanzlei. Herr Staatsminister Riebel.

Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Maus, die Fragestellung insinuiert, dass für diese Aufgabe ein Mitarbeiter eingestellt worden sei. Das trifft so nicht zu. Ein Mitarbeiter wurde nicht ausdrücklich im Zuge dieses Gesetzgebungsverfahrens, sondern aus anderen Gründen in der Staatskanzlei eingestellt. Das geschah nicht zur Erarbeitung dieses Gesetzentwurfs. Richtig ist, dass dieser Mitarbeiter daran mitgearbeitet hat. Genauso richtig ist aber auch, dass dessen Arbeitsanteile so gering sind, dass sie fast nicht quantifizierbar sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Maus stellt eine Zusatzfrage.

Hans Michael Maus (SPD):

Herr Staatsminister, wenn es so ist, wie Sie sagten, halten Sie dann die „feinfühlig“ Formulierung gegenüber dem Personalrat für angebracht? Warum wurde die Sozialministerin über diesen Vorgang nicht vor der Beantwortung der Kleinen Anfrage im Rahmen der internen Kommunikation informiert? Denn mit der Antwort, die sie damals gegeben hat, hat sie sich aufs Glatteis begeben.

(Norbert Kartmann (CDU): Wie oft darf er denn fragen?)

Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Das war deswegen nicht notwendig, weil es bei der grundsätzlichen Richtigkeit der Antwort bleibt. Zusätzliche Personalkosten sind nicht entstanden. Wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter an einem Gesetzgebungsverfahren da und dort einmal für eine halbe Stunde oder eine Dreiviertelstunde beteiligt wird, dann kann man seriöserweise nicht von „zusätzlichen Personalkosten“ reden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, Sie sagten, der Arbeitsanteil der neu eingestellten Person am OFFENSIV-Gesetz sei kaum quantifizierbar. Ich stelle die Frage: Was macht diese Person denn dann?

Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abg. Al-Wazir, er erledigt seine anderen Dienstaufgaben in seinem Spiegelreferat in der Hessischen Staatskanzlei.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 697, Frau Abg. Stolterfoht, SPD.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche internen und externen Probleme hindern sie daran, die Kleine Anfrage zum Hessischen Bildungsurlaubsgesetz – Drucks. 15/3688 – zu beantworten?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Stolterfoht, ich habe bereits zu der Vorfrage ausgeführt, dass zum Teil Abstimmungen in enormer Zahl notwendig sind. Die Anfrage ist am 4. März eingegangen. Es wurde eine Fristverlängerung bis zum 31. Oktober beantragt. Innerhalb dieser Frist wird die Anfrage beantwortet werden. Im Moment ist die Ressortabstimmung im Gange.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 698 müsste jemand übernehmen, weil man immer nur zwei Fragen stellen kann. – Frau Pfaff.

Hildegard Pfaff (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann gedenkt sie, die Kleine Anfrage vom 19. Dezember 2001 betreffend Sozial- und Familienpolitik – Drucks. 15/3511 – endlich zu beantworten?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Innerhalb der bis Ende Oktober 2002 verlängerten Frist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Pauly-Bender.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Frau Ministerin, meine Nachfrage geht in eine ähnliche Richtung wie die Nachfrage zu Frage 689. Die Familienpolitik ist doch einer der Schwerpunkte Ihres Hauses. Wäre es nicht auch in Ihrem Interesse, dem Parlament die nachgefragten Informationen zur Verfügung zu stellen – sei es einzelnen oder allen Parlamentariern – oder die Kleine Anfrage zu beantworten? Wäre das nicht für ganz Hessen eine gute Grundlage dafür gewesen, in der Familienpolitik und in den Strukturen für die Familien weiterzukommen?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Pauly-Bender, Sie wissen, dass ich immer gern bereit bin – das gilt für alle Mitglieder dieser Landesregierung –, das Parlament umfassend zu informieren.

(Zurufe von der SPD)

In der Familienpolitik sind wir vor allem daran interessiert, praktische Umsetzungen vor Ort zu betreiben. Als Beispiel für die vielen Maßnahmen zur Familienpolitik, die die Landesregierung umgesetzt hat, nenne ich den Hessischen Familientag, der ein voller Erfolg war. Mit diesen Maßnahmen setzen wir Schwerpunkte für die Familien.

Ich kann nur noch einmal wiederholen, dass die Anfrage innerhalb der Fristverlängerung beantwortet wird. In vielen Bereichen sind – das habe ich schon zu der Vorgängerfrage gesagt – umfangreiche Abstimmungen unter den Ressorts, aber auch Themenerfassungen notwendig. Ich halte es für gerechtfertigt, die Antworten ordentlich zu erarbeiten.

Die Verzögerungen hängen zum Teil auch damit zusammen, dass Vorgänge, die in die letzte Legislaturperiode zurückreichen, nicht „einfach so“ beantwortet werden können, sondern umfangreiche Recherchen notwendig sind, um überhaupt Zahlenangaben machen zu können. Damals waren nämlich noch keine Erfassungen in diesem Bereich möglich, die vergleichbare Zahlen geliefert hätten. Diese Arbeiten werden in der zuständigen Abteilung vorgenommen, um die Fragen umfassend beantworten zu können.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Stolterfoht, als Externe, nicht als Fragestellerin.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Frau Ministerin, kann es sein, dass Sie etwas verwechselt haben? Die Kleine Anfrage bezieht sich auf Aussagen des Richters Borchert, des Ratgebers des Herrn Ministerpräsidenten. Ich frage Sie: Liegt die Nichtbeantwortung der Kleinen Anfrage vielleicht daran, dass die Landesregierung seit einem Dreivierteljahr darüber brütet, ob sie Herrn Borchert zustimmen kann, wenn er sagt, den Spitzensteuersatz zu senken sei brutal und primitiv?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Abg. Stolterfoht, ich habe nichts verwechselt, denn die Kollegin Pauly-Bender hatte nach einem anderen Bereich gefragt. Deshalb habe ich die Frage der Kollegin genau beantwortet.

Mit dem Bericht, den Herr Borchert der Landesregierung vorgelegt hat, sind wir natürlich ständig befasst, weil er sehr, sehr viele wichtige Fragen betrifft, z. B. die Themen Rentenpolitik und Steuergesetzgebung. Die Kleine Anfrage wird innerhalb der Fristverlängerung beantwortet werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 699, Herr Abg. Gerling, CDU.

Alfons Gerling (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die Cannabis-Freigabe-Kampagne der Jugendorganisation der GRÜNEN im Hinblick auf die Präventionsbemühungen des Bundes und des Landes Hessen, Kinder und Jugendliche von Drogen möglichst fern zu halten?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Abg. Gerling, in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP wurde bereits 1999 festgehalten, dass die Freigabe weicher und harter Drogen ausdrücklich abgelehnt wird. Eine Freigabe von Cannabis würde die Bemühungen der Suchtprävention, Kinder und Jugendliche von Drogen möglichst fern zu halten, erheblich stören. Trotz nachgewiesener Gefährlichkeit würde dies in der Wahrnehmung der jungen Leute nämlich als Verharmlosung aufgenommen werden. Insofern wird die Landesregierung solche Kampagnen keinesfalls unterstützen. Wir werden uns vielmehr auch weiterhin dagegen aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Erste Zusatzfrage, Herr Kollege Gerling.

Alfons Gerling (CDU):

Frau Ministerin, teilen Sie auch die Auffassung der Bundesbeauftragten, die davor warnt, den Cannabis-Konsum zu verharmlosen, denn der Dauergebrauch mache krank und süchtig?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Diese Auffassung teile ich.

Präsident Klaus Peter Möller:

Nächste Zusatzfrage, Herr Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gehen die Präventionsbemühungen des Landes so weit, dass die Hessische Landesregierung bereit wäre, auf Ministerpräsident Stoiber einzuwirken, in Zukunft den Fassbieranstich auf dem Oktoberfest zu unterlassen? Das Oktoberfest wird nicht ohne Grund als die „größte offene Drogenszene der Welt“ bezeichnet.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Teilt die Landesregierung die Auffassung der Jugendorganisation der FDP, die dieselbe Kampagne durchführt wie die Jugendorganisation der GRÜNEN?

Präsident Klaus Peter Möller:

Das sind zwei Fragen. Deshalb muss ich zuerst einmal beachtend darauf hinweisen, dass den Fassbieranstich Oberbürgermeister Ude macht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Dafür darf die Ministerin die zweite Frage beantworten.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, ich danke Ihnen für diese Antwort. Ich wollte den Kollegen Al-Wazir auf genau diesen Punkt hinweisen.

Ich denke, alle Abgeordneten können mit gutem Vorbild vorangehen, wenn es darum geht, Jugendlichen zu vermitteln, wie man mit Alkohol vernünftig umgeht.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Stolterfoht.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Frau Ministerin, Sie sind sicher mit der Mehrheit dieses Hauses der Meinung, dass Alkohol eine Droge ist und dass ihr Missbrauch zu schweren volkswirtschaftlichen Schäden führt. Was gedenkt die Landesregierung dafür zu tun, dass für Alkohol nicht mehr geworben wird und dass Alkohol – gerade für Jugendliche – nicht mehr überall zugänglich ist?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Kollegin Stolterfoht, das sind Fragen, die an vielen Punkten mit dem Jugendschutzgesetz zu tun haben und auf Bundesebene einheitlich geregelt werden müssen. In vielen Bereichen sind auf Bundesebene leider kontraproduktive Maßnahmen getroffen worden. Man ist z. B. nicht dafür eingetreten, die Altersgrenzen im Jugendschutz weiter abzusenken.

Die Hessische Landesregierung hat sich dafür ausgesprochen, die Bestimmungen streng zu handhaben. Ich nenne als Beispiel die Verpflichtung, dass in Gaststätten mindestens ein nicht alkoholisches Getränk angeboten werden muss, das billiger als die alkoholischen Getränke ist. Darauf habe ich mehrfach hingewiesen und denke, das sind wichtige Ansatzpunkte, um mehr Öffentlichkeit für dieses Thema zu schaffen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Dann rufe ich die **Frage 700** auf. Herr Abg. Gerling, CDU.

Alfons Gerling (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Teilt sie die Absicht der inzwischen zurückgetretenen, aber noch amtsführenden Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin, das Verhältnis zwischen Haft, Geldstrafe und gemeinnütziger Arbeit dahin gehend abändern zu wollen, dass nicht wie bisher jeder Tagessatz mit einem Tag Haft oder sechs Stunden gemeinnütziger Arbeit abgegolten wird, sondern dass künftig ein Tagessatz nur noch einem

halben Hafttag und damit drei Arbeitsstunden entsprechen soll?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Justizminister.

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung teilt diese Absicht der Bundesministerin der Justiz nicht.

(Beifall des Abg. Armin Klein (CDU))

Hessen hat seit langem hervorragende Erfahrungen mit der Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit gemäß einer Verordnung vom Januar 1997 gemacht. Nach § 5 dieser Verordnung sind zur Tilgung des Tagessatzes der Geldstrafe sechs Stunden gemeinnützige Arbeit zu leisten.

Wären künftig hierfür lediglich drei Stunden gemeinnützige Arbeit zu leisten, würde die Geldstrafe gegenüber der gemeinnützigen Arbeit in ihrem Wert um die Hälfte reduziert. Der Druck, die Geldstrafe zu bezahlen, würde ebenso deutlich abnehmen. Dies kann nicht befürwortet werden.

Die Geldstrafe stellt in Hessen mit einem Anteil von über 80 % aller Strafen seit jeher diejenige Sanktion dar, die bei weitem am meisten von den Gerichten angewendet wird. Die Landesregierung tritt daher jeder Absicht nachdrücklich entgegen, die dazu führt, dass die Geldstrafe nicht mehr von den Gerichten und Verurteilten so ernst genommen wird wie bisher.

Präsident Klaus Peter Möller:

Dann rufe ich die **Frage 701** auf. Herr Abg. Franz, SPD.

Dieter Franz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Werden und wurden Polizisten in den vergangenen vier Jahren ohne durchgeführte Eignungsprüfungen eingestellt, die einen Einstellungstest in einem anderen Bundesland bestanden haben, aber nicht dort eingestellt worden sind?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege, vor dem Hintergrund des bestehenden Personalbedarfs bei der hessischen Polizei und der Erhöhung der Einstellungszahlen sind in den Jahren 2001 und 2002 insgesamt 124 Bewerber in den Polizeivollzugsdienst des Landes Hessen eingestellt worden, die einen Einstellungstest in einem anderen Bundesland bestanden haben.

Die Verteilung ergibt sich wie folgt: Vom Bund haben wir 91 Kräfte übernehmen können, von Baden-Württemberg eine, von Brandenburg eine, von Hamburg eine, von Nordrhein-Westfalen eine, von Rheinland-Pfalz 15, vom Saarland zwölf und von Schleswig-Holstein zwei.

Präsident Klaus Peter Möller:

Dann rufe ich **Frage 702** auf. Herr Dr. Herr, CDU.

Dr. Norbert Herr (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die erfolgreiche Entwicklung von Qualitätsstandards durch die Kultusminister der B-Länder?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Dr. Herr, die Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland, Sachsen, Thüringen und Hamburg haben sich in diesem Jahr nach zweijähriger Vorarbeit auf Bildungsstandards geeinigt. Sie wollen gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler unverzichtbare Kompetenzen erwerben und Schulabgängerinnen und Schulabgänger am Ende eines Bildungsabschnitts über ein klar festgelegtes Grundwissen verfügen.

Die Bildungsstandards beschreiben Kerninhalte, die als gesichertes und verbindliches Wissen zusammen mit Fertigkeiten, Fähigkeiten und überfachlichen Kompetenzen am Ende eines Bildungsabschnitts verbindlich vorhanden sein sollten. Musteraufgaben und Beispiele konkretisieren das jeweils erwartete fachliche Niveau.

Entsprechende Standards sind für die Abschlussklassen der Grundschule, für Hauptschul- und Realschulabschluss sowie die jeweiligen Übergangprofile in die gymnasiale Oberstufe erarbeitet worden. Für das Abitur liegen – durch die KMK bereits erarbeitet – in allen Bundesländern abgestimmte Anforderungsprofile der einzelnen Fächer vor, die so genannten Einheitlichen Prüfungsanforderungen.

Die Verständigung der so genannten B-Länder auf gemeinsame Bildungsstandards bildet meines Erachtens einen Meilenstein auf dem Weg in die föderative Bildungspolitik. Trotz aller Unterschiede, trotz aller unterschiedlichen Schultraditionen in den Ländern, trotz allen Wettbewerbs zwischen den Ländern um die Verwirklichung der besten Ideen zur Weiterentwicklung des Schulwesens bedeuten abgestimmte Bildungsstandards einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu vergleichbaren Anforderungen am Ende der einzelnen Bildungsgänge.

Präsident Klaus Peter Möller:

Erste Zusatzfrage, Herr Kollege Quanz.

Lothar Quanz (SPD):

Frau Ministerin, sehen Sie einen zwingende Notwendigkeit, mit diesen Qualitätsstandards auch zentrale Abschlussprüfungen einzuführen, oder ist das eine ohne das andere denkbar?

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Quanz, theoretisch ist das eine ohne das andere denkbar. Es ergibt sich aber aus den Bildungsstan-

dards selbstverständlich auch die weiter gehende Notwendigkeit nach vergleichbaren Arbeiten zur Absicherung der Bildungsstandards, die sicherlich landesweit zu geschehen haben, wenn nicht sogar – wie wir plädieren – länderübergreifend. Es wird sich durchaus logischerweise eine Diskussion über Abschlussprüfungen ergeben. Diese sehen Sie in unterschiedlich regierten Ländern auch an der Debatte über die Qualität der Abschlussprüfung.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 703, Herr Abg. Dr. Herr, CDU.

Dr. Norbert Herr (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie ist die Bilanz des Elterntelefons 2002?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Dr. Herr, die Bilanz ist ausgesprochen positiv. Ich kann, ohne sehr viel weit herzuholen, sagen, dass es eine eindeutige Bestätigung der Bildungspolitik dieser Regierung ist. Wir sind auch das Bürgerbüro der Landesregierung. Das Bürgerbüro hat dieses Telefon vom 5. bis 23. August geschaltet. Es sind dort insgesamt 747 Anrufe eingegangen, d. h. durchschnittlich etwa 50 Anrufe am Tag. Das Thema Unterrichtsabdeckung war, wie ich in der Regierungserklärung zuletzt schon sagte, von außerordentlich untergeordneter Bedeutung.

Im Mittelpunkt des Interesses standen bei den Anrufern insbesondere das neue Einschulungsverfahren an den Grundschulen, das erstmals in diesen Tagen greift, und das Thema Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen. In diesen und anderen Bereichen hat sich das Elternteilfon zum dritten Mal als gute und sinnvolle Serviceleistung bewährt, um schnell – d. h. in der Regel am selben oder am nächsten Tag –, unbürokratisch und kompetent den Wünschen der Bürger nach Informationen gerecht werden zu können.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, lassen Sie solche Fragen eigentlich im Ministerium oder in der CDU schreiben?

(Lachen bei der CDU)

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Al-Wazir, ich habe den allergrößten Respekt vor freien Abgeordneten, die ihre Fragen immer noch selber schreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das musste auch einmal gesagt werden.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frage 704, Abg. Klein für Abg. Kölsch.

Armin Klein (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die Ergebnisse der Shell-Studie 2002, bezogen auf die Arbeit in den Schulen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): In einem Satz!)

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Dörr, die Aufforderung „in einem Satz“ ist reichlich verwegen.

Herr Kollege Klein, die Landesregierung hat bereits vor der Veröffentlichung von PISA und Shell erkannt, dass wir gewaltige Anstrengungen im Hinblick auf Qualität im nationalen wie auch im internationalen Vergleich vornehmen müssen.

Die Ergebnisse der 14. Shell-Jugendstudie 2002 haben uns gezeigt – und das ist im Grundsatz erfreulich –, dass die Jugendlichen in unserem Land diese Einschätzung im Wesentlichen teilen. Für Jugendliche zählt neben den Problembereichen „Arbeitsmarkt“ und „Kinder und Familie“ die Bildung zu den wichtigsten Zukunftsfragen.

Es zeigt sich auch, dass die Jugendlichen von heute alles andere als eine „Null-Bock-Generation“ sind. Verbreitet ist eine starke Motivation zur Erreichung hoher Bildungsabschlüsse und damit verbunden die Bereitschaft, hierfür auch größere Anstrengungen in Kauf und auf sich zu nehmen. Dabei haben die Jugendlichen ein klares Bewusstsein dafür, dass sich in der Vergangenheit eine faktische Entwertung schulischer Abschlüsse vollzogen hat und die Erreichung eines formal hohen Schulabschlusses allein heute keine Garantie mehr für einen guten Arbeitsplatz bedeutet.

Dass Jugendliche leistungsbereit sind und sich auch anstrengen wollen, ist für Schulen eine große Chance und zugleich eine Verantwortung, weil Schule diese Bereitschaft sinnvoll aufnehmen und umsetzen muss. Insofern denke ich: Die Shell-Studie gibt dem Wort „Fördern und Fordern“ eine gute Nahrung und Unterstützung.

Präsident Klaus Peter Möller:

Das war Frage 704. – Frau Abg. Velte, CDU, zur **Frage 705**.

Inge Velte (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche schulischen Maßnahmen hat sie in den letzten drei Jahren zur Korrektur des negativen Bildes einer Gesellschaft mit Integrationsproblemen eingesetzt?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Velte, die Hessische Landesregierung hat die Integration ausländischer und zugewanderter Mitbürgerinnen und Mitbürger zu einer zentralen politischen Aufgabe erklärt und infolgedessen im Frühjahr 2000 das Integrationskonzept vorgelegt. Dabei wird für den schulischen Bereich in der Beherrschung der deutschen Sprache der entscheidende Schlüssel zur politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration gesehen.

Diese Überzeugung wird durch die Vorlage der PISA-Studie mehr als bestätigt. Dort wird in Bezug auf Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund eindeutig festgestellt, dass weder die soziale Lage noch die kulturelle Distanz in erster Linie für Disparitäten in der Bildungsbeteiligung verantwortlich ist, sondern dass bei Kindern aus Zuwandererfamilien die entscheidende Hürde in ihrer Bildungskarriere die fehlende Sprachkompetenz ist.

Das Hessische Schulgesetz verpflichtet deshalb die Schulen des Landes Hessen in § 3 Abs. 13 im Rahmen der Grundsätze zur Verwirklichung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages, die Schülerinnen und Schüler, deren Sprache nicht Deutsch ist, durch besondere Angebote so zu fördern, „dass sie ihrer Eignung entsprechend zusammen mit Schülerinnen und Schülern deutscher Sprache unterrichtet und zu gleichen Abschlüssen geführt werden können“.

Dies halte ich für besonders wichtig, und deswegen haben wir im Bereich der sprachlichen Förderung von Zuwandererkindern einen Schwerpunkt gesetzt, um dem wesentlichsten Hinderungsgrund für eine erfolgreiche schulische und damit gesamtgesellschaftliche Integration entgegenzutreten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 706, Frau Abg. Velte, CDU.

Inge Velte (CDU):

Ich frage die Landesregierung, nachdem ein Teil der Frage schon beantwortet ist:

Welche schulischen Maßnahmen hat sie in den letzten drei Jahren – über das hinaus, was Sie gerade erklärt haben, Frau Kultusministerin – zur verbesserten Integration von Zuwandererkindern eingesetzt?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Velte, wir haben zum einen, wie Sie wissen, durch die Novellierung des Schulgesetzes rechtliche Vorgaben, die eine verbesserte Integration fördern, verändert und vollzogen. Wir haben zum anderen die personellen und finanziellen Ressourcen für schulischen Förderunterricht zur Integration von Zuwandererkindern gehalten, punktgenau verwendet und erhöht. Es sind jetzt nicht 880 Stellen vorhanden, die zum Teil für die normale Unter-

richtsabdeckung verwendet werden, sondern es sind in diesem Schuljahr 904 Stellen vorhanden, die speziell für Deutschförderkurse und zunehmend auch für die Vorlaufkurse verwendet werden können. Dadurch ist die Zahl der Deutschförderkurse mehr als verdoppelt worden, erhöht um 112 %.

Dazu gehören auch entsprechende finanzielle Mittel von etwa 1,5 Millionen € in den letzten drei Jahren an Sachmitteln, zu denen auch die Startpakete gehören, die jetzt an die Schulen mit Vorlaufkursen verteilt werden, um das Unterrichtsmaterial vom ersten Tag an auch zur Verfügung zu haben.

Dazu gehören auch Beratung und Fortbildung im Bereich der Umsetzung schulischer Maßnahmen. Dazu gehört etwa auch, dass im Moment Dienstversammlungen im Bereich aller Schulämter mit den Schulen mit besonderem Förderbedarf im sprachlichen Bereich stattfinden und dazu auch letzte Fragen ausgeräumt werden. Dazu gehören andere Arten von Kooperationen, auch etwa mit der Hertie-Stiftung, mit der wir gemeinsam ein Stipendienprogramm fördern. Dazu gehört auch die Unterstützung der Hausaufgabenhilfe, insbesondere für Zuwandererkin- der, mit der Bereitstellung von 2,5 Millionen € innerhalb von drei Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, das war die Fragestunde.

(Die Fragen 716, 720, 721 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 707, 708, 710 bis 715, 717 bis 719 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden. Die Fragen 709 und 722 wurden von den Fragestellerinnen zurückgezogen.)

Ich leite unmittelbar über zu **Tagesordnungspunkt 1 b:**

Regierungsbefragung

Die erste Frage stammt von Herrn Kollegen Al-Wazir und betrifft Streifenwagen der Polizei.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung in Gestalt des Staatsministers Bouffier:

Wie lange wird die Übergabe der Streifenwagen an die Polizei dauern, wenn der Innenminister weiterhin jeden neuen Streifenwagen einzeln übergibt?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ministerpräsident Roland Koch: Das dauert schon eine Weile!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege Al-Wazir, ich freue mich, dass Sie die herausragenden Bemühungen der Hessischen Landesregierung um die Ausstattung der hessischen Polizei so wohlwollend und aufmerksam verfolgen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Armin Klein (CDU): Das tut weh!)

Der Innenminister übergibt keineswegs persönlich jeden, sondern wir bündeln das. Das erfolgt in der Weise, wie die beiden Automobilwerke die Fahrzeuge zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das Ganze wird nach Plan – wenn ich das richtig im Kopf habe, aber ich bitte mich jetzt nicht genau festzulegen – am 20.11. mit der letzten Lieferung abgeschlossen sein.

(Unruhe)

– Entschuldigung, Herr Präsident. – Am 20.11. wird die letzte Lieferung kommen. Beide Automobilwerke, die den Wettbewerb gewonnen haben, haben das von Anfang an so mitgeteilt.

Herr Kollege Al-Wazir, ich würde mich freuen, wenn Sie einmal dabei sind. Dann werden Sie sehen, dass das vorzügliche Autos sind. Sie werden sehen, dass sich die Polizei darüber freut und es letztlich der inneren Sicherheit dient.

(Zuruf der Abg. Silvia Hillenbrand (SPD))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Al-Wazir, fragen Sie jetzt nicht: Warum nicht bis zum 31. Januar?

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Zusatzfrage, Herr Präsident. – Das heißt, wenn Sie gesagt haben, bis Ende November soll das abgeschlossen sein, dass Sie nicht ein paar Autos auf dem Hof des Innenministeriums parken, um sie dann drei Tage vor der Landtagswahl zu übergeben, Herr Innenminister?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abgeordneter, das wäre auch ganz töricht, denn gute Taten soll man so früh bringen, dass sie auch von der Bevölkerung dauerhaft wahrgenommen werden, und dann sind drei Tage vor der Wahl viel zu kurz. Wir arbeiten vier Jahre konsequent an der Verbesserung der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Nächste Frage, Herr Kollege Ortmann: Zivilprozessordnung bei der obligatorischen Güteverhandlung.

Siebert Ortmann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet die Landesregierung die ersten Erfahrungen mit der rot-grünen Regierungsreform der Zivilprozessordnung bei der obligatorischen Güteverhandlung nach § 278 ZPO und bei der Dokumentationspflicht nach § 139 Abs. 4 ZPO?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Justizminister.

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bisherigen Rückläufe aus der Gerichtsbarkeit in Hessen besagen, dass beide von Ihnen angesprochenen Rechtsinstitute der Zivilprozessordnung nicht auf die Gegenliebe der Richterschaft stoßen. Die Güteverhandlung führt zu einer Verlängerung des Zivilprozesses und erreicht genau das Gegenteil von dem, was eigentlich beabsichtigt worden war.

Dasselbe wird mir zur Dokumentationspflicht vorgetragen, die jetzt den Richtern aufgebürdet worden ist. Diese Dokumentationspflicht schafft zusätzliche Rechtsmittelrisiken und macht die einzelnen Verhandlungen und deren Protokolle umständlicher und umfassender.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Ortmann.

Siegbert Ortmann (CDU):

Herr Minister, ist daran gedacht, hier in irgendeiner Weise Einwirkung zu nehmen?

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Präsident, Herr Kollege, ich werde dieses Thema im Rahmen der Justizministerkonferenz zur Sprache bringen. Ich höre, dass meine Kollegen bereits ganz ähnliche Erfahrungen haben. Wenn wir etwa zwei Jahre belastbare Daten im Zusammenhang mit der Praxis der neuen ZPO besitzen, gibt es sicherlich die Möglichkeit, im Bundesrat entsprechend initiativ zu werden und die auch an anderer Stelle verunglückte Reform der ZPO dann wieder rückgängig zu machen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 3, Frau Kollegin Pauly-Bender: Forsthaus Rodgau.

Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):

Ich frage Herrn Staatsminister Wilhelm Dietzel:

Wann ist mit dem Ersatzbau für das alte Forsthaus Rodgau-Nieder-Roden zu rechnen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abgeordnete, das kann ich Ihnen im Augenblick nicht beantworten. Ich werde Ihnen schriftlich eine Antwort nachreichen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 4, Frau Kollegin Stolterfoht: Cateringsystem in der Landesvertretung in Berlin.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Angesichts von Pressemeldungen, nach denen das Cateringsystem durch Private in der Hessischen Landesvertretung Berlin sich als suboptimal erwiesen habe und sie über eine Änderung dieses Systems nachdenke, frage ich, ob auch daran gedacht wird, das Ehepaar zu reaktivieren, das in der Landesvertretung in Bonn zur allseitigen Zufriedenheit gewirkt hat.

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich nehme an, der Chef der Staatskanzlei kümmert sich darum.

Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Um mit dem Letzteren zu beginnen: Wir sind ganz offenkundig einer Meinung, dass es wünschenswert wäre, das Ehepaar, das in Bonn sehr liebenswürdig und für alle Beteiligten angenehm gewirkt hat und das für einige Monate noch nach Berlin gegangen ist, zu reaktivieren. Denn einschließlich dessen, der gerade redet, waren alle Beteiligten mit ihm ausgesprochen zufrieden. Das wird aus einer Reihe von Gründen, die ich bereit bin mit Ihnen bilateral zu besprechen, leider nicht gehen.

Zu dem anderen Thema ist zu sagen: Statt „suboptimal“ – das ist nicht meine Sprache – würde ich lieber sagen, dass sich das Outsourcing, also das Übertragen des Wirtschaftsbetriebs in der Hessischen Landesvertretung an einen Privaten, nicht so bewährt hat, wie das eigentlich wünschenswert wäre. Die Landesvertretung ist die Außenstelle, die Botschaft des Landes Hessen in Berlin. Alle Beteiligten, auch die Damen und Herren Abgeordneten, die dort sind, sollen sich dort zu Hause fühlen. Das wird mit einem Caterer – der im Übrigen aus sachlichen Gründen auf sehr häufig wechselndes Personal zurückgreifen muss – nicht so gehen, wie man sich das wünscht. Deswegen wird in der Tat im Moment überlegt, zumindest ein oder zwei Köpfe festes Stammpersonal anzustellen. Davon verspreche ich mir eine deutlich bessere Situation, als sie jetzt gegeben ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Stolterfoht.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Herr Staatsminister, wegen in meiner Umgebung schwätzender Abgeordneter habe ich nicht richtig verstanden, was Sie über dieses Ehepaar gesagt haben. Ich meine nicht meine Nachbarin.

(Stefan Grüttner (CDU): Das kann man im Protokoll nachlesen!)

Ich frage Sie: Was hat die Frühpensionierung dieses Ehepaars den hessischen Staat gekostet, und war sie notwendig?

Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, Frau Kollegin Stolterfoht, ich halte es nicht für angemessen, das im Plenum des Hessischen Landtags zu erörtern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Ich bin gerne bereit, Ihnen das unter vier Augen darzulegen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Nächste Frage, Herr Abg. Klee: Sportmedizinisches Institut Frankfurt.

Horst Klee (CDU):

Ich frage Herrn Staatsminister Bouffier:

Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem Sportmedizinischen Institut in Frankfurt im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung der Region Frankfurt/Rhein-Main bei?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege Klee, die Bewerbung der Stadt Frankfurt am Main und der Region um die Olympischen Spiele 2012 hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, unstreitig sicherlich auch von der Frage, wie Sportlerinnen und Sportler sowohl im Leistungs- als auch im Breitensport medizinisch betreut werden. Das Sportmedizinische Institut erfreut sich eines außerordentlich guten Rufes im Bereich des Sports. Im Ergebnis führt das dazu, dass wir beim Kader – also sowohl bei den Jugendlichen als auch bei jungen Erwachsenen – dort eine sehr hohe Inanspruchnahme haben. Auch aus anderen Bundesländern haben wir eine Fülle von Ansprachen und Behandlungen in diesem Sportmedizinischen Institut.

Das Sportmedizinische Institut hat verschiedene Träger. Das Land Hessen trägt etwa 90 % der Kosten. Wir haben uns dafür entschieden, das aufrechtzuerhalten und auszubauen. Vor kurzem haben wir dort über 1 Million € in den weiteren Ausbau der Räumlichkeiten und der Diagnostik investiert.

Wer die Örtlichkeit kennt, wird mir zustimmen: Aus meiner Kenntnis ist dies das einzige sportmedizinische Institut, das so unmittelbar mit allen Sportverbänden Verbindung hat; sie sind dort in der Otto-Fleck-Straße konzentriert. Unter dem Strich glaube ich, dass eine gute Ausstattung und eine sehr gute ärztliche Führung sowie eine breite Annahme bei den Betroffenen eine erhebliche Unterstützung für eine solche olympische Bewerbung bedeuten. Deshalb unterstützen wir das Sportmedizinische Institut.

Präsident Klaus Peter Möller:

Noch einmal Herr Klee.

Horst Klee (CDU):

Herr Minister, könnte man aus dieser Antwort ablesen, dass dieses Institut als ein Vorteil beim Wettbewerb der bundesdeutschen Standorte anzusehen ist?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Abgeordneter, Sie wissen, wir befinden uns im Wettbewerb mit fünf anderen Regionen. Deshalb will ich es einmal so formulieren: Die anderen haben sicher auch sehr ordentliche Einrichtungen. Das Besondere, und darin sehe ich unseren Wettbewerbsvorteil, ist die enge Verbindung mit den großen Sportorganisationen Deutscher Turnerbund, Deutscher Fußballbund, Deutscher Sportbund. Sie alle sind dort unmittelbar angebunden. Ich glaube, dass diese Kombination sowie die sehr starke Inanspruchnahme dieses Instituts für uns einen echten Vorteil bedeuten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage, Frau Kollegin Hillenbrand, SPD: LAG Jugendsozialarbeit.

Silvia Hillenbrand (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Frau Ministerin Lautenschläger, in welcher Höhe werden die Mittel für die LAG Jugendsozialarbeit gekürzt?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Staatsministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Diese Zahl kann ich Ihnen momentan nicht nennen. Sollte der Bescheid schon ergangen sein, kann ich Ihnen die Zahl gerne schriftlich nachliefern.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die siebte Frage, Herr Dr. Arnold, zum Schienenverkehr.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die Vergaberechtsänderungen der Bundesregierung im Hinblick auf den in den nächsten Jahren verstärkten Wettbewerb im Schienenverkehr?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Staatsminister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Abg. Arnold, dazu gibt es noch keine abschließende Meinung. Das ist eingebettet in die Gesamtfrage des Wettbewerbs im Schienenverkehr. Sie wissen, die Landesregierung vertritt hier die Position, ein Gleiten in den

Wettbewerb sicherzustellen. In diesem Zusammenhang wird auch diese Frage eine Rolle spielen.

(Wortmeldung des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Boddenberg darf jetzt keine Frage stellen. Bei diesem Tagesordnungspunkt dürfen nur die Fragesteller selbst nachfragen. Keine weitere Frage.

Damit sind wir bei der Frage 8 von Herrn Abg. Quanz, SPD: Kinder mit Computern.

(Stefan Grüttner (CDU): Gameboy!)

Lothar Quanz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Duldet die Landesregierung neuerdings, dass Eltern für den Unterricht ihrer Kinder mit Computern zahlen müssen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Quanz, diese Frage ist zu abstrakt, als dass sie in dieser Form beantwortet werden könnte. Wenn Sie mir den Einzelfall schildern, werde ich ihm gerne nachgehen und prüfen, in welcher Form angeblich eine Forderung dieser Art gestellt worden ist. Mit Sicherheit gibt es nicht die Möglichkeit, von einer Klasse verbindlich zu verlangen, dass alle Schüler sich einen Computer anschaffen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Quanz.

Lothar Quanz (SPD):

Mir liegt ein Schreiben eines Elternbeiratsvorsitzenden eines Gymnasiums in Bad Homburg vor, demzufolge die Eltern für einen Computerkurs, der verbindlich für die Schüler vorgesehen ist, für insgesamt 15 Unterrichtsstunden 25 € zahlen sollen. Werden Sie das dulden? Ist das bereits der Schulaufsicht bekannt, wie gehen Sie mit diesem Fall um?

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Quanz, erneut sage ich: Ich bin gerne bereit, mich um einen Einzelfall zu kümmern. Bisher kann ich mir nicht vorstellen, dass dies im Rahmen eines verbindlichen Unterrichts der Fall sein soll. Anders liegen die Dinge, wenn das für eine Arbeitsgemeinschaft gelten sollte. Aber ich gehe dem gerne nach.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage stammt von Herrn Abg. Weinmeister und betrifft auch wieder Lehrerstellen.

Mark Weinmeister (CDU):

Wie viele Lehrerstellen stellt die Landesregierung für die zweite Ausbaustufe des Ganztagsprogramms zur Verfügung – nachdem bereits im letzten Jahr in einem ersten Schritt dafür Stellen zur Verfügung gestellt worden sind?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Weinmeister, nach dem Entwurf des Haushaltsplans, den die Landesregierung beschlossen hat und den wir im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt hier in erster Lesung beraten werden, sollen nach den 50 Stellen dieses Jahres im nächsten Jahr weitere 80 Stellen zur Verfügung gestellt werden, und zwar ebenso wie in diesem Jahr hälftig in der Form von Stellen und hälftig in der Form von Mitteln. Damit wird ermöglicht, dass zum nächsten Schuljahresbeginn weitere Angebote in das Ganztagsprogramm aufgenommen werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Weinmeister.

Mark Weinmeister (CDU):

Bis wann müssen die Kreise das angemeldet haben?

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Weinmeister, die Arbeitsgruppe, die den Zwischenbericht zur Ganztagsangebotsproblematik erarbeitet hat, ist im Moment dabei, auf der Basis eines Entwurfs aus dem Hause eine Richtlinie zu erarbeiten. Auf der Grundlage dieser Richtlinie wäre dann ein Antragsverfahren zu betreiben. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass auf der Grundlage eines Schulkonferenzbeschlusses ein Kreistagsbeschluss über die Schulentwicklungsplanung gefasst wird. Auf dieser Basis kann eine Schule in das Programm aufgenommen werden, wenn Schule, Kreis und Land das Modell befürworten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die Frage 10 betrifft die Lebenshilfe Hessen. Frau Abg. Velte.

Inge Velte (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die erneute Forderung der Lebenshilfe Hessen, neben der qualifizierten Einzelintegration von behinderten Kindern in Regelkindergärten auch ein spezielles Angebot an wohnortnaher Gruppenbetreuung für solche Kinder bestehen zu lassen bzw. zu schaffen, die durch die Einzelintegration nicht ausreichend gefördert werden können?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Abg. Velte, die geltende Rahmenvereinbarung über die Integrationsangebote in Kindertageseinrichtungen sieht neben der Einzelintegration auch die Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderungen in integrativen Gruppen vor. Diese Regelung soll in der überarbeiteten Fassung der Rahmenvereinbarung, die sich in der Vorbereitung befindet, dahin gehend verändert werden, dass integrative Gruppen, in denen es lediglich drei Kinder mit Behinderungen gibt, entsprechend erweitert werden können. Vor Ort können weitere Regelungen getroffen werden. So kann ein Kreis entscheiden, wie er die Kinder in einer Gruppe zusammenfasst – z. B. nach Behinderungsgrad – oder wie sich eine Kindertageseinrichtung darauf besonders einstellt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Velte.

Inge Velte (CDU):

Frau Ministerin, ist daran gedacht, auch in den noch bestehenden heilpädagogischen Kindergärten eventuell solche Gruppen zu bilden?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Was die bestehenden heilpädagogischen Gruppen oder Kindergärten betrifft: Es ist natürlich so, dass auch dort entsprechende Gruppen gebildet werden können, wenn der Kindergarten auch für nicht behinderte Kinder geöffnet wird. Das ist meines Wissens in fast allen Kindergärten inzwischen der Fall. Auch dort können solche Schwerpunkte gebildet werden. Aber das beinhaltet die neue Rahmenvereinbarung, die im Moment abgestimmt wird.

(Beifall der Abg. Inge Velte (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Die Frage 11 kommt von Herrn Abg. Rudolph und betrifft die in Hilfsorganisationen ehrenamtlich Tätigen – das lese ich jedenfalls.

Günter Rudolph (SPD):

Ich frage den Herrn Innenminister:

Warum hat die Landesregierung die für den 17. August 2002 geplante Helferparty für ehrenamtlich in Hilfsorganisationen Tätige, die offensichtlich in Grünberg stattfinden sollte, abgesagt?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege Rudolph, der Ministerpräsident und ich haben uns im Hinblick auf die seinerzeit besonders angespannte finanzielle Situation schweren Herzens dazu entschlossen. Wir haben das den Hilfsverbänden schriftlich mitgeteilt. Sie dürfen mir glauben, dass uns das nicht leicht

gefallen ist. Es ist auch unsere feste Absicht, diesen Helfertag nachzuholen. Ich habe mit allen Verbänden gesprochen. Insbesondere nach dem Einsatz bei der Flutkatastrophe bereiten wir sowohl auf lokaler als auch auf landesweiter Ebene Veranstaltungen vor. Das werden wir aber zu gegebener Zeit noch mitteilen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Innenminister, wenn das Geld so knapp ist, warum ist dann die Landesregierung nicht wenigstens so konsequent, auch den Empfang für die hessischen Hoheiten und ehrenamtlichen Majestäten, der am 26. Oktober im Schloss Biebrich stattfinden soll, abzusagen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Staatsminister Riebel.

Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Kollege! Ich empfehle, erst nach der Beantwortung der Frage zu klatschen, nicht vorher.

(Günter Rudolph (SPD): Das müssen Sie uns überlassen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Langsam, es wird alles aufgeklärt. – Die Landesregierung prüft derzeit, ob das Porto für die Absage nicht höher ist als die Kosten der Veranstaltung.

(Lothar Quanz (SPD): Da muss man doch lachen!)

– Herr Kollege Quanz, ganz ruhig. – Das halten Sie doch sicherlich für eine zutreffende Fragestellung, weil die Kosten, die durch diesen Empfang entstehen, so gering sind, dass das zunächst einmal geprüft werden muss, um abschließend entscheiden zu können, ob eine Absage unter dem Gesichtspunkt, der gerade vorgetragen worden ist, sinnvoll oder nicht doch eher kontraproduktiv ist.

(Günter Rudolph (SPD): Das kostet die Arbeitszeit der Beamten!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Die Frage ist beantwortet. – Im Interesse des Parlaments muss ich sagen: Wir klatschen, wann wir wollen. – Das sage ich bei aller Hochachtung vor dem Herrn Staatsminister.

(Günter Rudolph (SPD): Die Frage ist nicht beantwortet!)

Die Frage 12 stammt von Herrn Abg. Klein und betrifft das Fuhrparkmanagement.

Armin Klein (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Vorteile verspricht sich die Landesregierung vom neuen Fuhrparkmanagement?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Wir haben folgende Situation vorgefunden. Der Landesrechnungshof hat etwa Anfang der Neunzigerjahre, wie ich fand, zu Recht gerügt, dass die hessische Polizei über 42 Werkstätten verfügte und dass die dort anfallenden Kosten in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag standen.

Ich habe mich deshalb entschieden, ein anderes System einzuführen. Wir werden in Zukunft noch sechs Werkstätten bei den Präsidien haben. Beim Landeskriminalamt wird es eine besondere Werkstatt für die Aufgaben geben, die dort zu erfüllen sind. Gleichzeitig brauchen wir das bei den Werkstätten bisher vorgehaltene Personal in der Form nicht mehr und können es daher in anderen Bereichen der Polizei einsetzen, von der zentralen Verwaltung bis hin zu anderen Aufgaben.

Das Ganze wird dadurch ermöglicht – wie der Kollege Al-Wazir vorhin zu Recht bemerkte –, dass wir eine große Veränderung im Fahrzeugbestand haben. Wir haben 1.300 neue Streifenwagen. „Neu“ bedeutet, dass die Anfälligkeit nicht mehr so hoch ist und dass daher die Kosten für die Reparaturen drastisch zurückgehen.

Wir haben darüber hinaus entschieden – davon sind wir überzeugt –, dass es keiner eigenen Werkstätten bedarf, um bestimmte Standardwartungen durchzuführen. Das ist wirtschaftlich nicht sinnvoll. Im Ergebnis führt das erstens dazu, dass die Steuergelder effizienter ausgegeben werden, nämlich für andere Bereiche der inneren Sicherheit. Zweitens – auch das ist sichergestellt – verliert durch diese Veränderungen niemand seinen Arbeitsplatz.

Vielmehr führen wir einen Bereich, der bereits Anfang der Neunzigerjahre im Grunde genommen nicht mehr zukunftsfähig war, nicht mehr fort. Wir schaffen dort jetzt ein modernes Management, das zum einen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wesentlich zielführender ist und zum anderen die sozialen Belange aller Mitarbeiter berücksichtigt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage stammt von Frau Kollegin Ludwig und betrifft die Pflegekräfte in der Altenpflege.

(Armin Klein (CDU): Ich hatte mich zu einer Zusatzfrage gemeldet!)

– Eine Zusatzfrage? Herr Abg. Klein, dann stellen Sie eine Zusatzfrage. Entschuldigung.

Armin Klein (CDU):

Schönen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, können die Einsparungen in etwa quantifiziert werden? Die Anschaffungskosten für die Neuwagen sollen sich ja amortisieren.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Man kann das folgendermaßen grob quantifizieren: Wir haben zurzeit in den Werkstätten etwa 180 Beschäftigte. Nach unserem Konzept werden wir zukünftig noch 34 Be-

schäftigte haben. Wenn Sie das jetzt grob überschlagen, sehen Sie, dass es sich etwa um 150 Beschäftigte handelt, die wir in anderen Bereichen einsetzen können, da wir sie in den Werkstätten nicht mehr brauchen. Das bedeutet, dass wir an dieser Stelle eine Einsparung in der Höhe dieser Personalkosten haben.

Ich betone immer wieder: Das Geld geht nicht in den allgemeinen Haushalt, sondern auf längere Sicht ist damit ein Stück weit die Finanzierung der Fahrzeuge gesichert. Außerdem führt die Tatsache, dass wir nicht mehr 42 bzw. 39 Werkstätten vorhalten müssen, sondern nur noch sechs, zu erheblichen Einsparungen bei der Ausstattung und dem Unterhalt der Werkstätten. Das liegt auf der Hand.

Um das an einem Beispiel zu belegen: Ich habe nie verstehen können, warum die Polizei in einer Stadt wie Wiesbaden vier verschiedene Werkstätten unterhalten muss. Das hat sich mir nie erschlossen. Ich glaube, es ist vernünftig, dass wir diese Situation jetzt ändern.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Frage, Frau Kollegin Ludwig: Pflegekräfte in der Altenpflege.

Eva Ludwig (CDU):

Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um dem drohenden Mangel an Altenpflegekräften entgegenzuwirken?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Kollegin Ludwig, zunächst haben wir das Finanzierungssystem für die Auszubildenden wieder geändert und dadurch die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht. Zu Beginn dieses Jahres haben wir auch die Schulgeldsätze erhöht. Des Weiteren haben wir vor kurzem noch einmal dazu aufgerufen, sich auf die bestehenden Ausbildungsplätze zu bewerben. Das ist ganz wichtig, da wir, obwohl es einen Mangel an Ausbildungsstellen gibt, genau wissen, dass in der Altenpflege noch Bedarf vorhanden ist, dass noch Plätze vorhanden sind. Deswegen haben wir noch einmal öffentlich dazu aufgerufen.

Viertens werden wir jetzt eine Pflegekampagne starten, in der wir Aufklärungsarbeit über die Berufschancen in der Alten- wie auch in der Krankenpflege machen werden – auch in Verbindung mit den Schulen, damit dort frühzeitig Informationen über die Ausbildungsplätze in der Altenpflege gegeben werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Ludwig.

Eva Ludwig (CDU):

Sehen Sie auch eine Chance, dem steigenden bürokratischen Aufwand in diesem Beruf entgegenzuwirken, um damit die Attraktivität des Berufes zu steigern?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Ich sehe durchaus das Problem der immer größer werdenden Bürokratisierung. Dies trägt auch dazu bei, dass das Berufsbild nicht mehr attraktiv ist. Wir haben in den vergangenen Jahren auch im Bundesrat Initiativen im Gesetzgebungsverfahren eingebracht und werden auch weitere Initiativen in Angriff nehmen, um deutlich zu machen, dass dort entbürokratisiert werden muss, damit sich Pflegekräfte um die zu Pflegenden kümmern können und nicht nur damit beschäftigt sind, bestimmte Regelungen durchzuführen. Denn dies passt bei vielen nicht mit der Vorstellung vom Berufsbild zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Letzte Fragestellerin ist Frau Kollegin Dörr: Einnahmen in Haushaltsplanentwürfen.

Ilona Dörr (Bergstraße) (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie entwickeln sich die Einnahmen im Haushaltsplanentwurf 2003 im Vergleich zum Ansatz der Finanzplanung aus dem Jahr 1999?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Staatsminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Der Finanzplan bzw. die Schätzungen des Arbeitskreises Steuerschätzung sind jeweils die Grundlage für den Finanzplan der laufenden Jahre. Dieser wird dann in halbjährlichen Intervallen bzw. jährlich überarbeitet. Da ich mir das in Vorbereitung auf den Haushalt angeguckt habe, weiß ich, dass für das Jahr 1999 ungefähr 13,4 Milliarden € Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich geschätzt waren. Im Jahre 2003 können wir mit 12,4 Milliarden € rechnen – das heißt ziemlich genau 1 Milliarde € weniger. Es ist ein Teil unseres Problems, dass die mittelfristige Finanzplanung von ganz anderen Voraussetzungen im Hinblick auf Steuerzuwächse, Wirtschaftswachstum und sonstiges mehr ausgegangen ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Das leitet wunderbar zu dem Tagesordnungspunkt 4 über.

Zuvor aber zur Geschäftsordnung die SPD-Fraktion, Herr Kollege Klemm.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gute Besserung an Herrn Schaub!)

Lothar Klemm (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als derjenige, der im Moment für die Geschäfte der Fraktion Verantwortung trägt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

habe ich einen Dringlichen Antrag und einen Platzierungswunsch zu begründen, den die SPD in diesem Zusammenhang hat.

Die Dringlichkeit der Behandlung der aus unserer Sicht skandalösen Vorgänge um den Verkauf der Burg Staufenberg ergibt sich aus der aktuellen Situation. Mir kam eben, um 14.04 Uhr eine „ddp“-Meldung auf den Tisch, in dem getextet wird: „Staufenberg-Pächter werfen dem hessischen Finanzminister Datenschutzverletzung vor.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Das Thema ist in der hessischen Öffentlichkeit brisant und aktuell, und die Behandlung ist dringlich. Im Übrigen bedauern wir, dass wir einen Dringlichen Antrag einbringen müssen, denn der zugrunde liegende Sachverhalt ist einer, wie er sich in meiner parlamentarischen Geschichte nach meiner Kenntnis noch nicht zugetragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sachverhalt ist, dass nach der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses Fragen offen geblieben sind und eine Frage aller Voraussicht nach vom Minister objektiv falsch beantwortet worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat sich daraufhin schriftlich an den Minister gewandt und dem Minister acht schriftliche Fragen gestellt. Sie hat dann vom hessischen Finanzminister die Antwort erhalten, dass er die SPD bitten möchte, die parlamentarischen Verfahrensweisen einzuhalten, und nicht mehr bereit ist, einen Brief zu beantworten.

(Zurufe von der SPD: Unerhört!)

Das halte ich für außergewöhnlich, insbesondere deshalb, weil dieses Verhalten in dem Brief außerdem damit begründet wird, dass er bereits mehrfach ausführlich den Verkauf der Burg Staufenberg dargelegt habe. Herr Minister, nur: unvollständig, falsch und in einem Punkt, wie wir denken, wider die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie uns auf den parlamentarischen Weg verweisen und damit meinen sollten, Sie könnten sich so verhalten, wie wir es heute im Verlauf dieser Plenarsitzung noch einmal thematisieren werden, nämlich Beantwortungsfristen extensiv auszuschöpfen und lange Zeit ins Land streichen zu lassen, bis die Antworten kommen, dann werden wir Ihnen das nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Der parlamentarische Weg, den wir gehen, ist nicht die Kleine Anfrage, sondern der Dringliche Antrag, mit dem wir den Minister bitten – wenn er nicht mehr bereit ist, zu schreiben –, in diesem Haus Rede und Antwort zu stehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, aus der Sicht der SPD-Fraktion ist es nicht nur unser Recht, sondern als Opposition unsere Pflicht, kritische Fragen zu stellen, die im Land gestellt werden. Herr Minister, aus unserer Sicht steht es nicht in Ihrem Belieben, zu sagen, ob Sie Antworten wollen, sondern es ist Ihre Pflicht, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Sache ist dringlich. Es besteht hohes öffentliches Interesse an der Aufklärung des wahren Sachverhalts.

(Heinrich Haupt (SPD), auf Minister Karlheinz Weimar blickend: Da schüttelt er den Kopf!)

Es verdichtet sich immer mehr der Eindruck, dass mehrfach unvollständig und falsch informiert worden ist. Man könnte auch sagen: Die Sache stinkt zum Himmel.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, um nur an einem einzigen Punkt deutlich zu machen, für wie dringlich wir es halten, dass hier die Aufklärung des Sachverhalts erfolgt, will ich auf Folgendes hinweisen. Im Haushaltsausschuss wird die Frage gestellt, wie eine Information an ein Maklerbüro und von einem Maklerbüro an einen späteren Käufer kommt, die dazu führt, dass das Objekt im Verhältnis zur ursprünglichen Schätzung für einen Apfel und ein Ei verkauft wurde. Es wird die Frage gestellt, ob die Informationsquelle im hessischen Finanzministerium gefunden werden könne. Da antwortet der Minister mit Nein. Wenig später kann man in der Öffentlichkeit ein Fax sehen – entweder ist das Fax eine Fälschung, oder der Minister hat falsch geantwortet –,

(Gerhard Bökel (SPD): Eines von beiden geht nur!)

in dem unter Hinweis auf einen Mitarbeiter des hessischen Finanzministeriums dargestellt wird, dass Daten aus dem Finanzministerium an das Maklerbüro weitergegeben worden sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Norbert Herr (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Klemm, drei Minuten. Sie müssen zum Schluss kommen.

Lothar Klemm (SPD):

Meine Damen und Herren, das ist auch der Kern des Geschehens. Wir können es in dieser Sache, die insgesamt im Zwielficht steht, nicht hinnehmen, dass gemauert wird und dass weiter Unklarheit herrscht. Deshalb bitten wir Sie dringlich, diese Frage zu klären, bevor wir in die Haushaltsberatung eintreten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Finanzminister hat ein dickes Problem. Das ist nicht die Zeit für Business as usual, sondern die Fakten müssen auf den Tisch, und dann agieren wir weiter. Wir beantragen die Behandlung vor Punkt 4.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Grüttner.

Stefan Grüttner (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es erscheint so, als ob die Opposition ein Problem hat. Denn wir konnten heute der „Frankfurter Rundschau“ entnehmen, dass es der SPD an Sachthemen mangelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Ah!)

Meine Damen und Herren, dies versuchen Sie heute mit einem solchen Antrag wieder wettzumachen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Es ist schon sehr erstaunlich, dass Herr Kollege Klemm zur Begründung der Dringlichkeit eines Antrags eine „ddp“-Meldung vom heutigen Tage zurate zieht, obwohl Sie den Antrag bereits am letzten Freitag als Dringlichen Antrag gestellt haben. Insofern sieht man, die Not muss schon unendlich groß sein, wenn man eine solche Meldung zur Begründung der Dringlichkeit heranzieht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Das ist ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren, unabhängig davon – das ist eine klare Sache – kommt diese Geschäftsordnungsdebatte nicht von ungefähr. Seitens der SPD-Fraktion hat man Wert darauf gelegt, sie zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem die Tribüne etwas voller ist, zu führen anstatt zu Beginn der Sitzung.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist eine Unverschämtheit! Sie wissen, warum wir das nicht vorher gemacht haben!)

Wir haben das alles akzeptiert, Herr Kollege Bökel. Sie wissen doch, getroffene Hunde bellen laut. Das merkt man an dieser Stelle sehr deutlich.

(Unruhe bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben zu jedem Zeitpunkt Ihnen gegenüber gesagt, dass wir die Dringlichkeit unabhängig von ihrer Begründung, die an der Sache vollkommen vorbeigeht, natürlich akzeptieren, weil es parlamentarischer Brauch ist. Sie haben zu keinem Zeitpunkt an irgendeiner Stelle deutlich gemacht, warum Sie die dringliche Behandlung dieses Antrages nun unmittelbar vor der Haushaltsberatung wollen.

(Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich!)

Ich habe zu keinem Zeitpunkt einen Punkt der Begründung Ihrerseits gehört. Insofern meine ich, dass es diesem Haus gut ansteht, in der Richtung fortzufahren, wie wir es in den vergangenen Jahren gemacht haben. Wir lesen erst einmal die Gesetze, und zwar von den ersten bis zu den dritten Lesungen. Wir als CDU-Fraktion haben Ihnen mit Einverständnis der FDP-Fraktion heute Vormittag angeboten: Wir haben Setzpunkte von Fraktionen auf dieser Tagesordnung des Plenums. Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn die SPD-Fraktion ihren Setzpunkt austauscht, wenn sie die Wichtigkeit als so groß erachtet, dann entsprechend diesen Punkt an die Stelle ihres Setzpunktes nimmt.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies scheint Ihrerseits nicht akzeptiert worden zu sein. Wir haben dann gesagt, es gibt aber auch Setzpunkte von

anderen Fraktionen. Wir akzeptieren auch die Behandlung während des Plenums. Wir haben alle – wie wir wissen – eine lange Sitzung vor uns, die möglicherweise bis Donnerstagnacht oder Freitagmorgen dauert. Wir akzeptieren, wenn es Ihnen so wichtig ist, diesen Punkt zu einem Zeitpunkt zu beraten, zu dem draußen noch die Sonne scheint und es nicht Nacht ist, dies nach den Setzpunkten der Fraktionen unmittelbar aufzurufen.

(Gerhard Bökel (SPD): Vor dem Haushalt!)

– Unmittelbar nach den Setzpunkten. Vor dem Haushalt aufzurufen, Herr Kollege Bökel, was Sie jetzt sagen, dazu habe ich überhaupt keine Begründung gehört. Da gibt es auch überhaupt keinen inhaltlichen Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie versuchen an dieser Stelle, nur mit Klamauf einen entsprechenden Antrag vor den Haushalt zu ziehen. Wenn Sie es mit dem Haushalt in Verbindung bringen, dann frage ich Sie, wieso Sie einverstanden gewesen sind, beispielsweise das Thema Vorlage eines Nachtragshaushalts mit der Haushaltsdebatte zu verbinden und diesen Punkt gar nicht in die Diskussion einzubringen.

Sie hat mit dem Haushalt überhaupt nichts zu tun. Deswegen bleibt es dabei. Aus gutem Brauch in diesem Hause heraus bejahen wir die Dringlichkeit und bieten Ihnen erneut an, dass dieser Punkt nach dem letzten Setzpunkt einer Fraktion aufgerufen wird, unmittelbar anschließend. Das ist am Donnerstagnachmittag nach dem Setzpunkt der FDP-Fraktion in diesem Haus. Dann können wir uns in Ruhe mit dieser Sache auseinander setzen. Das ist unser Angebot. Ich gehe davon aus, dass Sie diesem auch zustimmen werden, weil Sie im Sinne einer vernünftigen parlamentarischen Tradition genau wissen, dass es vor den Gesetzen, insbesondere vor der Einbringung des Haushaltsgesetzes, nichts zu tun hat. Ansonsten wäre es ein Affront gegenüber allen anderen Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, wenn Sie darauf bestehen würden. Deswegen bieten wir Ihnen das an.

(Günter Rudolph (SPD): Zu gütig!)

Das ist ein Entgegenkommen. Bei diesem Entgegenkommen bleibt es auch. Dann können wir uns auch mit dem Inhalt dieses Antrags auseinander setzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Kaufmann das Wort erteile, möchte ich, um eine Wortmeldung von Herrn Bökel damit auch gleichzeitig zu erledigen, sagen, dass während der Geschäftsführerbesprechung angekündigt wurde, warum diese Debatte um die Platzierung erst nach Punkt 1 stattfindet: weil man nicht unmittelbar nach einem Totengedenken diese Debatte führen wollte.

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es! – Barbara Bergelt (SPD): Das ist eine Frechheit! – Armin Claus (SPD): Herr Grüttner wusste das auch! – Günter Rudolph (SPD): Dem ist nichts heilig!)

– Ist klargestellt. Ich wollte das extra machen, damit darüber nicht auch noch eine lange Debatte ist. Also, es ist geklärt. – Jetzt hat Herr Kollege Kaufmann das Wort zur Geschäftsordnung.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihr Bemühen, diese Unverschämtheit des Kollegen Grüttner möglichst still zu beseitigen, in allen Ehren. Nur, Herr Kollege, wo die Not wirklich groß ist, merkt man an Ihrem Auftritt, wenn Sie so eine Gelegenheit nutzen müssen, obwohl Sie genau wussten, was der Grund ist, warum die SPD-Fraktion gebeten hat, an dieser Stelle der Tagesordnung die Angelegenheit zu diskutieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann weist das allein und zwar mit allen Fingern in Ihre Richtung. So kann man sich nicht verhalten, wenn man ernst genommen werden will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

So zeigt man, dass man selber keine Argumente hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Problem des verehrten Kollegen Klemm ist schlicht: Er ist ein zu feiner Mensch. Deswegen hat Herr Kollege Grüttner es ihm in seiner Antwort auch gegeben. Natürlich, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, von der Regierungskoalition, natürlich, Herr Finanzminister, gehört dieser Punkt vor den Haushalt, weil in dem Stand der Dinge, in dem wir sind, mindestens dreimal der Beweis auf dem Tisch liegt, dass Sie – nach meinem Eindruck vorsätzlich – vor dem Parlament die Unwahrheit gesagt haben.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie uns anschließend hier den Haushalt präsentieren, dann wollen wir es wirklich genau wissen,

(Gerhard Bökel (SPD): Vorher wissen!)

weil wir unterstellen müssen, dass weitere Unwahrheiten sofort folgen. Deswegen muss die Sache vorher geklärt sein.

Im Übrigen, Herr Kollege Grüttner, wenn Sie etwas mehr Ahnung vom Haushalt hätten, dann würden Sie wissen, dass die Sache natürlich auch etwas mit dem Haushalt zu tun hat. Denn darin stehen jedes Mal auch Einnahmen aus Verkäufen. Wenn wir solche Vorgänge wie zur Burg Staufenberg, über die wir weiterhin zu reden haben, öfter erleben, dann kann man nur feststellen: Auch an diesem Punkt ist der Haushalt, den die Landesregierung einbringt oder in der Vergangenheit eingebracht hat, das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion, jetzt die Angelegenheit zu klären. Es kann einfach nicht sein, dass erneut der Vorwurf der Lüge im Raum steht, dass der Finanzminister immer wieder die Unwahrheit sagt, unvollständige Berichte abgibt und anschließend glaubt, uns einen Haushalt verkaufen zu können. Erst muss klar sein, wo die Wahrheit liegt und was tatsächlich geschehen ist. Dann befassen wir uns mit dem Haushalt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Zur Geschäftsordnung, Frau Kollegin Henzler.

Dorothea Henzler (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun einmal wieder ganz in Ruhe und zur Sache. Wir, die Fraktionen von CDU und FDP, haben die Dringlichkeit dieses Antrags bestätigt. Wir bestätigen Ihnen auch, dass Sie keine lange Zeit brauchen, um auf die Antwort zu warten. Selbstverständlich wird der Finanzminister seiner Pflicht zur Antwort nachkommen. Demzufolge sind alle Wünsche des Herrn Kollegen Klemm damit schon erledigt.

Herr Kollege Kaufmann, Ihre ständigen Vorwürfe, die Sie dem Finanzminister machen, er würde die Unwahrheit sagen – das unparlamentarische Wort „lügen“ haben Sie zum Glück nicht gebraucht; sonst wäre noch eine Rüge gekommen – –

(Michael Denzin (FDP): Doch, hat er!)

– Oder Sie haben es sogar gebraucht, aber vielleicht nicht im direkten Zusammenhang. – Dann beweisen Sie doch endlich einmal, was Sie ihm ständig vorwerfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gern!
– Gerhard Bökel (SPD): Das können wir gerne machen!)

Sie werfen ihm ständig Unwahrheiten vor, Sie haben es ihm aber noch kein einziges Mal wirklich bewiesen. Behaupten Sie nicht immer solche Dinge, die Sie hinterher nicht beweisen können und die Sie auch noch nicht bewiesen haben.

(Gerhard Bökel (SPD): Deswegen wollen wir debattieren, und zwar vorher! – Weitere lebhaftere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Halt, das geht jetzt nicht von der Redezeit ab. Sie können jetzt einmal tief durchatmen, bis die Damen und Herren Ihnen wieder Gelegenheit zum Vortrag geben. Der eine will es ganz schnell vortragen, der andere will es ein bisschen später hören. – Frau Henzler.

Dorothea Henzler (FDP):

Wenn es Ihnen denn Ernst gewesen wäre, sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, dass Sie es heute Nachmittag noch hätten besprechen wollen, warum haben Sie denn dann abgelehnt, dass wir es im Rahmen der Haushaltsberatung machen? Dann hätten wir es im Rahmen der Haushaltsberatung mit besprechen können, und Sie hätten Ihr Thema heute Nachmittag noch gehabt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Das fehlte gerade noch!)

Der Haushalt 2003 ist selbstverständlich das Papier wert, auf dem er gedruckt wird. Er weist nämlich in die Zukunft dieses Landes, und er wird Hessen voranbringen. Deshalb werden wir jetzt den Haushalt 2003 beraten.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Bevor solches geschieht, müssen wir zur Geschäftsordnung abstimmen. Verstehe ich den Antrag von Herrn Klemm und der SPD richtig,

dass er bedeutet, das hier und jetzt zu behandeln? Denn der nächste Punkt wäre der Haushalt.

Wer ist dafür, dass der Tagesordnungspunkt 63, dessen Dringlichkeit bejaht ist – Stichwort Staufenberg-Verkauf – jetzt vor der Haushaltsberatung aufgerufen wird? – Das sind die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossen. – Wer ist dagegen? – Das sind die anderen. Müssen wir das auszählen? – Ich habe von hier deutlich gesehen, dass dies nicht notwendig ist. Wenn aber jemand auszählen will, dann darf er auch auszählen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Koch möchte auszählen!)

Herr Klemm.

Lothar Klemm (SPD):

Herr Präsident, die SPD-Fraktion hat Beratungsbedarf. Wir bitten um eine Unterbrechung der Sitzung.

Präsident Klaus Peter Möller:

Wie lange soll die Sitzung unterbrochen werden?

(Lothar Klemm (SPD): Zehn Minuten!)

– Die Sitzung wird für zehn Minuten unterbrochen. Das heißt, sie wird 20 Minuten vor 4 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung von 15.30 bis 15.47 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz. Wir hatten eine Unterbrechung von zehn Minuten vereinbart und fünf Minuten zugegeben, weil die SPD ihren Fraktionssitzungssaal wegen einer Besuchergruppe nicht betreten konnte. Das zeigt wieder einmal, dass wir ganz dringend baulich etwas tun müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn ich jetzt gemein wäre, würde ich Punkt 4 aufrufen. Ich bitte, das der SPD mitzuteilen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die SPD ist nicht wieder da!)

– Auf diese Weise kann man jede Sitzung torpedieren und verzögern. Das ist nicht Sinn der Sache.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sehen das andere anders?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man muss ihnen zumindest Bescheid sagen!)

– Gut, man teile der SPD mit, dass ich Tagesordnungspunkt 4 gleich aufrufen werde. Wer will sich zum Boten machen? – Herr Friedrich telefoniert es durch.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dann soll von denen jemand kommen und eine weitere Unterbrechung beantragen! So geht es aber nicht!)

Im Sitzungspräsidium herrscht Uneinigkeit. Nicht alle sind so hart wie ich.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Ich bin an sich nicht hart, das weiß ich. Jetzt könnten Sie höchstens Dauerreden zur Geschäftsordnung halten. Das wäre aber auch keine Lösung. – Herr Kollege Al-Wazir, zur Geschäftsordnung.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, wenn eine Fraktion eine Sitzungsunterbrechung beantragt, dann gehört es zu den normalen parlamentarischen Gepflogenheiten, auch für denjenigen, der die Sitzung leitet, mit der Sitzung nicht wieder zu beginnen, bevor – –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was soll der Angriff auf den Präsidenten, Herr Al-Wazir?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Jetzt spricht der Abg. Al-Wazir. Ich habe den Tagesordnungspunkt 4 noch nicht aufgerufen. Meine Geduld geht aber zu Ende. Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Solange ich mich selbst noch nicht beleidigt fühle, lasse ich ihm das Wort. – Herr Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Herr Präsident hat mich schon richtig verstanden, nicht wie Sie, Herr Kollege Hahn.

Es gehört zu den kollegialen Gepflogenheiten, eine Sitzung nicht wieder zu eröffnen, solange eine Fraktion nicht wieder im Saal ist. Man müsste der Fraktion zumindest mitteilen, dass man die Sitzung wieder aufnimmt. Deshalb glaube ich, es wäre klug, dem Kollegen Klemm, der die Geschäfte der Fraktion wegen der Krankheit des Kollegen Schaub in dieser Plenarwoche führt, die Möglichkeit zu geben, hier zu erklären, wann die SPD-Fraktion ihren Beratungsbedarf gedeckt haben wird.

Präsident Klaus Peter Möller:

Kann einer der anwesenden Abgeordneten dazu etwas sagen? – Frau Kollegin Fellner.

Prof. Erika Fellner (SPD):

Der Beratungsbedarf ist gedeckt. Die Abgeordneten sind auf dem Weg hierher. Wir haben einen Sitzungssaal frei machen müssen. Allein die Wegezeit betrug mehr als zehn Minuten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Sie kommen also, jetzt aber bitte im Eiltempo. Wir haben ein großes Festprogramm, das bis 2 Uhr am Freitagmorgen dauern soll.

(Die Abgeordneten der SPD-Fraktion betreten den Sitzungssaal.)

Herr Kollege Klemm, wenn Sie so nett wären, sich gleich zur Geschäftsordnung zu melden, weil wir wissen wollen, wie es weitergeht. Das Wort hat der Abg. Klemm, SPD.

Lothar Klemm (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen noch einmal unterstreichen: Wir haben die Sitzungsunterbrechung nicht unnötig in die Länge gezogen. Wir sind auf einen besetzten Raum gestoßen.

(Zurufe von der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das habe ich mehrmals laut und deutlich gesagt. Bitte weiter.

Lothar Klemm (SPD):

Es ist kein guter Zustand, wenn wir nicht in der Lage sind, uns im Zusammenhang mit einer Plenarsitzung auch einmal in der Fraktion zu beraten. Wir müssten an dieser Stelle ein bisschen kooperativer miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Debatte ist von Ihnen eben gesagt worden: „Bevor Sie dem Minister hier etwas vorwerfen, beweisen Sie ihm doch erst einmal, was da los ist.“ Es ist Ihnen sicher nicht entgangen, dass wir in unseren Reihen darüber diskutiert haben, wie man mit dem Vorgang eigentlich umgehen sollte.

Ich war zwar in der Sitzung des Haushaltsausschusses nicht anwesend, aber aufgrund dessen, was ich nachgelesen habe, habe ich den Eindruck, dass der Minister eine objektiv falsche Antwort gegeben hat. Wenn Sie meinen, mit uns in dieser Art und Weise umgehen zu können, dann bekommen Sie jetzt unsere Antwort. Wir werden noch an diesem Nachmittag die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden, wenn Sie diese Gangart wollen, diese Gangart auch annehmen. Wir haben in der letzten Plenarsitzung darum gebeten, dass – bevor der Vertrag abschließend unterzeichnet wird – Gelegenheit gegeben wird, die offenen Fragen zu erörtern. Das ist uns durch den Gebrauch der Mehrheitskeule abgelehnt worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie versuchen heute wieder, eine Ihnen unangenehme Diskussion auf einen Zeitpunkt zu legen, wo Sie die Hoffnung haben, die Öffentlichkeit würde nicht mehr so genau hinhören. Das machen wir jetzt nicht mehr mit. Wir werden das, was in diesem Fall stinkt, in einem Untersuchungsausschuss untersuchen und werden dann feststellen, was tatsächlich bei der Burg Staufenberg alles schief gelaufen ist.

(Zurufe von der CDU)

Fest steht, dass Geld in einem unglaublichen Ausmaß verschleudert worden ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es scheint so zu sein, dass aus dem Finanzministerium heraus ein Bieter eingeladen wurde, unter seine eigenen Gebote zu gehen, und damit zum Nachteil des Landes Hessen gehandelt worden ist. Es ist so, dass der Minister zögerlich, langsam, unvollständig und falsch geantwortet hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Klemm, unabhängig von der Frage, ob zur Geschäftsordnung – – Grüttner, Kaufmann, Henzler – noch nicht. Herr Grüttner.

(Siegbert Ortmann (CDU): Das war aber nicht zur Geschäftsordnung!)

Stefan Grüttner (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Inszenierung der SPD überrascht uns in der Tat überhaupt nicht, denn es war alles darauf angelegt,

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

genau zu diesem Ergebnis zu kommen. Ich denke, insofern muss man keinen Popanz aufbauen, der letztlich nicht haltbar ist. Ich verwahre mich mit aller Deutlichkeit dagegen, dass irgendwo gemauert oder etwas anderes gemacht wird. Ich verwahre mich dagegen, dass mit Unterstellungen gearbeitet wird, die auf keiner realistischen Grundlage beruhen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ganz im Gegensatz zu anderen Zeiten, die wir in diesem Hause schon erlebt haben, hat der Minister zu dem ersten Antrag umfassend Stellung bezogen. Das Zweite ist, er hat umfassend im Haushaltsausschuss zu dieser Frage Stellung bezogen. Wenn für Sie noch offene Fragen übrig sind – Sie haben sie in einem Antrag formuliert –, haben wir Ihnen angeboten, darüber zu diskutieren. Das wollen Sie gar nicht. Sie wollen an keiner Stelle eine Antwort haben,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

sondern Sie wollen ausschließlich Ihre Inszenierung mit Auszug, Einzug, parlamentarischem Untersuchungsausschuss fortführen. Ich sage Ihnen: Das ist Ihr parlamentarisches Recht. Ich akzeptiere es und finde es vollkommen richtig, dass der Finanzminister Sie wegen der Beantwortung Ihrer Fragen auf den parlamentarischen Weg verwiesen hat. Das ist der richtige Ort.

Ihnen wird an keiner Stelle verweigert, Antworten auf Ihre Fragen im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zu bekommen. Aber Sie machen mit diesem Verfahren sehr deutlich, dass Ihnen an diesen Antworten überhaupt nicht gelegen ist, sondern dass Sie ausschließlich versuchen, mit diesen Fragen Politik zu betreiben,

(Beifall bei der CDU)

weil Sie in den Sachen – das wiederholt sich – keine Alternativen haben, sondern ausschließlich versuchen, mit Skandalisierung Politik zu machen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die hessischen Wählerinnen und Wähler werden Ihnen das nicht danken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Präsident Klaus Peter Möller:

Zur Geschäftsordnung, Abg. Kaufmann.

(Zurufe von der CDU)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Geschäftsordnung nur so viel mitgeteilt: Der Antrag auf Untersuchungsausschuss ist spontan entstanden, weil gar nichts anderes übrig bleibt.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, lassen Sie sich mitteilen – –

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, jetzt bitte ich wirklich um Ruhe.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Witz war gut! – Clemens Reif (CDU): Wer so lügt, ohne rot zu werden!)

– Ruhe. – Die Verwaltung hat offenbar geglaubt, dass es ruhig zugeht, da ich noch nicht einmal eine Glocke hingestellt bekommen habe.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich weiß gar nicht, was Sie so viel zu lachen haben. Seit Sonntag ist doch auf Ihrer Seite eher Ernst angesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich wollte Ihnen nur mitteilen – ganz ruhig –, dass die gesamte Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag gleichfalls, insofern wird es ein gemeinsamer Antrag sein, mit unterstützt.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

– Jetzt sagen Sie: Ah! – Meine Damen und Herren, Sie sollten alle einmal etwas öfter in den Spiegel schauen und sich daran erinnern, wie Sie in der Plenardebatte, als wir über die Sache Staufenberg geredet haben, einen sehr vernünftigen Antrag – den ich seinerzeit die Ehre hatte hier zu stellen, nämlich zurückzuverweisen in den Haushaltsausschuss und in Ruhe zu klären – in Arroganz, wie das bei Ihnen häufig ist, meinten einfach ablehnen zu können, weil,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

wie Kollege Lortz so schön meinte, für Sie alles geklärt sei. Ich kann Ihnen nur noch einmal, weil die Frage so oft aufkommt, in der kurzen Redezeit zur Geschäftsordnung die drei Lügen nennen.

Erstens. Der Finanzminister hat wahrheitswidrig behauptet, dass in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Wertgutachten ein Urteil ergangen sei. Das ist nachweislich falsch. Das Urteil lag bereits vor der Erstellung des ersten Wertgutachtens vor.

Zweitens. Der Finanzminister hat wahrheitswidrig behauptet, seine Zusage, dass das ehemalige Pächterehepaar jederzeit in das Höchstgebot eintreten könne, sei eingehalten worden. Das ist falsch; es ist nicht eingehalten worden, weil das dritte Angebot, das Angebot in der dritten Runde, dem Pächterehepaar überhaupt nicht mitgeteilt wurde.

Der dritte Punkt ist, in der letzten Sitzung hat der Finanzminister erklärt, dass aus seinem Verantwortungsbereich keine Mitteilung über den verringerten Wert an den Makler gegangen sei. Mittlerweile gibt es Schriftstücke – sie sind bereits erwähnt worden –, die das Gegenteil zumindest zu zeigen scheinen.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Kaufmann, jetzt sind die drei Minuten wirklich herum.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das sind die Punkte, die zu klären sind. Da Sie nicht bereit sind, der Minderheit zu ihrem Recht zu verhelfen und das gleich zu klären, werden wir die parlamentarischen Mittel gemeinsam nutzen,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

die uns zur Verfügung stehen, und dann werden wir es aufklären. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren, zur Geschäftslage. Der geschäftsordnungsmäßige Antrag der SPD, den Antrag „Staufenberg“ jetzt zu behandeln, ist abgelehnt. Das haben wir vorhin schon beschlossen. Der Antrag auf Untersuchungsausschuss ist von vornherein dringlich. Nach Einbringung und Verteilung können wir darüber diskutieren.

Korrekterweise müssen wir jetzt mit dem Haushalt beginnen. Ich teile mit, dass sich der Ministerpräsident jetzt entfernen wird – wie zwischen den Geschäftsführern vereinbart – zum Empfang von Dr. Walter Wallmann, logischerweise, und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 15/4218 –

b) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2002 bis 2006 – Drucks. 15/4242 –

verbunden mit **Tagesordnungspunkt 27:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend unverzügliche Vorlage eines Nachtragshaushaltes – Drucks. 15/4130 –

Zur Einbringung hat der Finanzminister das Wort.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser von uns für das Jahr 2003 vorgelegte Haushalt hat zwei Grundaussagen: Erstens, versprochen – gehalten, der Kurs in Hessen stimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zweitens, nach vorwärts gerichtet, raus aus der bundespolitischen Krise.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Aufstellung und Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2003 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2006 fallen in die Phase einer krisenhaften Zuspitzung der öffentlichen Haushalte, insbesondere bei Ländern und Gemeinden. Im Bundestagswahlkampf haben wir gerade das größte öffentliche Täuschungsmanöver der rot-grünen Bundesregierung erlebt,

(Gerhard Bökel (SPD): Mit Erfolg!)

das je in Deutschland vor einer Wahl inszeniert wurde.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eieiei!)

Der blaue Brief aus Brüssel ist uns sicher

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie gerade sagen bei der Verschuldung!)

und konnte bisher nur verhindert werden, weil Herr Eichel die Zahlen zum 1. September nicht lieferte. Dies mit der abenteuerlichen Begründung, die Zahlen seien wegen der Hochwasserkatastrophe nicht lieferbar – eine geradezu lächerliche Begründung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bis zum Jahresende wird kein relevanter Betrag im Hinblick auf die deutsche Gesamtverschuldung ausgezahlt, und die Computer in den Finanzministerien in Sachsen und Sachsen-Anhalt standen nicht unter Wasser.

Während der Bund versucht, sich schadlos zu halten, sind die Länder und Gemeinden, egal, wo Sie hinschauen, die großen Verlierer. Wegbrechende Steuereinnahmen in bisher nicht gekannter Größenordnung haben ihre Finanzierungsgrundlagen tiefgreifend erschüttert.

(Reinhard Kahl (SPD): Wie war das denn bei Waigel?)

Auch wenn die hierauf vielerorts, auch in Hessen, beschlossenen finanzwirtschaftlichen Restriktionen auf größtmögliche Schadensbegrenzung abzielen, führt der drastische Rückgang des Steueraufkommens schon jetzt in anderen Bundesländern und in vielen Städten und Gemeinden zu einem erzwungenen Stillstand gestaltender Politik und damit zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung von Zukunftschancen.

Bei ungebremsster Fortentwicklung dieses Trends steht sogar zu befürchten, dass Länder und Gemeinden in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein werden, ihren vielfältigen gesetzlichen Aufgaben in der gebotenen Weise nachzukommen.

Trotz dieses bundesweiten Abwärtstrends bleibt festzuhalten: Hessen hat sich in den zurückliegenden dreiein-

halb Jahren unter der CDU/FDP-Regierung zu einem Land an der Spitze entwickelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies belegen nicht nur die herausragenden Wirtschaftsdaten in unserem Bundesland und die günstigere Arbeitslosen- und hervorragende Arbeitsmarktsituation, sondern auch die Tatsache, dass wir in vielen Politikfeldern bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen haben.

Wir sind 1999 mit hohen Ansprüchen angetreten und können nunmehr in dem vierten von uns vorgelegten Landeshaushalt den Wählern beweisen: Wir haben versprochen, und wir haben die Versprechen gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich nenne hier nur beispielhaft die Unterrichtsgarantie an Schulen. Versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Hildegard Pfaff (SPD): Wie war das in Baden-Württemberg?)

Das Landesstraßenbauprogramm: mehr als verdoppelt. Versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hochschulen: mit dem Hochschulpakt und dem Hochschulgesetz mehr Geld und mehr gestalterische Freiheiten eingeräumt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

Versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Innere Sicherheit: zu einem Markenzeichen Hessens gemacht. Versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Grundwasserabgabe: abgeschafft. Versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf wollen Sie stolz sein?)

Der Kurs stimmt. Weil die Rahmenbedingungen in unserem Bundesland stimmen, setzen wir weiter auf die Zukunft in Hessen und bringen unbeirrt unsere politischen Schwerpunktthemen Schulen, Hochschulen, Wirtschaft und innere Sicherheit voran. Diese Politik hat uns an die Spitze gebracht und wird diese Stellung weiter festigen.

(Zurufe der Abg. Karl Dörr (Umstadt) und Norbert Schmitt (SPD))

Zu den hausgemachten Fehlentscheidungen der Bundesregierung: Der knappe Ausgang der Bundestagswahl macht deutlich, dass es mehr denn je Aufgabe von Hessen und anderen Bundesländern ist, der Bundesregierung klarzumachen, dass es so wie in den letzten Jahren unter keinen Umständen weitergehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Denn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland sind hausgemacht. Sie sind das Ergebnis von Fehlentscheidungen der Bundesregierung, die insbesondere in den vier zurückliegenden Jahren getroffen wurden. Von Norden bis Süden, von Schleswig-Holstein bis Bayern leiden bundesweit Länder und Gemeinden unter den Auswirkungen dieser Fehlentscheidungen.

Es ist schon erstaunlich, dass die Bundesregierung selbst in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes von eigenen Genossen, wie der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Simonis oder dem Münchner Oberbürgermeister Ude, wegen des völlig falschen Politikurses heftig kritisiert wurde.

Ursächlich für die aktuelle Einnahmekrise der öffentlichen Hand sind zum einen verfehlte oder unterlassene bundespolitische Weichenstellungen in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Eine spürbare Erholung der konjunkturellen Auftriebskräfte ist ausgeblieben. Im Gegenteil, es ist zu einer merklichen Abschwächung der Leistungskraft und des Wachstums der Bundesrepublik Deutschland im Ganzen gekommen.

Die europaweit am Ende der Skala angesiedelte Wachstumsrate ist für die ehemalige Wachstumslokomotive Deutschland eine kaum für möglich gehaltene Blamage.

Meine Damen und Herren, wenn ich in dem Zusammenhang einmal darauf hinweisen darf: Als die Maastricht-Kriterien festgelegt wurden, hat Deutschland gesagt: Wir müssen diese 3-%-Verschuldensgrenze einführen, weil die mediterranen Länder und andere die großen Probleme eines einheitlichen Wirtschaftsraums und einer gemeinsamen Währung sein könnten.

(Beifall der Abg. Traudl Herrhausen (CDU))

Welch eine Blamage unter dieser rot-grünen Bundesregierung, dass wir im Wirtschaftswachstum vollständig an das Ende von Europa zurückgerückt sind und gleichzeitig die Maastricht-Kriterien mit als Erste überschreiten werden. Meine Damen und Herren, wir blamieren uns in Europa ohne Ende.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hat die deutsche Bevölkerung nicht verdient, denn sie ist nach wie vor fleißig, intelligent und engagiert. Aber wenn sie eine solche Politik hat, dann können sich diese Kräfte nicht entwickeln, und das bleibt an dieser Stelle auch nach der Bundestagswahl vom letzten Sonntag festzuhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die kontinuierlich zunehmende, mittlerweile sogar in den Sommermonaten die 4-Millionen-Grenze übersteigende Zahl von Arbeitslosen wird weiter wachsen. Steigende Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge fördern eine extrem geringe Konsumneigung.

Meine Damen und Herren, es ist doch ganz normal, dass die Bevölkerung mit ihrer Konsumzurückhaltung so darauf reagiert. Sie hat kein Vertrauen in die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Sie weiß, dass sie von den Kosten der Sozialkassen und der Sozialversicherungen belastet wird.

(Zuruf des Abg. Hans Michael Maus (SPD))

Sie ist bei der Steuerreform zu kurz gekommen, die Öko-steuer ist wieder erhöht worden, die Versicherungs- und Tabaksteuern sind erhöht worden, die Gebühren steigen, und die Menschen haben einfach kein Vertrauen mehr. Deswegen halten sie sich mit ihren Investitionen zurück, und die Konjunktur geht jeden Tag weiter in den Keller, weil diese Bundesregierung weder in der Lage war noch sein wird, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Wir tragen die Folgen dieser Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eine ausgeprägte Investitionszurückhaltung des Mittelstands aufgrund stärkster Reglementierungen und Steuerungsrechten und ein neuer Insolvenzz rekord mit wahrscheinlich weit über 40.000 Insolvenzen markieren negative Meilensteine auf diesem abschüssigen Weg.

(Zuruf des Abg. Hans Michael Maus (SPD))

Die Bundesregierung hat die Binnenkonjunktur abgewürgt. Länder und Gemeinden stehen durch Steuerausfälle und Soziallasten vor haushaltspolitischen Trümmern.

Leider wird Deutschland auch in diesem Winter wieder beispiellose Negativrekorde bei Steuerausfällen, Arbeitslosenzahlen und beim Anstieg der Kosten der Sozialkassen erleben. Mit einem groß angelegten Täuschungsmanöver vor der Bundestagswahl wurde das wahre Ausmaß der Misere verschleiert. Aber das wird die neue Bundesregierung gnadenlos einholen.

Meine Damen und Herren, dies führt zu leeren Kassen bei Ländern und Kommunen. Hinzu kommen die Folgen der von der Bundesregierung weder sorgfältig durchdachten noch durchgerechneten Unternehmenssteuerreform, die vor allem im Bereich der Körperschaftsteuer zu beispiellosen Steuerausfällen geführt hat und immer noch führt. Belief sich das bundesweite Körperschaftsteueraufkommen vor der Reform im Jahre 2000 noch auf 23,6 Milliarden €, ergab sich für das Jahr 2001 ein „Aufkommen“ von minus 0,4 Milliarden €, und im laufenden Haushaltsjahr hat sich diese Entwicklung extrem hoher Ausfälle bei der Körperschaftsteuer noch verschlimmert. Das zum ersten Halbjahr 2002 aufgelaufene „Aufkommen“ ist bundesweit bei minus 1,3 Milliarden € angesiedelt.

Der Aufkommenssaldo in Hessen lag sogar bei minus 2,022 Milliarden € und war damit um fast 3 Milliarden € niedriger als noch vor Jahresfrist. Meine Damen und Herren, das müssen Sie erst einmal einem Bürger in diesem Land erklären können, der täglich mit allen möglichen Dingen belastet wird: dass die großen Unternehmen in Deutschland nicht nur keine Steuern mehr zahlen, sondern mehr zurückgezahlt bekommen, als sie einmal gezahlt haben. Das ist ein unglaublicher Vorgang, der hier stattfindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das zerstört auch die soziale Symmetrie im Lande.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit voller Wucht haben Eichels Steuergeschenke für die großen Unternehmen unser Bundesland und auch unsere hessischen Kommunen bei der Gewerbesteuer getroffen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Bundesregierung hat mit der Reform der Körperschaftsteuer die soziale Symmetrie zerstört. Hessen ist wegen seiner Wirtschaftskraft der große Verlierer einer solchen Steuerreform.

Also zu den Zwischenrufen: Als ich Finanzminister wurde, habe ich immer gedacht, man muss sich nicht über die Vorzeichen bei der Lohnsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kfz-Steuer unterhalten. Nach dieser Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung musste ich umdenken.

(Norbert Schmitt (SPD): Haben Sie eine negative Einkommensteuer? – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass die Steuern, die große Unternehmen zahlen, plötzlich im Minus stehen, ist doch unerträglich. Das kann sich doch überhaupt kein Mensch vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Und was wurde von Herrn Eichel gesagt? Das sei nur ein temporärer Vorgang, danach würden die Steuern wieder deutlich nach oben gehen. – Nichts ist in dieser Frage passiert. Die Entwicklung geht hier ständig so weiter. Wie gesagt, damit wird die soziale Symmetrie in unserem Lande zerstört. Das war vor der Wahl so, und das bleibt auch nach der Wahl bei dieser Bundesregierung so.

(Beifall der Abg. Martina Leistenschneider (CDU) – Zurufe der Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) und Norbert Schmitt (SPD))

Wachstumshemmende Rahmenbedingungen und missglückte Steuerreform sind bereits für sich alleine gesehen für die öffentlichen Haushalte nur schwer zu verkraften. Zusammengenommen und mit ihren aufeinander bezogenen Effekten haben sie jedoch zwischenzeitlich Wirkungen entfaltet, die sich zu einer ernsthaften Bedrohung der Finanz- und Gestaltungsautonomie von Ländern und Gemeinden ausgewachsen haben.

Meine Damen und Herren, zur Bundesgesetzgebung der letzten vier Jahre: Anders als dem Bund stehen Ländern und Gemeinden faktisch kaum Möglichkeiten offen,

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Er soll einmal über Hessen reden!)

die Auswirkungen einer solchen Fehlentwicklung durch kompensatorische Maßnahmen kurzfristig zu begrenzen. Kann im Bundeshaushalt aufgrund einer geringeren Personalausgabenquote sowie weitaus umfangreicherer Gestaltungsmöglichkeiten bei Ausgaben und Einnahmen noch teilweise gegengesteuert werden, so haben Länder und Gemeinden angesichts ihrer weitgehend festgelegten Aufgaben- und Ausgabenstrukturen auf diesem Feld keine ausreichenden Reaktionspielräume.

In diesem Zusammenhang sage ich Ihnen einmal, was der Bund alles machen kann und was er gemacht hat.

Er hat die Ökosteuer erhöht, eine reine Bundessteuer. Er hat die Versicherungssteuer und die Tabaksteuer erhöht, reine Bundessteuern.

(Reinhard Kahl (SPD): Warum?)

Er kassiert den Bundesbankgewinn. Er hat Aktienverkäufe möglich gemacht, und er hat – darauf wird noch einzugehen sein – z. B. die UMTS-Lizenzen versteigert und den Erlös auf das eigene Konto genommen. Die Einengung der Handlungsspielräume durch die Verschiebung von Lasten vom Bund auf Länder und Gemeinden hat ganz offensichtlich Methode.

In diesem Zusammenhang will ich nur auf die alleinige Vereinnahmung der etwa 50 Milliarden € UMTS-Erlöse durch den Bund verweisen, während Länder und Kommunen die negativen Folgen davon zu tragen haben und die Abschreibungen über Steuerausfälle mitfinanzieren müssen. Auch das ist ein unerträglicher Vorgang. Der Bund kassiert, und die Länder und Gemeinden zahlen mit. Gerade in Nordrhein-Westfalen, wo es Standorte solcher UMTS-Lizenznehmer gibt, ist die Situation teilweise so, dass die betroffenen Gebietskörperschaften praktisch pleite sind. Meine Damen und Herren, das haben Sie alles Herrn Eichel und dem Bund zu verdanken. Darüber hinaus werden wir sehen, ob wir über UMTS überhaupt

noch einmal einen einzigen Euro in die öffentlichen Kassen hereinbekommen – auch das war eine der Rechnungen dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In einer Grobschätzung haben die Fachleute im Finanzministerium errechnet, in welchem Ausmaß sich die Bundesgesetzgebung – das sind unter anderem die Steuergesetzgebung und eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen –

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

in dieser Legislaturperiode auf das Land Hessen und die hessischen Gemeinden auswirkt. Meine Damen und Herren, das ergab eine Summe von rund 4 Milliarden € in knapp vier Jahren. Das ist mehr als die gesamte Nettoverschuldung des Landes in den letzten vier Jahren. – So viel zu dem Thema, wie der Bund die Länder zur Kasse gebeten hat.

In diesem Zusammenhang muss man einmal sehr deutlich darauf hinweisen, dass dort Belastungen auf uns abgewälzt worden sind, gegen die wir uns am Ende nicht wehren können, sondern die tatsächlich von unserem Haushalt getragen werden müssen. Eichel hat versucht, den Bundeshaushalt auf Kosten von Ländern und Gemeinden zu sanieren, und verkauft dies auch noch als Politik des Sparens.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushalt schließt mit einem Volumen in Einnahmen und Ausgaben von 21,713 Milliarden € ab. Die Steuereinnahmen sind mit 14,8765 Milliarden € auf der Basis der regionalisierten Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres veranschlagt und gehen von der Annahme einer zunehmenden Belebung der Konjunktur in den kommenden Monaten und im nächsten Jahr aus. Allerdings haben wir hier zurückhaltend geschätzt, um auf mögliche Änderungen bei der Steuerschätzung im November vorbereitet zu sein, falls das Ergebnis dieser Schätzung nochmals schlechter werden sollte. Groß ist dieses Polster allerdings nicht.

Der Steuereinnahmenansatz 2003 bedeutet zwar einen rechnerischen Zuwachs von 0,7 % gegenüber dem im parlamentarischen Verfahren zum Haushalt 2002 abgesenkten Vorjahressatz. Verglichen mit der Finanzplanung des Jahres 2001 bleibt er jedoch um 1 Milliarde €, verglichen mit der Finanzplanung des Jahres 2000 – jeweils nach AK Steuerschätzung – sogar um 1,12 Milliarden € hinter der Planung zurück. Ich rufe in Erinnerung, dass wir bereits mit dem Haushaltsabschluss des Jahres 2001 gegenüber dem Haushaltsabschluss des Jahres 1999 einen Rückgang bei den Steuereinnahmen von 255 Millionen € verkräften mussten.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also auch hieran, wie verheerend sich die Wachstumseinbrüche auf die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden auswirken. Allein an diesen Zahlen wird klar, wie dramatisch sich derzeit schon die Abweichungen im Jahr 2003 gegenüber dem Jahr 2000 darstellen.

Dies ist Ausfluss der unsäglichen und verantwortungslosen Politik der Bundesregierung auf dem Rücken der Bundesländer sowie der zusammenbrechenden Konjunktur und der verfehlten Steuergesetzgebung.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Ich wiederhole es: Gegenüber der Finanzplanung 2000 bleiben unsere Steuereinnahmen im Haushaltsentwurf

2003 um 1,12 Milliarden € hinter den Planungen auf der Basis der damaligen Steuerschätzung zurück. Gleichzeitig planen wir eine Nettoneuverschuldung von 879 Millionen €. Wenn wir diese bundesweit zu verantwortenden Steuereinbrüche nicht hätten, würden wir heute einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 gänzlich ohne neue Schulden beraten. – Meine Damen und Herren, diese Zahlen sprechen für sich.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Hört, hört!)

Wie fast schon beschaulich und einfach waren dagegen weite Teile der zurückliegenden Legislaturperiode von Rot-Grün. Der Bund erfüllte besser als in den letzten vier Jahren seine Verpflichtung gegenüber den Ländern, auch gegenüber Hessen. Bundesweit war Deutschland nicht Schlusslicht in Europa beim Wachstum. Die Wirtschaft zog mit, und es gab keine Unternehmenssteuerreform, die die Länder mit der Körperschaftsteuer einer wichtigen Einnahmequelle beraubte. Bei den Steuereinnahmen konnten Länder und Kommunen oftmals aus dem Vollen schöpfen.

Für Hessen stellt sich die Situation wie folgt dar: im Jahr 1996 gegenüber 1995 ein Plus bei den Steuereinnahmen von 877 Millionen €, im Jahr 1998 gegenüber 1997 sogar ein Plus von 1,094 Milliarden €. Wer nun vermutet, in diesen gegenüber heute vergleichsweise „fetten“ Haushaltsjahren seien Rücklagen in Milliardenhöhe gebildet worden, der täuscht sich. Wir haben beim Regierungswechsel leere Kassen vorgefunden, jeder kann sich daran noch gut erinnern.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

An dieser Stelle möchte ich auch die Möglichkeit nutzen, mit Gerüchten aus der Opposition aufzuräumen, der Steuerzuwachs 1999 von 1,253 Milliarden € sei von der neuen Landesregierung – so wird behauptet – „verpulvert“ worden.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist er denn dann?)

Dem ist nicht so. 500 Millionen € hatte die Regierung Eichel bereits bei der Aufstellung des Doppelhaushalts für 1999 verplant.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Dann hinterließ die Regierung Eichel Altlasten, die im Nachtragshaushalt 1999 einen Nachbesserungsbedarf von 400 Millionen € erforderten.

Mit dem Haushaltsabschluss 1999 führte die neue Landesregierung – also wir – der Ausgleichsrücklage 332 Millionen € zu. Nachdrücklich möchte ich erwähnen, dass wir als neue Landesregierung auch noch für das Jahr 1998 eine Rücklage in der Höhe von 217 Millionen € und im Jahre 2000 eine Rücklage in der Höhe von 242 Millionen € bildeten. In der Summe sind das also fast 800 Millionen €.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gepumpt!)

Zurück zum Haushaltsentwurf 2003: Zwangsläufige Belastungen, vor allem anstehende Zinszahlungen, laufende Zahlungen an Dritte und dringende laufende Bauinvestitionen, führen zu einem deutlichen Anstieg der Ausgaben. Gleichwohl gelingt es, den Zuwachs der Gesamtausgaben

in der Abgrenzung des Finanzplanungsrates auf insgesamt 1,2 % zu begrenzen.

Hierzu trägt die konsequente Fortführung der Konsolidierung der Personalausgaben maßgeblich bei. Aus der seit dem Jahr 2000 jährlich kumulierenden Einsparrate von 61,4 Millionen € ergeben sich im Jahr 2003 allein im Soll eine Absenkung der Ansätze um 245,4 Millionen € und ein kumuliertes Einsparvolumen von 613,6 Millionen €.

Im Vollzug der bisherigen Haushalte gab es über das, was im Soll angestrebt wurde, erheblich hinausgehende Einsparungen, die sich allein in den Jahren 2000 und 2001 auf eine Größenordnung von rund 170 Millionen € beliefen, wobei im Haushaltsvollzug 2002 weitere 50 Millionen € durch den Bewirtschaftungserlass hinzukommen werden.

Kumuliert werden wir in diesen vier Jahren über 800 Millionen € bei den Personalausgaben eingespart haben. Das ist eine große Leistung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, zusätzlich beabsichtigen wir, wie der Bund, die anstehenden Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst im Jahre 2003 einzusparen. Das ist eine beispiellose Kraftanstrengung, die den Ernst unserer Sparbemühungen eindrucksvoll zeigt. Natürlich fällt ein solches Ergebnis nicht einfach vom Himmel. Falsche Entscheidungen mit kleinen Wirkungen, aber großen Motivationsverlusten, wie die von der Vorgängerregierung umgesetzte Abschaffung der Jubiläumszuwendung, die Abstufung von Ämtern oder die rigide Einschränkung der Beförderungsmöglichkeiten, helfen da nicht weiter. Sie haben nur dazu beigetragen, dass in der öffentlichen Verwaltung eine unglaubliche Misstimmung herrschte, als wir die Regierung übernommen haben.

(Gerhard Bökel (SPD): Jetzt herrscht gute Stimmung in der Verwaltung, haben Sie gesagt?)

All das haben wir korrigiert, und ich glaube, das war für das Land ausgesprochen positiv.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Gerhard Bökel (SPD): Heißt das, dass heute in der Verwaltung eine gute Stimmung herrscht?)

– Herr Bökel, es geht nicht um gute Stimmung. Wichtig ist, dass man motivierte Mitarbeiter hat. Gerade Ihnen als ehemaligem Innenminister muss ich sagen: Als Dienstherr hätten Sie sich dagegen verwahren müssen, dass solche Maßnahmen umgesetzt werden, durch die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung – wie durch kleine Nadelstiche, die ganz unsinnig waren – das Gefühl vermittelt bekamen, dass sie nichts wert seien und dass ihre Arbeitsleistung nicht anerkannt werde. Das ist der große Fehler, den Sie gemacht und den wir korrigiert haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen hier politische Entschlossenheit und ein innovatives Konzept, das uns in die Lage versetzt, solche Einsparpotenziale in einem gemeinsamen Kraftakt von Politik und Verwaltung tatsächlich zu erschließen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur haben Sie das nicht!)

Diese Landesregierung ist stolz darauf, mit der dezentralen Budgetierung der Personalausgaben einen Ansatz entwickelt zu haben, der genau dies gewährleistet und zu-

dem ein bisher noch nicht gekanntes Maß an Eigenverantwortlichkeit und Flexibilität bei den einzelnen Ressorts ermöglicht. Wir werden weiterhin an wirkungsvollen Rezepten auf diesem Sektor arbeiten.

In diesen Tagen habe ich das erste Zwischenergebnis der von uns zum 1. Juli letzten Jahres beschlossenen Abfindungsrichtlinie bekommen. Es umfasst den Zeitraum bis einschließlich August dieses Jahres. Während einer Laufzeit von insgesamt 14 Monaten sind bereits 133 Abfindungsverträge geschlossen und Abfindungen in der Höhe von insgesamt rund 3 Millionen € gezahlt worden. Nach vorsichtigen Berechnungen meines Hauses belaufen sich die dadurch in Zukunft wegfallenden Personalausgaben – diese Stellen werden nicht mehr besetzt – auf rund 70 Millionen €. Einschließlich der Arbeitsplatzkosten belaufen sie sich gar auf knapp 105 Millionen €. So sehen gute Geschäfte aus. Meine Damen und Herren, das nenne ich innovative Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört auch das neu entwickelte Anreizsystem zur Einschaltung der Personalentwicklungsbörse, das sich hervorragend bewährt hat und beibehalten wird. Mit bisher 293 Vermittlungserfolgen ist es gelungen, beinahe jeden zweiten reformbetroffenen Bewerber auf eine neue Stelle zu vermitteln und auf diese Weise Personalmehrausgaben durch Neueinstellungen von außen zu vermeiden.

Stichwort: Länderfinanzausgleich. Die Belastung Hessens durch den Länderfinanzausgleich bewegt sich mit 2.450 Millionen € weiterhin auf hohem Niveau. Meine Damen und Herren, Sie hören richtig: 2 Milliarden 450 Millionen € für den Länderfinanzausgleich.

Auch hier haben wir eine Summe in der Höhe des Ansatzes für das Jahr 2002 eingesetzt, um auf der sicheren Seite zu sein, obwohl in diesem Jahr insbesondere durch die hohen Körperschaftsteuerausfälle, die im Vergleich zu allen anderen Bundesländern völlig überproportional sind, die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich deutlich zurückgehen. Wir wollen auf mögliche Änderungen, die sich aus der Steuerschätzung im November ergeben können, vorbereitet sein und haben daher einen genauso hohen Ansatz wie für das Jahr 2002 gewählt.

Seit 1999 werden durchschnittlich 2 Milliarden 561 Millionen € – über 5 Milliarden DM, wenn Sie es hochrechnen – pro Jahr an andere Bundesländer abgeführt. Das ist mehr als doppelt so viel wie in den Jahren 1991 bis 1998, als durchschnittlich 1,173 Milliarden € jährlich in den Länderfinanzausgleich flossen. Um es noch einmal umzurechnen: In dem einen Zeitraum sind es im Durchschnitt über 5 Milliarden DM, und in dem anderen Zeitraum sind es im Durchschnitt knapp über 2 Milliarden DM. Das ist der Unterschied zwischen dieser Landesregierung und der Vorgängerregierung, was die finanzielle Belastung betrifft. Trotzdem ist unsere Finanzpolitik seriös, und wir können die Dämme halten. Meine Damen und Herren, darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Lücke, die durch die markant hinter den Ansätzen der Finanzplanung zurückbleibenden Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigendem Ausgabensockel entsteht, kann nur durch einen kaum wiederholbaren Kraftakt geschlossen werden. Neben der vollen Ausschöpfung der Grenze der Nettoneuverschuldung sind hierzu rigide Ausgabenbeschränkungen, die Mobilisierung von Vermögenswer-

ten, unter anderem die Zuführung von 100 Millionen € aus dem Wertzuwachs des Sondervermögens Wohnungswesen – also nicht aus dem Wohnungs Sondervermögen, sondern aus dem Wertzuwachs –, die Einbringung des Hessischen Investitionsfonds als stille Einlage bei der Helaba unter Entnahme eines hälftig an Land und Kommune ausgekehrten Betrags von 200 Millionen € und der Einsatz eines Großteils der angesammelten Rücklagen unerlässlich. Allerdings haben wir diese Rücklagen gebildet.

Die Nettoneuverschuldung beträgt damit im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2003 826 Millionen €. Gegenüber dem Zeitraum von 1991 bis 1998, als jährlich durchschnittlich 1 Milliarde 42 Millionen € an neuen Schulden aufgenommen wurde, bedeutet dies seit 1999 einen Rückgang von über 200 Millionen € pro Jahr – und dies in schwersten finanziellen Zeiten. Damit kann sich die Landesregierung hervorragend sehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In dieser Legislaturperiode wurde die Nettoneuverschuldung in einem nicht unerheblichen Maß zurückgeführt.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Wenn es nicht seit knapp zwei Jahren diese verheerenden bundesweiten Einbrüche bei den Steuereinnahmen gäbe,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre, hätte, könnte!)

wäre Hessen heute einem ausgeglichenen Haushalt sicherlich ein großes Stück näher, oder es hätte ihn bereits erreicht.

Meine Damen und Herren, Deutschland braucht mehr Wachstum, um aus der Krise zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der vom Land nicht beeinflussbaren Steuerausfälle hätte sich ein günstigerer Finanzierungssaldo nur bei Aufgabe oder Einschränkung der politischen Schwerpunktprogramme auf den Gebieten Bildung, innere Sicherheit, Hochschulen, Wirtschaft und Verwaltungsreform erreichen lassen. Unbeschadet der Einleitung und Umsetzung größtmöglicher Sparanstrengungen ist die Landesregierung in der derzeitigen Lage allerdings nicht bereit, die Folgen einer verfehlten Bundespolitik auf Kosten einer substanziellen Beeinträchtigung der Zukunftschancen Hessens und seiner Bürgerinnen und Bürger aufzufangen. Wir sparen nicht an Hessens Zukunft, weil in Berlin versagt worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit dem Wirtschaftswachstum in Hessen haben wir gezeigt, dass es durch eine aktiv gestaltende Politik auch anders geht. Die entscheidende Frage für die kommenden Jahre ist, ob es in Deutschland insgesamt wieder zu einem stärkeren wirtschaftlichen Wachstum kommt. Ohne eine deutliche wirtschaftliche Stärkung des Mittelstands und eine verbesserte Situation auf dem Arbeitsmarkt ist eine notwendige Steigerung der Wachstumszahlen schwer oder gar nicht zu erreichen.

Hier müssen ganz klare und wegweisende Signale von der Bundesregierung ausgehen. Der durch die Deutsche Bundesbank festgestellte außergewöhnliche Zuwachs der Sichteinlagen bei den Banken – allein plus 6,6 % von Januar bis Juni 2002 – macht offensichtlich, dass eine grundlegende Besserung bei geeigneten nationalen politischen Maßnahmen möglich ist. Meine Damen und Herren, ge-

rade die Sichteinlagen zeigen, dass die Leute kein Vertrauen in die Zukunft haben und dass es politischer Anstöße bedurfte. Aber die Anstöße sind alle verschüttet worden. Die Spirale dreht sich immer weiter nach unten. Dem muss man entgegenwirken. Wenn das schon in Berlin nicht passiert, dann passiert es wenigstens in Hessen. Denn wir werden dieses Land weiter in eine positive Zukunft führen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

Vor diesem Hintergrund sage ich in aller Deutlichkeit: Wir sparen unser Land nicht kaputt, nur weil in Berlin von der Bundesregierung ständig neue Fehler gemacht wurden und werden.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP) – Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Weiter gemacht werden!)

Wir halten unbeirrt an unseren politischen Schwerpunktprogrammen fest. Wir können mit Stolz auf unsere Erfolge bei der Unterrichtsgarantie an Schulen, beim Hochschulpakt, beim Landesstraßenbau und im Bereich innere Sicherheit verweisen. Meine Damen und Herren, das ist die hessische Reaktion und Antwort auf eine dilettantisch agierende Bundesregierung. Nach vorwärts gerichtet wollen wir in Hessen heraus aus der bundespolitischen Krise.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Ich mache mit politischen Schwerpunkten für die Zukunft Hessens weiter. Nachdem es im Rahmen eines bundesweit beispiellosen Kraftaktes gelungen ist, in Hessen mit der schrittweisen Etatisierung von 4.500 neuen Stellen für Lehrkräfte, Referendarinnen und Referendare die versprochene Unterrichtsgarantie zu gewährleisten, wird der Stellenwert der Bildungspolitik auch im Jahr 2003 durch die Ausweitung der Förderung von weiteren Ganztagsangeboten an Schulen im Umfang von 40 zusätzlichen Lehrerstellen und zusätzlichen Mitteln im Gegenwert von 40 weiteren Lehrerstellen noch einmal untermauert.

Des Weiteren sind mit der Veranschlagung der Mittel für den notwendigen Bau in Höhe von insgesamt 22,2 Millionen € und Betriebskosten in Höhe von 1 Million € alle haushaltsmäßigen Vorkehrungen dafür getroffen, dass die Schule für besonders begabte Schülerinnen und Schüler auf Schloss Hansenberg mit dem Schuljahr 2003/2004 ihren laufenden Unterrichtsbetrieb aufnehmen kann. Dies wird auch in Zukunft ein riesiger Erfolg für den Bildungsstandort Hessen sein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wir werden mit Zähnen und Klauen für dieses Projekt kämpfen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, ein Hinweis: Die verabredete Redezeit ist um.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Der Hochschulpakt wird planmäßig weiter umgesetzt. Neben zusätzlichen 7,7 Millionen € für Sach- und Investitionsausgaben werden für den Hochschulbereich weitere Mittel für das Innovationsbudget in Höhe von 15,3 Mil-

lionen € aus der Zukunftsoffensive zur Verfügung gestellt. Für Hochschulbau und Großgerätebeschaffung wird der mit der Kollegin Wagner verabredete Mindestbetrag von 127,8 Millionen € merklich übertroffen. Allein für den Hochschulbau werden 136,7 Millionen € im Hochbauetat bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Hinweis darauf, dass nicht, wie bei der Vorgängerlandesregierung, in finanziell schwierigen Zeiten bei den Hochschulen nachhaltig gekürzt und damit ein Stück Zukunft verkürzt wird, sondern wir setzen auch in diesen Zeiten auf Kontinuität. Wir bauen unsere Hochschulen aus, stellen ihnen mehr Geld zur Verfügung, geben ihnen mehr Freiheit. Das wird dem Wirtschaftsstandort und dem Standort für die Bürger in Hessen in den nächsten Jahren unglaublichen Auftrieb geben. Die Früchte werden wir erst in einigen Jahren ernten, aber wir werden sie ernten. Meine Damen und Herren, darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Die Bedeutung, die die Landesregierung der Förderung von Wissenschaft und Forschung beimisst, kommt schließlich auch in den erneut weit überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei den Mitteln für Forschungseinrichtungen zum Ausdruck. Zum Beispiel ist das Akademieprogramm um 4 % gesteigert worden, bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft ist eine Steigerung von je 3 % zu verzeichnen. Wichtig für den Wirtschaftsstandort Hessen ist auch, dass die Mittel des Landesstraßenbauprogramms und die Planungsmittel, die der Vorgängerregierung ebenfalls als finanzieller Steinbruch dienten, auf hohem Niveau verstetigt werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Seit Regierungsantritt im Jahr 1999 wurden diese Mittel von insgesamt 33,1 Millionen € auf nunmehr 69,5 Millionen € mehr als verdoppelt. Auch das kommt dem Land Hessen zugute. Denn wir arbeiten den Stau ab, den Sie hinterlassen haben, und legen für die Zukunft die notwendigen Maßnahmen auf.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirtschaftsförderprogramme für den Standort Hessen werden ebenfalls auf hohem Niveau fortgeführt, und es wird ein neues Konkurslehrlingsprogramm aufgelegt. Wir sind stolz darauf, dass wir eine solche Maßnahme durchführen. Es ist aber extrem bedauerlich, dass wir durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung gezwungen sind, überhaupt ein solches Programm für Lehrlinge aufzulegen, die von Konkursen betroffen sind.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Im Bereich innere Sicherheit wird das Programm der zweigeteilten Polizeilaufbahn mit der Überleitung der letzten 362 Stellen des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst haushaltsmäßig umgesetzt. Auch hier: versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Das Erneuerungsprogramm für Polizeifahrzeuge wird mit einem Aufwand von 8,1 Millionen € fortgesetzt. Auch hier haben wir trotz der Sparbemühungen der nächsten

Jahre eines der attraktivsten Programme für die Polizei durchgesetzt.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

Zusätzliche Mittel werden für den Ausbau des freiwilligen Polizeidienstes, die Sicherheit der Vollzugspolizisten und das Wachenbauprogramm bereitgestellt. Personelle Verstärkung erfahren die Eingreifreserven beim Generalstaatsanwalt und der Arbeitsgerichtsbarkeit. Für die Implementierung des elektronischen Grundbuchs und Handelsregisters stehen zusätzlich 8 Millionen € zur Verfügung. Der Justizminister ist hier auf dem hervorragenden Weg, eine der allermodernsten Verwaltungen aufzubauen, die es in ganz Deutschland gibt.

Die originären Landesmittel für den Katastrophenschutz werden erneut auf nunmehr 3,2 Millionen € angehoben. Meine Damen und Herren, jetzt stehen wieder eigene Mittel für den Katastrophenschutz zur Verfügung, nachdem Sie ihn in der Vergangenheit auf die allgemeinen Mittel aus der Feuerschutzversicherung verwiesen haben und er dabei Bittsteller war. Jetzt hat er eigene Ansprüche. Das wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Katastrophenschutz gerecht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine Damen und Herren, darüber hinaus werden an verschiedenen Stellen im Landesetat vielfältige neue Akzente gesetzt. Dazu zählt die Beteiligung an der Errichtung der internationalen Martin-Buber-Stiftung mit einem Gesamtbetrag von 3,1 Millionen €. Das hat übrigens Herr Eichel als Ministerpräsident Anfang der Neunzigerjahre versprochen. Meine Damen und Herren, wir machen das jetzt – auch in solch schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir stellen fortdauernd Mitteln für die zukunftssträchtige Entwicklung von Aventis Behring am Standort Marburg in Höhe von bis zu 12,8 Millionen € bereit. Auch hier sind unsere Bemühungen sicherlich ein gutes Stück mit ursächlich dafür, dass es dort wahrscheinlich eine sehr positive Perspektive für die Zukunft gibt.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Eine bundesweite Vorreiterrolle nimmt Hessen bei der im kommenden Jahr beginnenden Förderung von Jobcentern der Sozialhilfeträger ein. Damit im Zusammenhang steht die Aufstockung des Arbeitsmarktprogramms HARA um weitere 3,6 Millionen €. Für die anstehende Errichtung einer bundesweit einmaligen Einrichtung für den Maßregelvollzug von Kindern und Jugendlichen stehen 1,8 Millionen € bereit. Die Mittel für die Offensive für Kinderbetreuung werden ebenso wie die Mittel für die Förderung der Sprachkompetenz von Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse aufgestockt. Dafür stehen 1,6 Millionen € bereit. Das ist ein Beitrag zur Integration. Nicht reden, sondern handeln.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Die Mittel für Altlasten- und Deichsanierung werden auf hohem Niveau fortgeschrieben. Die von Bund und EU für die Bereiche Umwelt, Landwirtschaft und Forsten bereitgestellten Fördermittel werden durch die entsprechende Bereitstellung von Landesmitteln voll ausgeschöpft.

(Hildegard Pfaff (SPD): 80 %!)

Meine Damen und Herren, die Olympiabewerbung der Rhein-Main-Region wird durch die Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von je 2,5 Millionen € zulasten der Jahre 2004 und 2005 unterstützt. Diese Landesregierung steht zu der Olympiabewerbung von Rhein-Main. Die SPD war zwischenzeitlich auf deutlichen Abwegen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Für die technische Neuausstattung der Veranlagungsbezirke in den Finanzämtern werden in den kommenden beiden Jahren insgesamt 18 Millionen € bereitgestellt, um unsere Finanzverwaltung auf den neuesten technischen Stand zu bringen. Zur Behebung von Brandschutzmängeln wird ein Programm „Brandschutzmaßnahmen in Liegenschaften des Landes“ in Höhe von insgesamt 14 Millionen € aufgelegt. Das ist ein extrem wichtiger Sachverhalt, der von mir offensiv angepackt wird.

Bereits heute weise ich darauf hin, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren auch die Änderungen infolge der Flutopferhilfe eingearbeitet werden müssen, die beim Kabinettsentscheid wegen der ausstehenden bundesgesetzlichen Regelung noch nicht berücksichtigt werden konnten. Ich werde die Fraktionen darum bitten, diesen Antrag in das laufende Haushaltsverfahren einzubringen.

Meine Damen und Herren, die Staatsweingüter werden künftig als privatrechtliche GmbH und das Landgestüt Dillenburg als Landesbetrieb geführt. Für die bis zum Jahr 2008 geplante schrittweise Einführung der neuen Verwaltungssteuerung und den Ersatz der Kameralistik durch ein kaufmännisches Rechnungswesen werden allein im Jahr 2003 rund 80 Millionen € investiert. Nachdem zum 01.07.2002 die kaufmännische Buchführung auf Basis des Systems SAP R/3 in 14 Umsetzungsprojekten mit insgesamt 125 Dienststellen eingeführt wurde, sieht die Staffelpassung für das Jahr 2003 nunmehr 25 Umsetzungsprojekte mit insgesamt 300 Dienststellen vor.

Sie sehen, die Sache beschleunigt sich, gewinnt an Fahrt und wird ein Erfolg für diese Landesregierung. Mit diesen Modernisierungsmaßnahmen leistet Hessen Pilotarbeit und damit einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Meine Damen und Herren, wir haben kommunale Steuereinträge abgedeckt. Zuerst einmal sind wir sehr stolz darauf, dass nach 20 Jahren Diskussion das auf unseren Vorschlag ins Volksbegehren aufgenommene Konnexitätsprinzip die finanzielle Basis der Kommunen deutlich stärkt. Meine Damen und Herren, diese Landesregierung wollte und will diese Regelung der Konnexität, damit die Kommunen sich in Zukunft darauf verlassen können, dass sie keine Aufgaben übertragen bekommen, die sie nicht auch bezahlt bekommen.

Das ist eine hervorragende Sache, in dieser Form bundesweit einmalig. Wir sind stolz darauf, dass wir den Kommunen diese Möglichkeit schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Allerdings schlägt der bundespolitische Abwärtstrend bei den Steuereinnahmen auch bei den Kommunen verheerend durch. Einschließlich der für das Jahr 2001 notwendigen negativen Spitzabrechnung würde die Finanzausgleichsmasse des Kommunalen Finanzausgleichs normalerweise um rund 150 Millionen € sinken, ausschließlich durch die Automatik des Gesetzes, und die Finanzierung wichtiger kommunaler Maßnahmen ernsthaft gefährdet.

Denn, meine Damen und Herren, hier kommen noch die verheerenden Gewerbesteuereinträge der Kommunen hinzu, die im ersten Halbjahr bei etwa 36 % gelegen haben und bei denen sich nicht abzeichnet, dass die Situation der Kommunen bei der Gewerbesteuer besser wird. Zur Abfederung dieses erheblichen Rückgangs wird im Rahmen einer einmaligen Aktion das Vermögen des Hessischen Investitionsfonds eingesetzt,

(Reinhard Kahl (SPD): Aber erst einmal 50 Millionen entzogen!)

dem neben einem ebenso hohen Betrag zur Deckung des allgemeinen staatlichen Etats zugunsten der Finanzausgleichsmasse 100 Millionen € entnommen werden. Das Fondsvermögen soll dann werbend benutzt und unter Beibehaltung der Zweckbindung für kommunale Zwecke als stille Einlage in die Helaba eingebracht werden.

(Heinrich Haupt (SPD): Vornehm umschrieben! – Hildegard Pfaff (SPD): Ein totaler Griff in die Kasse!)

Mit der dem Fonds daraus zurückfließenden Haftungsprämie können Kredithilfen in einem Volumen finanziert werden, das die Entnahme auf Basis des gegenwärtigen Marktzinsniveaus praktisch wieder ausgleicht.

Meine Damen und Herren, wir nutzen Vermögen also dazu, damit etwas Sinnvolles zu machen, und entwickeln dafür ein Modell, wonach die Kommunen und das Land Hessen jeweils zusätzlich 100 Millionen € zur Verfügung haben.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Durch diese Transaktion gelingt es, den Rückgang des Kommunalen Finanzausgleichs mit minus 48,75 Millionen € noch einigermaßen moderat zu gestalten. Innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs wird die kommunale Investitionspauschale, die im Jahr 2000 wieder eingeführt worden ist, mit 51,2 Millionen € fortgeführt.

Befristet wird der Theaterlastenausgleich um insgesamt 22,5 Millionen € in den kommenden Jahren angehoben. Auch auf diese Regelung bin ich stolz, weil die Sitzstädte, die also Staatstheater haben, in erheblichem Umfang mitbezahlen und auf Dauer diese Leistung nicht bezahlen können. Ein beachtlicher Teil, meistens der größere Teil der Besucher, kommt aus dem Umland. Deswegen ist es nur richtig und gerecht, dass hier zugunsten der Sitzstädte ein gewisser Ausgleich aus der allgemeinen Masse hervorgehoben wird. Auch das darf man an dieser Stelle einmal sagen. Auch hiermit gehen wir in einer befristeten Weise den richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Übrigen hängt daran noch die Sanierung der drei Staatstheater, die von der Vorgängerregierung nie gemacht worden ist. Die Kosten konnten nur deshalb so hoch werden, weil jahrzehntelang eigentlich nichts Vernünftiges an den Staatstheatern gemacht wurde, was wir jetzt ebenfalls tun.

Meine Damen und Herren, die Betriebskostenförderung für Kindergärten wird um 5,8 Millionen € erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Aus welcher Kasse denn?)

Meine Damen und Herren, ich danke ausdrücklich den Mitarbeitern des Finanzministeriums und der anderen Ressorts, die mit außerordentlich großem Engagement den Etatentwurf 2003 aufgestellt haben. Denn der Haus-

haltsentwurf 2003 stellt uns alle gemeinsam vor die wahrscheinlich größte finanzpolitische Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Die Linie der Hessischen Landesregierung ist klar und unmissverständlich. Trotz der von der Bundesregierung zu verantwortenden Flaute in den öffentlichen Kassen haben wir uns im Interesse der Zukunftsfähigkeit dieses Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger dafür entschieden,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schulden zu machen!)

unseren nach vorne gerichteten Weg unbeirrt beizubehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die ausgeprägte Innovationskraft dieser Hessischen Landesregierung ist und bleibt der Garant dafür, dass unser Land auch unter widrigen Rahmenbedingungen Schritt für Schritt vorankommt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das auf Pump!)

Die dabei erzielten Erfolge sind überall greifbar und werden auch überall wahrgenommen. Knapp vier Jahre nach Ablösung der rot-grünen Vorgängerregierung steht Hessen national nicht mehr für Stillstand und Verkrustung. Hessen steht heute für Innovation und Modernität, sei es in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft oder bei der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Die leistungsorientierte Budgetierung der Hochschulen, die ein enormes Echo innerhalb des Landes und auch bundesweit ausgelöst hat – und zwar positiv –, ist nur das jüngste Beispiel dafür, was mit Ideen und Tatkraft bewegt werden kann.

(Hildegard Pfaff (SPD): Hessen ist Spitze im Schuldenmachen!)

Die Landesregierung bleibt dabei: Die Investition in die Köpfe ist das Wichtigste, was wir künftigen Generationen in den Schulen und den Hochschulen in Hessen mitgeben können. Auf diese Investitionen in die Zukunft setzen wir. Ich fordere Sie auf, diesen Kurs mit Kräften zu unterstützen, da unser Haushalt für 2003 allen Anforderungen einer positiven Zukunftsperspektive für unser Hessenland gerecht wird. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Kahl für die SPD-Fraktion. – Den Oppositionsfraktionen stehen zusätzlich 14 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, auch wenn Sie statt einer Haushaltsrede in langen Passagen eine Wahlkampfrede gehalten haben,

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Zu spät!)

werden Sie das Ergebnis der Bundestagswahl nachträglich nicht verändern können.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das ist gut so!)

Dass Sie aufgrund des Wahlergebnisses die Rede nicht umschreiben konnten, ist klar. Sie haben im Moment viel mit der Burg Staufenberg zu tun.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung legt uns heute ihren letzten Haushaltsplanentwurf vor. Das ist das einzig Erfreuliche an der Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Dies geschieht in einer Phase, in der der aktuelle Etat des Landes eindeutig aus dem Ruder gelaufen ist. Sie wissen nicht, wie Sie den diesjährigen Haushalt trotz hoher Neuverschuldung ausgleichen können. Statt erst einmal den Haushalt 2002 durch einen realistischen Nachtrag in Ordnung zu bringen, legen Sie heute mit Ihrem Entwurf 2003 dem Landtag ein erneutes finanzpolitisches Märchenbuch vor, das wiederum den Realitäten nicht standhalten wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Presse hat über Ihren Haushaltsplansentwurf schon berichtet: „Hessen geht an die Schuldengrenze“, „Etat 2003 an der kritischen Grenze“, „Verschuldung steigt weiter – Haushalt erreicht damit schon im Entwurf die gesetzliche Höchstgrenze“, „Finanzminister plant deutlich höhere Schulden“, „Verschuldung geht weiter“, „Neue Schulden, um die alten Ziele weiterzuverfolgen“. In jeder Überschrift der Zeitungen steht etwas von Schulden. Genau das ist Ihre Haushaltspolitik: mehr Schulden zulasten des Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Spätestens seit Mitte des letzten Jahres stolpert diese Landesregierung von einem Chaos ins andere.

(Beifall der Abg. Hildegard Pfaff und Heinrich Haupt (SPD))

Keine finanzpolitische Vorlage der Landesregierung stimmt mehr. Die Geschwindigkeit, mit der sich Ihre Vorlagen als falsch erwiesen haben, nimmt ständig zu.

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

Seit zwei Jahren beschränkt sich die „Regierungskunst“ dieses Finanzministers nur noch auf die Maxime: mehr Schulden zulasten der Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

(Hildegard Pfaff (SPD): Und auf Krisenmanagement!)

Völlig unbeeindruckt von der Rekordverschuldung des Jahres 2001 mit einem verfassungswidrigen Abschluss und dem aktuellen Haushaltschaos mit einem 500-Millionen-€-Loch legt uns der Finanzminister einen Etatentwurf 2003 vor, der so grundlegende Haushaltsprinzipien wie Solidität und Transparenz schlicht ignoriert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Monaten fordert die SPD einen Gesetzentwurf für einen Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2002. Dies wäre, finanzpolitisch gesehen, die einzig richtige Antwort auf die aktuelle Haushaltsmisere des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2002 am Ende des letzten Jahres haben wir Ihnen deutlich gesagt, dass der beschlossene Haushalt nicht lange Bestand haben wird. Im Mai mussten Sie zugeben, dass es ein Loch in Höhe von 500 Millionen € gibt. Daraufhin wurde vom Finanzminister eine allgemeine Haushaltssperre verhängt. Das ist ein Instrument, dessen Einsatz Sie in der Zeit Ihrer Opposition immer bekämpft haben. Alle Mittel, die nicht gesetzlich gebunden sind, mit Ausnahme des Kommunalen Finanzausgleichs, der Personalkosten und der gemeinschaftlich finanzierten Programme, wurden gesperrt. Anfang Juli 2002 erfolgte dann durch einen so genannten Bewirtschaftungserlass eine Kehrtwende. Jetzt gilt für alle Ressorts eine Sperre von insgesamt 150 Millionen €. Entgegen dem Sperrerlass von Mai 2002 wurden nunmehr zusätzlich 50 Millionen € an Personalkosten gesperrt. Außerdem wurden auch die Komplementärmittel des Landes für die gemeinschaftlich finanzierten Programme der EU und des Bundes gesperrt.

Einsparungen sind notwendig. Aber gerade die Komplementärmittel zu den gemeinschaftlich finanzierten Programmen zu sperren heißt im Klartext, Gelder für den Wohnungsbau, die Förderung des Städtebaus und insbesondere für den ländlichen Raum schlicht und einfach zu verschenken.

(Beifall bei der SPD)

Es kam, wie es kommen musste: Trotz vielem Hin und Her in der Regierung konnte der Finanzminister die Sperrung dieser Mittel nicht aufrechterhalten. Ein Großteil wurde mit der logischen Konsequenz freigegeben, dass der Finanzminister wieder ein zusätzliches Finanzproblem hat.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Und die Regierung!)

Obwohl der Finanzminister auf unsere Fragen hin nicht annähernd quantifizieren konnte, wie hoch die erzielbaren Einsparungen auf diesen Sektoren sein würden, hat er klar gesagt, dass dies – ich zitiere – „bei ungeschmälerter Erschließung einen wesentlichen Beitrag zum Haushaltsausgleich zu leisten imstande ist“. Herr Finanzminister, dazu kann man nur sagen: Das ist dumm gelaufen.

Wie sieht denn nun nach einigen Monaten sprunghafter Aktivitäten des Finanzministers die Bilanz aus? Es gibt ein Defizit von 500 Millionen €. 150 Millionen € sollen die Ressorts einsparen. Wo dies geschehen soll, bleibt weitgehend im Dunkeln. Es ist ebenfalls nicht ersichtlich, wie zusätzlich 50 Millionen € bei den Personalkosten eingespart werden sollen. Bis heute ist noch nicht einmal die für Ende Juli angekündigte Aufteilung auf die Ressorts erfolgt. Die erwartete Einsparung bei den Ausgaben für Zinsen mag realistisch sein. Die noch offenen 250 Millionen €, wie vorgesehen, durch den Bodensatz und die gemeinschaftlich finanzierten Programme einsparen zu wollen, ist schlichtweg illusionär. Trotzdem weigert sich der Finanzminister, einen Nachtragshaftgesetzentwurf vorzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich füge hinzu: Der im letzten Jahr gewählte Ausweg, die Schuldenaufnahme weiter drastisch zu erhöhen, ist diesmal versperrt. Über die vorgesehene hohe Schuldenaufnahme von 817 Millionen € stehen ihm nur noch etwas mehr als 26 Millionen € an nicht ausgeschöpfter Kreditermächtigung aus dem Vorjahr zur Verfügung. Ein defizitärer Haushaltsabschluss wäre dann die Konsequenz. Meine Damen und Herren, mit einer solchen Politik füh-

ren Sie das wirtschaftsstarke Land Hessen an den Rand der Pleite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb haben wir klar gefordert: Legen Sie umgehend den überfälligen Nachtragshaftgesetzentwurf vor, um damit die aktuelle Finanzsituation in den Griff zu bekommen. Erst dann ist es überhaupt sinnvoll, über den Haushalt des Jahres 2003 zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Kahl, möchten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Schmitt beantworten?

(Gerhard Bökel (SPD): Herr Schmitt aus Hepenheim! – Reinhard Kahl (SPD): Bitte schön!)

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Kollege Kahl, wie interpretieren Sie die Tatsache, dass bei dieser wichtigen Haushaltsdebatte weder das Umweltministerium noch das Sozialministerium vertreten ist? Es ist sogar kein Vertreter der Staatskanzlei da. Kann das damit zusammenhängen, dass man sich mittlerweile vom Finanzminister absetzt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Reinhard Kahl (SPD):

Meine Damen und Herren, das setzt das fort, was wir bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs erlebt haben. Er wurde am Freitagnachmittag um 14 Uhr vorgestellt. Sie können deshalb davon ausgehen, dass da nichts Gutes zu verkünden war. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Ministerinnen und Minister nicht nachvollziehen wollen, was hier an schlechter Haushaltspolitik vorgelegt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dass die Situation sehr schwierig ist, können Sie erkennen, wenn Sie sich einmal den Finanzierungssaldo des Landes Hessen für den 30. Juni dieses Jahres anschauen. Es bestand ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,3 Milliarden €. Am Ende des Jahres hätten es erst 921 Millionen € sein sollen. Wenn das nicht dramatisch ist, dann weiß ich nicht, was Dramatik ist. Wenn Sie die Länder vergleichen, werden Sie feststellen, dass Hessen beim Schuldenmachen ganz vorne ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie schon über den möglichen Erhalt des blauen Briefes reden, dann reden Sie einmal über Ihren Anteil daran. Da ist Hessen ganz vorne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es wurden mehr Schulden gemacht. Seit dem Jahr 2001 sind die Schulden des Landes unter der Verantwortung dieser Landesregierung in unverantwortlicher Größenordnung gestiegen. Das ist ein verhängnisvoller Marsch in den Schuldenstaat. Anstatt wie die Bundesregierung den Anstieg der Verschuldung zu senken und eine aktive Konsolidierungspolitik zu betreiben, geht die Regierung Koch den umgekehrten Weg. Sie nimmt immer mehr Schulden

auf. Damit wird die Zukunftsfähigkeit eines auch so wirtschaftsstarke Landes wie Hessen in unverantwortlicher Weise gefährdet. Mit einer solchen Politik hinterlassen Sie einen finanzpolitischen Scherbenhaufen. Der Ministerpräsident steht mit seinem finanzpolitischem Handeln ganz in der Tradition seines politischen Mentors Helmut Kohl.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit einer geplanten Nettoneuverschuldung von fast 880 Millionen € – das liegt immerhin um 60 Millionen € über der für dieses Jahr geplanten Nettoneuverschuldung – reizt der Finanzminister die Verschuldung trotz erheblicher Haushaltsrisiken bis zur Verfassungsgrenze voll aus. Hinzu kommen wieder Tricks und Verschleierungen. Man muss deshalb klar sagen: Diese Regierung nimmt schon bei der Aufstellung des Haushaltsgesetzentwurfs billigend in Kauf, dass die von der Verfassung vorgesehene Grenze für Verschuldung überschritten werden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit dieser Politik der hohen Neuverschuldung verstößt die Landesregierung gegen ihre eigene mittelfristige Finanzplanung. Dazu will ich nur einige wenige Zahlen nennen. Für das Jahr 2001 war eine Neuverschuldung in Höhe von 665 Millionen € vorgesehen. Tatsächlich erfolgte eine Neuverschuldung in Höhe von 1,162 Milliarden €. Für das Jahr 2002 war eine Neuverschuldung in Höhe von 651 Millionen € vorgesehen. Geplant ist jetzt eine in Höhe von 818 Millionen €. Für das Jahr 2003 war eine Neuverschuldung in Höhe von 664 Millionen € vorgesehen. Jetzt ist eine in Höhe von 880 Millionen € geplant. Meine Damen und Herren, seit der letzten mittelfristigen Finanzplanung durch diese Regierung – sie stammt vom 17. September des letzten Jahres – haben Sie entgegen Ihren eigenen Planungen die Nettoneuverschuldung um rund 900 Millionen € aufgestockt. Das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Herr Minister, das ist wahrlich rekordverdächtig, aber im negativem Sinne.

(Heinrich Haupt (SPD): Unverantwortlich!)

Um das trostlose Bild noch abzurunden, möchte ich noch sagen: Bezogen auf Ihre erste Finanzplanung gibt es sogar eine Überschreitung um über 1 Milliarde €. Trotz vieler Unkenrufe von Ihnen muss festgehalten werden, dass die Steuereinnahmen steigen; und zwar sind sie um 0,7 % und nach Länderfinanzausgleich um 0,8 % gestiegen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Gegenüber der bisherigen Finanzplanung hat sich die Steigerung der Steuereinnahmen reduziert. Fakt bleibt aber, dass Sie im kommenden Jahr laut Ihren eigenen Zahlen nach Länderfinanzausgleich immer noch über 1,1 Milliarden € mehr in der Kasse haben werden, als wir es im Jahre 1998 hatten. Zum Vergleich möchte ich nennen: Von 1993 bis 1998 stiegen die Steuereinnahmen des Landes nach Länderfinanzausgleich lediglich um 150 Millionen €. Das ist der Unterschied. Darin besteht auch der Unterschied in der Politik des Herrn Eichel und des Herrn Waigel.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn Sie über Steuereinnahmen reden, verkürzt sich Ihr Blick nur auf die Körperschaftsteuer.

(Norbert Kartmann (CDU): „Nur“ sagt er!)

Das Aufkommen ist sehr unbefriedigend. Zum einen ist der Rückgang konjunkturbedingt. Der zweite Grund liegt in der gewollten Senkung des Steuersatzes auf 25 %. Ich frage: Wollten Sie das nicht? – Der dritte Grund liegt darin, dass die Unternehmen ihre mit dem höheren Steuersatz bewerteten Rücklagen verstärkt ausschütten und damit Steuern zurückbekommen. Das ist also klar eine Hypothek aus der Ära des Herrn Kohl und des Herrn Waigel, in der es sehr hohe Steuersätze auf einbehaltene Gewinne gab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Insgesamt muss man sagen, es ist schon eigentümlich, dass gerade die CDU und die FDP die Steuerausfälle der Länder durch die Steuerreform beklagen. Denn sie selbst wollten eine höhere Entlastung, z. B. durch eine stärkere Senkung des Spitzensteuersatzes, erreichen.

(Heinrich Haupt (SPD): Unglaublich!)

Neben den undifferenzierten Bemerkungen zur Körperschaftsteuer wird immer wieder der Versuch gemacht, die Verantwortung nach Berlin abzuschieben. Sie sind für die Finanzen des Landes zuständig und haben das hessische Finanzchaos zu verantworten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In den ersten beiden Jahren hatten Sie deutlich mehr als 800 Millionen € zur Verfügung. Der größte Teil dieses Steuerermehraufkommens war eindeutig durch die geänderten Rahmenbedingungen durch die rot-grüne Bundesregierung bedingt. Sie haben dies aber voll auf Ihr Konto gebucht. Jetzt bei geringerem Steuerwachstum Berlin verantwortlich zu machen geht nicht. Diese Arbeitsteilung lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In den beiden ersten Jahren haben Sie bei deutlich steigendem Steueraufkommen die Konsolidierungspolitik aufgegeben. Sie haben keine Vorsorge getroffen. Hierin, also im Vorfeld, liegt eine wichtige Ursache für die heutige Finanzmisere.

Trotz steigender Einnahmen im Jahre 2000 haben Sie die Neuverschuldung wieder ausgeweitet. Darauf hat der Rechnungshof in einer deutlichen Kritik – düstere Prognosen für Hessens Finanzen – zum Haushaltsjahr 2000 hingewiesen. Hinzu kamen die Rekordverschuldung 2001 und die aktuelle Finanzmisere 2002.

Bezüglich des Defizit- und Verschuldungsrahmens der EU haben am 21. März dieses Jahres die Länder und der Bund einvernehmlich einen nationalen Stabilitätspakt festgelegt. Darin ist festgelegt, dass die Länder ihre Gesamtausgaben um höchstens 1 % ausweiten. Die bereinigten Gesamtausgaben Hessens für 2003 steigen um 1,2 %. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass die Länder ihre Finanzierungsdefizite bzw. die Nettoneuverschuldung ab dem Jahre 2003 senken. Die vorgesehene Nettoneuverschuldung steigt. Damit verstößt der vorgelegte Haushalt gegen zwei wichtige Kriterien des nationalen Stabilitätspaktes, der auch mit der Stimme des hessischen Finanzministers verabschiedet wurde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem historischen Tiefstand der Investitionen in diesem Haushaltsjahr schafft es der Finanzminister tatsächlich – das hätte ich nicht für möglich gehalten –, die Investitionen für das Jahr 2003 weiter zu senken, und zwar um 18 Millionen €. Das tut der Finanzminister zum Schaden des Landes. Er unterbietet seinen diesjährigen Negativrekord. Seine eigene Finanzplanung aus dem letzten Jahr sah für 2003 noch eine Steigerung um 6,9 % vor. Aus plus 6,9 % wurde minus 0,8 %. Damit liegt die Investitionsquote weiter deutlich unter 10 % – zum Schaden der Arbeitsplätze in diesem Land.

Die Verschleierung wichtiger finanzpolitischer Eckdaten gehört leider zum Handwerkszeug dieses Finanzministers. Dies geschieht zum Schaden eines der wichtigsten Prinzipien der Haushaltsgestaltung, und zwar der Haushaltswahrheit und -klarheit. Wiederholt haben wir das weimarsche Prinzip der Verschleierung aufgedeckt. Auch diesmal wird wieder kräftig getrickelt. Ich nenne Ihnen einige Beispiele.

Die verfassungsgemäße Kreditobergrenze wird mit 880 Millionen € angegeben. Trotz eines Absenkens der Investitionsausgaben soll die Kredithöchstgrenze um 45 Millionen € ansteigen. Hier sind deutliche Zweifel anzumelden. Der Nettofinanzierungssaldo liegt bei deutlich über 1 Milliarde € und damit um rund 200 Millionen € über der Verfassungsgrenze.

Damit die Lücke zwischen Finanzierungssaldo und Nettoverschuldung formal geschlossen werden konnte, mussten 195 Millionen € der Rücklage entnommen werden. Da die Ausgleichsrücklage schon in diesem Jahr geplündert wurde, musste neben der Entnahme bei den Rücklagen der Ministerien auch die „Zukunftsoffensive“ herhalten. 90 Millionen € werden zum Haushaltsausgleich zweckentfremdet. Damit wurde wiederum der selbst aufgestellte Grundsatz „Vermögen gegen Vermögen“ mit Füßen getreten. Es bleibt nur noch: Vermögen gegen Unvermögen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Sondervermögen Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen wurde von der Regierung Eichel aufgebaut. Als revolvierendes Vermögen in die Helaba als stille Reserve mit einer entsprechenden Vergütung eingebracht, sollten damit der Wohnungsbau und wichtige Zukunftsinvestitionen verstetigt werden, ohne das Vermögen in der Substanz zu schmälern.

Jetzt soll das Sondervermögen neu bewertet und ein Wertzuwachs in Höhe von 100 Millionen € dem Landeshaushalt zugeführt werden. Statt einen möglichen Wertzuwachs ebenso wie die jährliche Vergütung durch die Helaba für die Zielsetzung des Sondervermögens, also für mehr wichtige Investitionen, zu nutzen, werden kurzfristige Haushaltslöcher gestopft. Das ist schlicht Substanzverzehr durch Einmal Erlöse, also das glatte Gegenteil einer nachhaltigen Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Äußerst trickreich geht der Finanzminister auch bei der Neuordnung des Investitionsfonds der Kommunen vor. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass das Vermögen als stille Einlage in die Landesbank eingebracht wird. Damit geht die Regierung den gleichen Weg wie die Regierung Eichel beim Sondervermögen Wohnungsbau. Kritisch wird aber von uns die vorgesehene

Entnahme von 200 Millionen €, jeweils zur Hälfte für das Land und für die Kommunen, gesehen. Mit der Vergütung durch die Landesbank soll die Entnahme ausgeglichen werden, um das Bewilligungsvolumen auf dem derzeitigen Stand zu halten. Statt dem Investitionsfonds Mittel zu entziehen, sollte die Vergütung genutzt werden, um den Kommunen auf Dauer mehr zinsgünstige Darlehen zu bewilligen.

(Beifall bei der SPD)

Die Entnahme der 200 Millionen € verpufft wieder einmal als Einmal Erlöse. Nicht in Ordnung ist es auch, dass die Entnahme auf Land und Kommunen gleichmäßig verteilt wird, da die Kommunen für den Fondsaufbau über den KFA 920 Millionen € aufgebracht haben, während das Land nur 256 Millionen € aufgebracht hat. Erstens ist die Entnahme falsch, und zweitens ist die vorgesehene Aufteilung wiederum ein dreister Griff in den Geldbeutel der Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verschleierung bei den Personalkosten geht weiter, weil die tatsächlichen Personalkosten nicht mehr ausgewiesen werden. Hinzu kommt, dass der Entwurf keinerlei Tarifierhöhungen vorsieht. Auch dies hat mit solider Haushaltspolitik nichts zu tun. Die Versorgungslasten steigen. Herr Minister, ich habe im letzten Jahr gesagt, dass die Mittel für die Versorgungslasten, die Sie eingeplant haben, nicht ausreichen. Sie haben das als „Kassandrarufer“ zurückgewiesen. Wie sieht es heute aus? Es fehlen Ihnen 30 Millionen €. Sie lagen wieder falsch. Die Opposition hingegen lag richtig. Aber das kennen wir ja.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Herr von Hunnius möchte Sie etwas fragen. Erlauben Sie das?

Reinhard Kahl (SPD):

Es tut mir schrecklich Leid, aber ich habe nicht mehr so viel Zeit.

Fazit: Durch diese Finanztricks soll das wahre Defizit des Haushaltes verschleiert werden. Die volle Ausschöpfung der Grenze der Neuverschuldung, die Mobilisierung von Vermögenswerten als Einmaleinnahmen – denken wir nur einmal an die Burg Staufenberg – und die nahezu vollständige Auflösung der verfügbaren Rücklagen ergänzen das düstere Bild. Diese Finanzpolitik ist schlicht gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Wir bleiben dabei: Auch dieser vorgelegte Haushalt ist im Kern verfassungswidrig.

Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich sind ein wichtiges Indiz für die Finanzkraft des Landes. Im letzten Jahr konnten wir nahezu wöchentlich die Fanfaren über die hohen Abführungen Hessens in den Länderfinanzausgleich hören – natürlich nur bis in den Oktober hinein, als dem Finanzminister bei der Aufstellung des Nachtrages entgangen war, dass Hessen eine hohe Rückzahlung zu erwarten hatte.

In diesem Jahr haben die Meldungen des Finanzministers zum Länderfinanzausgleich Seltenheitswert. Warum das

so ist, ist leicht nachvollziehbar. Im ersten Halbjahr des letzten Jahres lag Hessen mit seiner Finanzkraft 34 Prozentpunkte über dem Länderdurchschnitt und damit mit weitem Abstand vor allen anderen Bundesländern. Im ersten Halbjahr dieses Jahres ist Hessen auf 16 Prozentpunkte über dem Durchschnitt abgefallen. Hessen liegt damit hinter Hamburg bei der Finanzkraft nur noch auf Platz zwei.

Bei den Zahlungen in den LFA ergibt sich ein ähnliches Bild. War Hessen im letzten Jahr mit großem Abstand Spitzenreiter, so ist in diesem Jahr Hessen hinter Bayern und Baden-Württemberg auf Platz drei zurückgefallen. Als Folge dieser Entwicklung hat Hessen im ersten Quartal über 650 Millionen € und im zweiten Quartal 197 Millionen € zurückbekommen.

So schön es auf den ersten Blick ist, deutlich weniger Geld in den LFA zu zahlen, wird aber bei genauerer Betrachtung klar, dass die geringeren Zahlungen bei unveränderten Grundlagen schonungslos offen legen, dass die hessischen Steuereinnahmen im Vergleich zu denen anderer Bundesländer deutlich zurückgegangen sind. Dies ist wiederum kein Ruhmesblatt für die hessische Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Erschwerend kommt hinzu, dass eine bekannte Ratingagentur prüft, ob Hessen durch den dramatischen Anstieg seiner Verschuldung und die chaotische Finanzpolitik in seiner Kreditwürdigkeit abgestuft werden soll. Dies hätte erhebliche negative Folgen für die zukünftigen Zinsausgaben des Landes.

Meine Damen und Herren, wie war das mit dem Bruttoinlandsprodukt? Hessen liegt im westdeutschen Vergleich hinter dem Länderdurchschnitt. Auch das zeigt, wie es um die Finanzkraft Hessens bestellt ist.

Das Steueraufkommen des Landes steigt nach LFA um 0,8 %. Der Kommunale Finanzausgleich dagegen sinkt um 1,8 %. Diese Diskrepanz macht deutlich, dass die Landesregierung ihre kommunalfeindliche Politik fortsetzt. Wiederum würden den Kommunen wie in den beiden Vorjahren 50 Millionen € entzogen. Zusammen mit den vorenthaltenen Verstärkungsmitteln für die Betriebskosten der Kindergärten hat das Land durch Handeln dieser Landesregierung den Kommunen über 350 Millionen € vorenthalten. Das ist die Bilanz dieser Landesregierung im Umgang mit den Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

An Dreistigkeit ist es nicht zu überbieten, wenn sich dann der Finanzminister noch rühmt – er hat es auch hier wieder getan –, die Zuweisungen für die Betriebskosten der Kindergärten um 5,8 Millionen € anzuheben, und dabei verschweigt, dass auch diese Erhöhung voll aus dem Topf der Kommunen finanziert wird.

Keine müde Mark aus dem Landesetat.

Weiterhin müssen wir kritisch anmerken, dass die Ansätze für den ÖPNV und – hören Sie genau zu – die Dorferneuerung gekürzt wurden und das bisher schon drastisch zusammengestrichene Programm für Abwasseranlagen und den Hochwasserschutz nur auf äußerst niedrigem Niveau weitergeführt wird – zum Schaden des Handwerks und der mittelständischen Betriebe.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie schon über den Mittelstand klagen, dann denken Sie einmal an Ihr Handeln.

Der Umgang der Landesregierung mit dem so erfolgreichen Dorferneuerungsprogramm ist schon ein Skandal. Erst werden durch eine verunglückte Verwaltungsreform im LFN-Bereich die Bewilligung und die Abwicklung von Maßnahmen in der Dorferneuerung auf die lange Bank geschoben. Durch die Haushaltssperre im Mai werden die privaten Maßnahmen gesperrt. Durch den Bewirtschaftungserlass vom Juli werden die EU- und Bundesmittel gesperrt und dann wieder freigegeben.

All dies führt dazu, dass notwendige Maßnahmen in diesem Jahr nicht mehr umgesetzt werden und Haushaltsreste entstehen. Das wird dann wieder zum Vorwand genommen, um für das kommende Jahr die Mittel für die Dorferneuerung drastisch zu kürzen. Das ist die Politik dieser Landesregierung bei einem erfolgreichen Programm wie der Dorferneuerung.

(Beifall bei der SPD)

Die neue mittelfristige Finanzplanung spiegelt die erhebliche Vorbelastung durch die falsche Politik der Landesregierung wider. Einerseits zeigt sie die negative Auswirkung der gestiegenen Neuverschuldung der Jahre 2000, 2001 und des laufenden Jahres auf die zukünftige Zinsbelastung. Die Zinsausgaben binden im hohen Maße Mittel, die für die Erfüllung wichtiger Landesaufgaben, besonders in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Verbesserung der Infrastruktur, dringend notwendig wären.

Andererseits steigen die Kreditmarktschulden weiter und sollen am Ende des Planungszeitraumes auf über 28 Milliarden € ansteigen. Die vorgesehene Steigerung der bereinigten Gesamtausgaben liegt über der vom Finanzplanungsrat vereinbarten Zielgröße.

Die angestrebte Neuverschuldung für die Jahre 2004 und 2005 liegt nur unwesentlich unter der zu hohen Neuverschuldung des kommenden Jahres. Dass für beide Jahre aber noch Kürzungsvorgaben von 230 Millionen € bzw. 310 Millionen € nicht konkretisiert sind, zeigt, auf welchem unsicheren Fundament diese Finanzplanung steht. Anders ausgedrückt: Daher ist diese Finanzplanung Offenbarung einer verfehlten Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD steht für eine nachhaltige Finanzpolitik, nachhaltige Finanzpolitik unter dem Stichwort „konsolidieren, gestalten und Schwerpunkte setzen“. Die Position der SPD für die Finanzpolitik der kommenden Jahre ist klar und eindeutig:

Erstens. Konsolidierung der Staatsfinanzen. Aufgrund der enormen Hypotheken und des finanzpolitischen Scherbenhaufens, den die Regierung Koch am Ende der Legislaturperiode hinterlässt, ist ein Kassensturz dringend notwendig.

Zweitens. Ausschöpfung der Steuerquellen und Steuergerechtigkeit im Vollzug der geltenden Gesetze durch eine Verstärkung der hessischen Steuerverwaltung, insbesondere der Betriebsprüfung.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Gezielte Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges. Diese beiden Punkte werden dazu beitragen, dass die Steuereinnahmen des Landes stärker werden. Es wird sich auch lohnen, weil ab dem Jahre 2005 im Länderfi-

nanzausgleich der Selbstbehalt für die einzelnen Länder deutlich ansteigen wird. Deswegen müssen wir dies tun.

Viertens. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen sehr klar: Konzentration auf Schwerpunktprogramme, wie der schrittweise Ausbau der freiwilligen Ganztagschule, Verbesserung der Vorschulerziehung, berufliche Ausbildung für alle Jugendlichen nach dem Schulabschluss – das sind die klaren Schwerpunkte, die dieses Land umsetzen muss, und wir stehen dazu.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt die Steigerung der Aktivitäten im Wohnungsbau,

(Gerhard Bökel (SPD): Sehr richtig, da muss etwas kommen!)

die aus dem Sondervermögen zu finanzieren sind, wenn das Sondervermögen von Ihnen nicht vorher geplündert wird. Damit ist dies möglich.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, am Ende einer Legislaturperiode muss man zur Finanzpolitik die interessante Frage stellen, wie der Regierungschef selbst die Finanz- und Haushaltspolitik seiner eigenen Regierung sieht. Immerhin hat er zu Beginn dieser Legislaturperiode klare Zielsetzungen vorgegeben. Herr Koch ist ja für eine klare Sprache. Erstes Zitat: „Die neue Landesregierung wird nicht von ihren Versprechen abrücken. Sie wird die von ihr verursachten Mehrausgaben durch Minderausgaben in anderen Bereichen ausgleichen.“ Zweites Zitat: „Die neue Landesregierung wird die Ausgabenprogramme des Landes inhaltlich durchforsten, effektiver gestalten und auf Einsparmöglichkeiten hin überprüfen. Mittelfristig ist es unsere Absicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.“ – Meine Damen und Herren, so weit Originalton Koch.

(Frank Lortz (CDU): Das war alles gut!)

Der Vergleich zwischen den Vorgaben und den Realitäten der Finanzpolitik ist vernichtend. Neue Programme wurden durch Draufsatteln finanziert, und die Konsolidierungspolitik wurde leichtfertig aufgegeben. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Von einem ausgeglichenen Haushalt ist diese Landesregierung weiter denn je entfernt. Die Neuverschuldung steigt und steigt. Der Zuwachs der Nettoneuverschuldung mit steigender Tendenz statt Reduzierung ist leider die finanzpolitische Realität dieser Regierungspolitik.

Wenn Sie diese Vorgaben von Herrn Koch mit Ihrer Finanzpolitik vergleichen, kann man nur sagen: Diese Finanzpolitik ist gescheitert. Es ist nichts davon eingetreten – genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen, indem ich sage: Mit Ihrer Finanzpolitik hinterlassen Sie eine große Hypothek für die Zukunft. Glücklicherweise ist dies aber der letzte Haushalt dieser Regierung. Unser Land hat eine bessere Finanzpolitik verdient. Dafür werden wir in der nächsten Legislaturperiode sorgen. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege von Hunnius für die FDP-Fraktion.

(Heinrich Heidel (FDP): Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht!)

Roland von Hunnius (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kahl, Ihre Rede war eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen kommt nur Dichtung!)

Wenn man das vor seinem Auge Revue passieren lässt, muss ich sagen: Die Dichtung hat deutlich überwogen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die zukünftige Entwicklung von Wirtschaft und Finanzen ist so ungewiss wie kaum je zuvor. Die aktuelle Situation, wie sie sich schon in Steuereinnahmen und an gesamtwirtschaftlichen Erwartungen widerspiegelt, ist schon zwischen dramatisch und katastrophal einzuschätzen.

Wer diese beiden Tatsachen leugnet, ist bestenfalls ein Ignorant, schlimmstenfalls ein Lügner oder ein Wähler-täuscher.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

Wie die Reaktionen auf das Wahlergebnis sind, haben Sie möglicherweise festgestellt: Der DAX ist am Tag darauf um 4,9 % gesunken.

(Lachen bei der SPD – Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Und vorher?)

Das ist die Zuversicht, die dieses Wahlergebnis bei der Wirtschaft hervorgerufen hat. Das liegt exakt auf der Linie der Entwicklung, die sich schon seit Jahren abzeichnet. Seit dem Jahre 2000 ist das Geschäftsklima für das verarbeitende Gewerbe in Deutschland ununterbrochen negativ. Der Index ist zum dritten Mal hintereinander gesunken.

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für dieses Jahr wird inzwischen auf 0,7 % geschätzt. Die unter Bundesfinanzminister Eichel für das Jahr 2003 offiziell ausgegebene Parole von 2,5 % ist allenfalls als geprahlt einzuschätzen.

Meine Damen und Herren, es hat schon seinen Grund, dass der Bundesfinanzminister die Europäische Union seit Monaten darauf warten lässt, wie seine Einschätzung für dieses Jahr noch ist. Er gibt sie nicht heraus. Es wird eine spannende Prognose werden. Ich kann Ihnen vorher-sagen: Was er zu melden hat, ist die Überschreitung des Maastrichtkriteriums von 3 %. Das will er halt nicht so schnell sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt ist die Wahl herum, und er wird vielleicht etwas Zeit finden.

Der von Rot-Grün zu verantwortende Stillstand der Wirtschaftsentwicklung auf hohem Niveau der Arbeitslosigkeit

keit und die handwerklichen Fehler, die bei der Steuerreform gemacht worden sind, hinterlassen ihre Brems Spuren bei den Steuereinnahmen des Landes Hessen.

Diese Steuereinnahmen sanken in den ersten sieben Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 9,6 Milliarden auf 7,9 Milliarden €, also um 17,7 %. Herr Kollege, das ist der Rückgang der Steuereinnahmen insgesamt und nicht nur der Rückgang der Körperschaftsteuer. Wir bekommen überhaupt keine Körperschaftsteuer mehr. Auch das wissen Sie. Das waren einmal stolze 208 Millionen, jetzt sind es minus 1,028 Milliarden € – in den ersten sieben Monaten also ein Rückgang von 1,2 Milliarden €.

Das ist die Folge der Politik von Rot-Grün im Bund. Da können Sie hundertmal sagen, das muss Hessen ausgleichen. Das kann Hessen nicht ausgleichen, sondern wir müssen mit diesen Rahmenbedingungen leben und das Beste daraus machen.

Der frühere Bundesaußenminister Genscher hat schon Recht, wenn er über die jetzt wieder ins Amt kommende Bundesregierung sagt:

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Der redet zurzeit nur über Möllemann!)

Es gab keine Bundesregierung, die jemals ihr Amt mit einer so schweren Erblast angetreten hat, wie die zweite Regierung von Rot-Grün in Berlin. – Das ist die Erblast, die hier zu verarbeiten ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ihr vorher 27 Jahre lang regiert habt, das ist die Erblast, mein Lieber!)

Die Situation, die wir von Berlin geliefert bekommen, muss von allen Bundesländern bewältigt werden. Sie ist weiß Gott nicht hessengemacht.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Im Gegenteil: Hessen ist dank seiner klugen Wirtschafts- und Technologiepolitik, dank vorausschauender Einsparungen bei den Personalausgaben und dank einer vorsorglichen Ausgabensperre besser gewappnet als die meisten anderen Länder. Das zeigt der direkte Vergleich z. B. zu Nordrhein-Westfalen. Dann sehen Sie, was dort ist und was hier ist. Ich lade Sie einmal ein, die Staatsverschuldung und die Reaktionen auf die sinkenden Einnahmen zu vergleichen, wie es dort passiert und wie es hier passiert. Viel Spaß dabei.

Dies alles, was Hessen an Wirtschafts- und Finanzpolitik leistet, trägt dazu bei, die negativen Auswirkungen zu verringern. Beseitigen kann Hessen die falsche Bundespolitik bedauerlicherweise nicht allein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb bleibt das Land vor die Aufgabe gestellt, erstens die Ausgaben im Haushaltsvollzug 2002 und im Haushalt 2003, der heute vorgelegt und diskutiert wird, den bescheidenen Einnahmen anzupassen, zweitens dabei den kontraktiven Prozess der Wirtschaft nicht noch zusätzlich zu verstärken und drittens insbesondere die zukunftsgerichteten Schwerpunkte hessischer Landespolitik auch unter widrigen Umständen umzusetzen. Das ist die dreifache Aufgabe, diese ist schwer zu lösen. Das Resultat der Lösung liegt hier mit dem Haushaltsplan vor.

Unter diesen Umständen war es unerlässlich, dass Finanzminister Weimar eine Ausgabensperre erließ, die später gezielt durch eine spezielle Haushaltsbewirtschaftung ersetzt wurde. Alles andere wäre unverantwortlich gewesen.

Diese Maßnahmen sollen dazu führen, dass die Ausgaben des Landes im laufenden Jahr gegenüber dem Haushalts-soll um den Betrag von 500 Millionen € reduziert werden, sodass dem erwarteten Einnahmeausfall Rechnung getragen wird.

Was macht die Opposition? Die Opposition – deren Parteifreunde in Berlin munter durch immer neue Steuern die Bürger quälen, munter immer mehr Geld ausgeben und munter den Ländern das Geld aus der Tasche ziehen –, diese Opposition versucht in Wiesbaden den doppelten Haushaltsrittberger.

Zum einen hinterfragt sie in gespielter Besorgnis um die Erreichung des Einsparziels, welche Beträge in welchen Einzelpositionen gekürzt werden. Das ist doch sehr sorgfältig, Sie wollen wissen, was wo gekürzt wird. Bekommen wir 500 Millionen € zusammen? Auch der Kollege Kahl hat gerade diese Frage thematisiert.

Zum anderen beklagt sie lauthals jede, aber auch wirklich jede bekannt werdende Minderausgabe, und seien es auch nur 5.000 €, als skandalös, unverantwortlich, unsozial und ungerecht.

(Norbert Schmitt (SPD): Jawohl, das ist auch skandalös, bei Frauenhäusern zu kürzen! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Bist du dort regelmäßig Besucher?)

Meine Damen und Herren, es geht nicht beides. Sie können nicht auf der einen Seite einklagen, dass hier eingespart wird, und auf der anderen Seite jede Einsparung verurteilen.

Jede und jeder, die oder der vom Land tatsächlich oder vermeintlich weniger Geld bekommt als erwartet oder weniger als im Vorjahr, ist darüber natürlich nicht begeistert und wird von Ihnen als Kronzeuge vorgeblich verfehlter Finanzpolitik missbraucht. Damit versuchen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die bundespolitischen Ursachen der Entwicklung zu vertuschen, und täuschen die Bürgerinnen und Bürger über die Tatsache hinweg, dass Sie weder in der Lage sind, die Situation zu analysieren, noch die Einnahmeprobleme durch angepasstes Ausgabeverhalten zu lösen.

Sie setzen auf billigen, kurzfristigen Populismus. Natürlich ist immer derjenige mein Freund, dem ich sage, er bekommt mehr Geld – ganz einfach. Sie setzen mehr darauf als auf langfristige verantwortliche Politik. Meine Damen und Herren, das nimmt Ihnen auf Dauer niemand mehr ab. Es wird höchste Zeit, dass Sie in der Wirklichkeit landen, Problembewältigung ist angesagt und nicht Blinden-Kuh-Spiel.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Überlegen wir doch ganz einfach nach den Gesetzen der Logik, was denn nun eigentlich erforderlich ist und was möglich ist.

(Ilse Stiewitt (SPD): Wovon reden Sie die ganze Zeit?)

Wenn das Faktum sinkender Einnahmen unbestritten ist – darüber gibt es wohl keinen Zweifel –, gibt es doch nur zwei mögliche Handlungsalternativen. Die erste Alternative lautet: Die Ausgaben werden entsprechend reduziert. Die zweite Alternative lautet: Man steckt den Kopf in den Sand, widmet sich dem Gesundbeten oder verdrängt die Wirklichkeit. Das sind die beiden Möglichkeiten, die Sie haben.

(Erika Fleuren (SPD): Das macht die Landesregierung!)

Nein, Sie haben noch eine dritte, die rot-grüne Möglichkeit, die heißt nämlich Steuern erhöhen oder neue Steuern einführen. Die dritte Möglichkeit wollen wir nun weiß Gott nicht wählen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP) – Zuruf der Abg. Hildegard Klär (SPD))

Wer die Notwendigkeit des Einsparens anerkennt, der kann nicht gleichzeitig beklagen, wenn genau dies geschieht. Das ist das, was Sie hier permanent praktizieren. Das ist unseriös, unehrlich, und das ist eine Politik, die in der Opposition vielleicht durchgehen mag, die aber hoffentlich niemals in der Regierung betrieben wird.

Sie haben sich von seriöser Finanzpolitik längst verabschiedet,

(Norbert Schmitt (SPD): Wir?)

und Sie verlegen sich ganz und gar auf verbale Kraftmeierei. Aus Ihrem Mund habe ich keinen einzigen Vorschlag zum Einsparen gehört. Bitte bringen Sie einen einzigen Vorschlag zum Einsparen. Sagen Sie: Wir sind dafür, die sich abzeichnenden Mindereinnahmen auszugleichen, indem wir da und da und da sparen. Sagen Sie es. Wir hören es nicht.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es gibt nur Kritik an den Punkten, an denen sich Einsparungen abzeichnen. Das ist Ihre Politik. Das kann und wird auch nicht aufgehen.

(Reinhard Kahl (SPD): SAP zum Beispiel! – Norbert Schmitt (SPD): Wir sparen uns diese Regierung!)

Meine Damen und Herren, das nimmt Ihnen keiner mehr ab. Nein, um das Einsparen führt in Wahrheit kein Weg herum, und auch Sie müssten in dieser Situation einsparen.

Die Vorlage des Nachtragshaushalts – ich komme jetzt auf den hier mit behandelten Punkt – hingegen ist eine Festlegung, die angesichts des sich täglich verändernden Szenarios viel zu starr wäre. Sie selbst wissen, wie schnell sich die Zahlen überholen. Hier kann nur ein Maßnahmenbündel greifen, das die Landesregierung in die Lage versetzt, flexibel zu reagieren und sich der jeweiligen Situation anzupassen. Deshalb ist der Antrag auf Vorlage eines Nachtragshaushalts abzulehnen. Lassen Sie die rituelle Entrüstung, beteiligen Sie sich stattdessen an aktiver Politikgestaltung.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler (FDP) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da habe ich keine Hoffnung bei denen!)

– Die habe ich auch allmählich aufgegeben, Herr Kollege Hahn. Aber die Bürger und die Wähler werden es in Hessen noch merken.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat man bei den 18 % gesehen!)

– Herr Kollege, vergleichen Sie doch einmal den Zuwachs Ihrer hochverehrten Partei bei der Bundestagswahl mit dem Zuwachs der FDP, und dann machen Sie Ihre Bemerkung bitte noch einmal.

(Heiterkeit bei der FDP)

Der Haushaltsentwurf für 2003 ist, trotz eines geplanten Ausgabenzuwachses um 1,2 %, ein Sparhaushalt. Er setzt deutliche Schwerpunkte. Dies bedeutet natürlich im Umkehrschluss: Wenn ich Schwerpunkte setze, dann muss ich bestimmte Bereiche nicht ganz so stark forcieren. Ich kann nicht Schwerpunkte im gesamten Haushaltsbereich setzen. Also müssen sich andere Bereiche unterdurchschnittlich entwickeln. Sonst gäbe es keine Schwerpunkte. Das ist der Sinn von Schwerpunktbildung.

Mir ist klar, dass SPD und GRÜNE jede einzelne Haushaltsposition, die im Jahr 2003 gegenüber 2002 nicht mit einem kräftigen Anstieg geplant ist, mit ihren Krokodilstränen benetzen werden. Auch hier frage ich: Was ist die Alternative?

Ich biete Ihnen drei Alternativen an. Die erste Alternative wäre, den Haushalt insgesamt mit einem geringeren Ausgabenwachstum zu fahren. Wenn Sie das wollen, können Sie das gern tun, aber dann können Sie nicht mit Recht beklagen, dass notwendige Ausgaben in den Bereichen Wirtschaft und Bildung unterbleiben. Wie ich höre, möchten Sie in dem Bereich Bildung im nächsten Jahr noch mehr ausgeben. Also kann das wohl nicht aufgehen.

Zweite Alternative: mehr ausgeben. Das wäre unsolid und Maastricht-widrig.

Die dritte Alternative ist, auf jede Schwerpunktbildung zu verzichten. Das ist das Ende von Politik.

Was also wollen Sie?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben nichts anzubieten, außer Gequengel und Gemecker, und beklagen eine Haushaltspolitik, die nicht mehr kann und nicht mehr darf als das Beste aus dem zu machen, was uns Berlin liefert – im Sinne einer Schwerpunktbildung im Lande.

In Wahrheit haben GRÜNE und SPD keine Alternative und versuchen, dieses Dilemma durch lautes Getöse zu übertönen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu Ihnen haben wir immer eine Alternative, Herr Kollege!)

mit Versprechungen ohne Deckung oder mit dem Hintergedanken, das dafür erforderliche Geld durch neue Steuern oder Abgaben vorher dem Bürger aus der Tasche zu ziehen – nach dem Modell der Grundwasserabgabe oder der Ökosteuern. Das ist wahrlich keine Alternative.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank Lortz (CDU))

Um auf die Schwerpunkte zurückzukommen, nenne ich Ihnen unsere. Sie lauten Bildung, Wirtschaft und innere Sicherheit. Setzt man die geplanten Gesamtausgaben ohne die nicht direkt zurechenbaren Einzelpläne Finanzverwaltung und Hochbau gleich Hundert, dann ergeben sich folgende Anteile für die aus unserer Sicht mit Vorrang zu behandelnden Ausgabenblöcke – und Sie sehen, dass dahinter eine gezielte Politik steht, die Ihnen vorgelegt wird.

Erster Ausgabeblock: Kultus, Wissenschaft und Kunst. Diese Bereiche nehmen 48,2 % der Ausgaben in Anspruch, also fast die Hälfte des gesamten Haushalts. Der Zuwachs dort beträgt 150 Millionen €.

Zweiter Schwerpunkt: Inneres, Sport und Justiz. Hier werden 20,3 % des gesamten Haushalts ausgegeben, bei einem Zuwachs von 20 Millionen €.

Dritter Schwerpunkt: Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie Wohnungsbau, der zum gleichen Ressort gehört. Dieser Anteil beträgt 13,8 % mit einem Zuwachs von 43 Millionen €.

Das ist eine Haushaltspolitik, die Schwerpunkte setzt. Sie spiegelt genau das wider, was wir uns in unserer Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben, nämlich Bildung, Wirtschaft und innere Sicherheit nach vorn zu bringen. Das sind die Schwerpunkte der Regierungspolitik von FDP und CDU in Hessen. Sie mögen andere haben, dann nennen Sie sie bitte. Bisher haben wir nichts davon gehört. Eines aber geht nicht: Mehrausgaben fordern, möglichst in jedem sich bietenden Bereich, aber gleichzeitig verschweigen, wie die Deckung erfolgen soll.

(Zuruf von der Opposition: Das macht doch keiner!)

Die peinliche Veranstaltung der SPD-Presskonferenz mit wohlklingenden Ankündigungen zur Schulpolitik bei betretenem Schweigen auf die Frage nach der Finanzierung,

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Was Sie da erzählen, stimmt überhaupt nicht!)

diese peinliche Veranstaltung, Herr Kollege Kahl, lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Waren Sie dabei?)

– Wir waren dort schon vertreten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie waren aber nicht in der Lage, zu sagen, woher das Geld kommen soll, und das ist der entscheidende Punkt. Wüssten Sie es, hätten Sie es mit Sicherheit gesagt, davon darf ich wohl ausgehen.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das ist alles durchgerechnet!)

Mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf hat die Landesregierung verhindert, dass Hessens Bürgerinnen und Bürger vom Virus verfehlter Berliner Wirtschafts- und Finanzpolitik infiziert werden. Wir lassen es nicht zu, dass Rot-Grün nach dem Ruinieren der Konjunktur – und damit der Finanzausstattung der Länder – nun auch noch die fortschrittliche Schul-, Hochschul-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik Hessens kaputtmacht. Meine Damen und Herren, deshalb dieser Haushaltsentwurf, wie er hier vorgelegt wurde.

Trotz schwierigster Rahmenbedingungen und unter extrem problematischen Voraussetzungen – der Finanzminister hat einige davon beleuchtet – ist es gelungen, erforderliche Ausgabensteigerungen zu realisieren. Hier einige Beispiele, ich muss sie noch einmal nennen. Ich will sie kürzer nennen, als das bereits geschehen ist, aber man muss Ihnen das immer wieder vorhalten, weil Sie den Eindruck erwecken wollen, hier würde das Geld geradezu verpulvert: etwa die beispielhaften Anstrengungen bei der Unterrichtsversorgung mit viereinhalbtausend neuen Stellen, das ist eine Leistung dieser Landesregierung, die sich natürlich im Haushalt widerspiegelt. Die beispielhafte Anstrengung Hochschulpakt – der wird planmäßig umgesetzt. Neben 7,7 Millionen € für Sach- und Investitionsausgaben werden weitere Mittel für das Innovations-

budget in Höhe von 15,3 Millionen € aus der Zukunftsoffensive bereitgestellt. Die gibt es nur aufgrund unserer Politik, sie ist entstanden durch Veräußerungen von Landesvermögen und -beteiligungen. Sie hätten diese Zukunftsoffensive nicht finanzieren können.

Für den Straßenbau 69,5 Millionen € – ein sehr hoher Betrag, auf den das jetzt verstetigt wurde, der Finanzminister hat das genannt. Wir kommen hier von einem Stand von 20 Millionen €, den wir vorgefunden haben.

Ich nenne weiter die Überführung des mittleren Dienstes der Polizei in die zweigeteilte Laufbahn: Hier wurden 362 Stellen eingeführt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na! Das haben Sie eingeführt? Halleluja! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Abgeschlossen haben wir das!)

– Nein, sie sind aufgewertet worden. Herr Kollege, ich freue mich, wenn Sie gut zuhören und bin sofort bereit, einen Lapsus Linguae zu korrigieren, wenn Sie mich darauf aufmerksam machen.

Ich komme auf einen Bereich zurück – leider ist Herr Kollege Schmitt nicht mehr im Saal –,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist gut so!)

der mir als einem Bergsträßer besonders am Herzen liegt. Es geht um die Martin-Buber-Stiftung in Heppenheim. Das Land löst hier ein Versprechen ein, das Ministerpräsident Eichel vor Jahren gegeben, aber nie eingelöst hat. Die Einlösung hat er wohlweislich seinen Nachfolgern überlassen. Es ist gelungen, trotz der wirklich sehr, sehr schwierigen und angespannten Haushaltssituation die Entscheidung zu treffen, dass sich das Land Hessen an dieser Stiftung beteiligt, und zwar mit Mitteln der Zukunftsoffensive.

Dies ist eine Stiftung, die sich der Zukunft widmet: im interreligiösen Dialog zwischen Christentum, Judentum und Islam. Dieser Dialog ist wichtiger denn je, nicht erst seit dem 11. September des vergangenen Jahres. Das Land macht hier mit. Ich darf wirklich hoffen, dass die Bundesregierung der Aufforderung folgt, sich ebenfalls an dieser Stiftung zu beteiligen. Der Ministerpräsident hat einen Brief nach Berlin geschrieben, schon lange vor der Bundestagswahl, aber bisher ist meines Wissens noch keine Antwort eingegangen. Es wäre schön, wenn Berlin hier mitzöge und man nicht unter Fingerzeigen sagte, die Hessen sollen das alleine machen. Hessen geht bei dieser Angelegenheit voran, weil dies wirklich wichtig ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir setzen hier mit einer Stiftung mit Sitz in Heppenheim ein deutliches Zeichen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf hat ein Gesamtvolumen von 21,7 Milliarden €. Darin enthalten sind Einnahmeverbesserungen in Höhe von 0,4 %. Dies reicht trotz fortgesetzter Einsparungen im Personal- und Ausgabenbereich, trotz der realisierten Kostensenkungen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und einer bewusst zurückhaltenden Ausgabenpolitik nicht aus, um zugleich die Senkung der Nettoneuverschuldung zu ermöglichen. Ich sage Ihnen: Das ist für die Fraktion der FDP der Punkt, der uns bei diesem Haushaltsplanentwurf am meisten wehtut. Natürlich hätten wir furchtbar gern die Nettoneuverschuldung weiter gesenkt, wie das in der mittelfristigen Finanzplanung stand.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ach so!)

Aber das wird uns leider von Berlin verwehrt. Unsere Bemühungen um die Senkung der Neuverschuldung erfahren eine Verzögerung durch die Berliner Politik, und bedauerlicherweise müssen wir uns dem fügen. Falsch wäre es aber, die eingeleitete Politik Hessens zur Zukunftsbeiwältigung auf dem Altar der gescheiterten rot-grünen Bundesregierung zu opfern. Das wäre das Falscheste. Damit würden wir die Bürgerinnen und Bürger Hessens unter dem Leiden lassen, was in Berlin versiebt worden ist.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank Lortz (CDU))

Falsch wäre es auch, die Investitionsquote, die – das gebe ich Ihnen gern zu – mit 10 % ohnehin kein Rekordniveau hat, zu reduzieren und damit den hessischen Mittelstand zu gefährden. Falsch wäre es, drittens, nach rot-grünem Vorbild in Wiesbaden und Berlin die Bürgerinnen und Bürger mit einer neuen Steuer zu schröpfen und ihr verfügbares Einkommen weiter zu verringern.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Diese drei Dinge kommen für uns als FDP nicht infrage. Deshalb ist es leider unvermeidlich, aber sachlich gerechtfertigt, die Grenze der Neuverschuldung auszu-schröpfen

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

und die verfügbaren Rücklagen größtenteils einzusetzen. Der Einsatz von 200 Millionen € aus dem Vermögen des Hessischen Investitionsfonds in Höhe von 100 Millionen € für die Kommunen und 100 Millionen € im Sinne des Landes ist unter diesen Umständen zu rechtfertigen und zu akzeptieren.

Wenn der Landrat des Kreises Bergstraße bei der Einbringung des Nachtragshaushalts 2002 ausdrücklich der Hoffnung Ausdruck gibt, dass das Gespräch der Spitzenverbände mit dem Finanzminister in diesem Punkt voll aufgehen möge, damit im kommenden Jahr die Finanzausstattung auch des Kreises Bergstraße besser wird als sonst zu befürchten, dann muss ich mich doch wirklich fragen, ob Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ernsthaft dagegen sein können. Können Sie denn im Ernst wollen, dass den Kommunen im kommenden Jahr 150 Millionen € weniger zur Verfügung stehen? Oder sind Sie nicht auch der Meinung, dass es richtig ist, die Senkung um 100 Millionen € abzufedern? Die 50 Millionen €, die noch übrig bleiben, sind schwer genug zu verkraften.

An der Zweckbindung des Fondsvermögens – daran darf es keinen Zweifel geben – darf nicht gerüttelt werden. Der Bestand wird durch Zufluss der Haftungsprämie von der Helaba auf Normalniveau aufgestockt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Der Prozess des Verschuldungsabbaus in Hessen wird durch die Bundespolitik verzögert. Er wird aufgehalten, aber er wird nicht verhindert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagen Sie auch jedes Jahr und machen das Gegenteil!)

Der Finanzplan weist die beabsichtigte Reduzierung der Neuverschuldung in Raten aus, von 879 Millionen € im Jahre 2002 bis zu einem Zwischenstand – ich betone: Zwischenstand – von 470 Millionen € im Jahre 2006. Dies ist angesichts der gegenwärtigen Umstände – und die sind unerfreulich genug – ein ehrgeiziges Ziel. Dieses Ziel ist aber erreichbar, wenn drei Voraussetzungen erfüllt werden.

Erste Voraussetzung ist die Korrektur der für den Mittelstand ungünstigen steuer- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland. Dieser Korrektur wird sich auch die jetzige Bundesregierung nicht verwehren können, oder sie wird zusehen müssen, wie die Wirtschaft noch weiter runtergeht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die zweite Voraussetzung ist die Beseitigung der handwerklichen Fehler in der verabschiedeten Steuerreform.

Die dritte Voraussetzung – und das ist der Beitrag, den Hessen mit seiner Koalition und dieser Landesregierung leisten kann und leisten wird – ist die beschleunigte Fortsetzung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung und Vermögensaktivierung, von der neuen Verwaltungssteuerung über forcierte Veräußerung von Beteiligungen und Immobilienverkäufe, über die Nutzung der Personalentwicklungsbörse, den Einsatz des Hessischen Immobilienmanagements bis zur Konzentration des Landes auf seine eigentlichen Aufgaben und Kernkompetenzen.

Das sind die drei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit das Ziel, das wir uns gesetzt haben, nämlich die Neuverschuldung zu reduzieren und mittelfristig auf null zurückzuführen – der Ministerpräsident hat es bereits genannt –, erreicht werden kann.

Für die Einhaltung der ersten Bedingung – dabei ging es um die Rahmenbedingungen – kämpfen wir im Bundestag in der Rolle der Opposition und im Bundesrat in der Rolle eines Organs, das sehr kritisch überwachen wird, was hier passiert.

Wir erwarten eine zweite Korrektur der handwerklichen Fehler; das muss in Berlin einfach passieren. Ich glaube nicht – obwohl Herr Metzger jetzt nicht mehr da ist; wieder einmal ist ein Stück Sachverstand aus der Fraktion der GRÜNEN verschwunden –, dass man dort so weitermachen wird, wie man angefangen hat.

An der dritten Bedingung arbeiten wir mit Zustimmung der hessischen Wählerinnen und Wähler selbst – und zwar in den nächsten fünf Jahren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Kaufmann hat das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits im vergangenen Jahr habe ich den eingebrachten Haushaltsentwurf als Bankrotterklärung der Landesregierung und der sie tragenden Koalition bezeichnet. Die folgenden Beratungen und der in diesem Jahr zu betrachtende Vollzug des Haushalts lassen die damalige Beurteilung mittlerweile als ausgesprochen

schmeichelhaft für die Regierung und die Koalition erscheinen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was sich dieser Finanzminister leistet und damit uns und den hessischen Bürgerinnen und Bürgern zumutet, spottet zwischenzeitlich jeder Beschreibung. Selbst der Kollege Lortz wird dem zustimmen.

(Frank Lortz (CDU): Du spottest jeder Beschreibung!)

Meine Damen und Herren, der heute eingebrachte Haushaltsentwurf ist eine kaum noch für möglich gehaltene Steigerung des Desasters. Im vierten Jahr der Regierung Koch/Wagner ist Hessen pleite und kann seine Verpflichtungen nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Das hindert diese Regierung und auch den Kollegen Lortz offensichtlich keineswegs daran, nach wie vor den Mund voll zu nehmen und sich in Lobhudeleien ergehend, Sprüche über den Stolz und die eigene Großartigkeit klopfend und Versprechen machend durchs Land zu reisen. Wäre das Land ein Unternehmen mit Namen Hessen AG, sähe sich der Finanzminister dem Vorwurf der Konkursverschleppung ausgesetzt, und der Staatsanwalt müsste tätig werden.

(Frank Lortz (CDU): Der war auch schon besser!)

So unverantwortlich wie diese Regierung hat noch keine ihrer Vorgängerregierungen dem Land und den in ihm lebenden Menschen Schaden zugefügt. Sie verschleudert das Landesvermögen und häuft ständig wachsende Schuldenberge an. So konsequent wie diese Koalition hat noch keine vor ihr die Realitäten negiert und alle Warnungen in den Wind geschlagen. Wie Sektierer, die sich im Besitz der alleinigen Wahrheit wähnen, ignoriert die schwarz-gelbe Regierung nicht nur die finanzwirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern ebenso alles, was um sie herum auf der Welt passiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man muss sich die Frage nach dem Grund für diese unverantwortliche Handlungsweise stellen. Wenn man die gesamte Performance dieser Landesregierung betrachtet – wir haben dieses höchst zweifelhafte Vergnügen schon seit dreieinhalb Jahren –, erkennt man, dass ein Motiv in den Vordergrund tritt. Oberstes Gebot des Regierungshandelns sind offensichtlich die Karriere von Roland Koch und sein Marsch auf die bundespolitische Bühne.

(Frank Lortz (CDU): Ach du lieber Gott!)

Er will mit aller Macht an die Spitze, und das zieht er ohne Rücksicht auf Verluste durch, die dadurch für Hessen entstehen können. Bei der kommenden Landtagswahl will er das Ticket für die Kanzlerkandidatur im Jahre 2006 lösen. Das ist sein allererstes Ziel. Alles, was ihn diesem Ziel näher zu bringen scheint, wird unternommen.

(Gerhard Bökel (SPD): Das verhindern wir noch!)

Eine nachhaltige, zukunftsorientierte Politik spielt keine Rolle. Die Zukunft Hessens wird der persönlichen Karriere geopfert.

(Frank Lortz (CDU): Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, nach dem Ergebnis vom Sonntag zu urteilen hat Schwarz-Gelb in Hessen keine Mehrheit.

(Frank Lortz (CDU): Wartet es ab!)

Die Perspektiven für die kochsche Karriere sehen also eher düster aus. Doch die Erfahrung im Umgang mit der Lüge als unvollständiger Offenbarung des vollständigen Wissens kommt dabei dem Karrieristen durchaus zupass. In den wenigen Monaten bis zur Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Hessen wird es wohl noch gelingen – so denkt man es sich offensichtlich –, das Ausmaß des Desasters in der hessischen Politik und insbesondere die Finanzlage zu verschleiern.

(Frank Lortz (CDU): Für euch wird das schwer werden!)

In diesem Szenario spielen die Kabinettsmitglieder natürlich nur noch die Rolle von Statisten, die bedingungslos auf die Regieanweisungen ihres Chefs zu hören haben. Das gilt leider in besonderem Maße für den Finanzminister, der spätestens seit dem Herbst letzten Jahres von der besonderen Gnade seines Chefs abhängig ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Wir alle erinnern uns noch sehr gut an die Affäre um den Nachtragshaushalt des Jahres 2001, als Minister Weimar im Parlament die Unwahrheit gesagt hat und zur Vertuschung seines Fehlverhaltens einen verdienten Mitarbeiter abstrafen wollte. Das konnten wir als Opposition verhindern. Der Schaden an der politischen Kultur, der dadurch angerichtet wurde, besteht allerdings fort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir leben mit einem Finanzminister weiter – wir leben nicht nur mit ihm, sondern wir leiden auch an ihm –, der seine besondere, ihm nach Verfassung und Gesetz des Landes Hessen obliegende Verantwortung schlicht ignoriert.

(Frank Lortz (CDU): Das wird ja immer schlimmer!)

Nach den Worten des Ministerpräsidenten ist er ein „prima“ Finanzminister,

(Frank Lortz (CDU): Jawohl!)

sicherlich vor allem deshalb, weil er nichts zu sagen hat. Deshalb lohnt es sich für ihn offensichtlich nicht, sich bei seiner Arbeit auch nur ein kleines bisschen Mühe zu geben.

Meine Damen und Herren, die heutige Rede zur Einbringung des Haushalts war der deutliche Beweis für die fehlende Gestaltungsbereitschaft. Da wir wieder die endlosen Tiraden über die verfehlte Bundespolitik zu hören bekommen haben, müssen wir Sie, Herr Weimar, jetzt daran erinnern, dass die Bundestagswahl vorbei ist. Ihr Wahlkampf ist verloren. Nehmen sie die Platte endlich herunter, und schmeißen Sie den Stehsatz weg, denn wir haben ihn schon zum Erbrechen oft gehört, ohne dass er durch seine gebetsmühlenhafte Wiederholung richtig geworden wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vorgelegte Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 ist ebenso wie die Einbringungsrede des Finanzministers ein Dokument der Hilflosigkeit. Die aktuell völlig desolante Haushaltssituation wird weder zutreffend analysiert noch

auch nur ansatzweise aufgearbeitet. Zwischen dem, was uns der Finanzminister als Haushaltsplan präsentiert, und der Realität liegen Welten. Zwischen dem, was uns der Finanzminister heute Nachmittag vorgetragen hat, und der Realität liegen ebenfalls Welten.

Uns allen ist noch gut im Ohr – Sie haben es ja erheblich beklatscht –, wie er davon gesprochen hat, dass Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern beim Wirtschaftswachstum an der Spitze liegt. Nun liegt allerdings heute eine dpa-Meldung mit der Überschrift „Hessens Wirtschaft schrumpft stärker als in Gesamtdeutschland“ vor. Anhand der Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass Hessen, was das Wirtschaftswachstum angeht, auf Platz zwölf liegt – und das bei einem Minus von 0,5 %. So viel zur Aktualität und zur Realität dessen, was uns der Finanzminister heute vorgetragen hat.

Im laufenden Jahr zeigen die Haushaltssperre und die nachfolgenden Bewirtschaftungsregelungen doch sehr anschaulich, dass der Haushaltsplan des Jahres 2002 nur noch fürs Altpapier taugt. Die Reaktion der Regierung auf die Nachfragen der Opposition zu den konkreten Sparmaßnahmen ist weiterhin überaus dreist. De facto werden die Fragen überhaupt nicht beantwortet. Man könne erst beim Jahresabschluss etwas dazu sagen.

Meine Damen und Herren, das heißt doch auf gut Deutsch, man will erst nach dem 2. Februar, also nach dem Wahltag, erklären, was und wo etwas eingespart werden musste. In dieses Bild passt auch die Tatsache, dass der Finanzminister die Stellungnahme des Rechnungshofs zu unserem Vorwurf, den Haushaltsplan 2002 zu manipulieren, nicht herausrücken will. Seit mehr als vier Wochen hält er sie zurück. Da fragt man sich doch: Warum? Ist das Ergebnis etwa nicht nach seinem Geschmack? Fest steht: Nach der Haushaltsberatung im vergangenen Winter war klar, dass das, was der Landtag beschlossen hat, nicht dasselbe ist wie das, was der Finanzminister anschließend veröffentlicht hat. Es wird höchste Zeit, dass in dieser Frage endlich Klarheit geschaffen wird und wir den Bericht des Rechnungshofs zu sehen bekommen.

Meine Damen und Herren, mit der Methode des Versteckens und Verschleierns und damit, dass Sie höchstens die Hälfte sagen, kommen Sie nicht durch. Was Sie sich an Pflichtverletzungen gegenüber dem Haushaltsgeber und gegenüber der Öffentlichkeit leisten – damit wollte ich eigentlich alle Kabinettsmitglieder ansprechen, aber in dieser Debatte sitzt der Finanzminister allein auf der Bank; das gilt für alle Debatten –, ist in der Geschichte Hessens bislang beispiellos. Sie versuchen, den Haushaltsvollzug zur Geheimsache zu erklären, und Sie lassen insbesondere die Zuwendungsempfänger im Unklaren darüber, ob und wann sie mit Landesmitteln rechnen können.

Wird der Druck im Einzelfall zu groß, dann wird eine Zusage nachgeschoben, ohne allerdings die Finanzierung sicherzustellen. Der Kollege Kahl hat es vorhin am Beispiel der gemeinschaftsfinanzierten Aufgaben schon vorgeführt.

Meine Damen und Herren, was wir heute präsentiert bekommen haben, ist erkennbar der absichtsvoll eingeschlagene Weg zum verfassungswidrigen Haushaltsvollzug, wie wir ihn schon im Jahr 2001 erleben mussten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Schon im letzten Jahr war eine Anstrengung der Regierung und insbesondere des Finanzministers, auf rückläufige Steuereinnahmen angemessen zu reagieren, leider in keiner Weise erkennbar. Mehr noch, der Kollege von Hunnius hat heute deutlich gemacht: Bei dieser Koalition besteht noch nicht einmal der Wille, sich an die verfassungsrechtlichen Vorgaben zu halten. Anstelle dessen gibt es das ständige Wehklagen über die Schuld anderer. Das sind aber keine zielgerichteten Maßnahmen.

(Frank Lortz (CDU): Die Wahrheit!)

Wenn dies Teil der Wahlkampfstrategie gewesen sein sollte, so kann man feststellen – Sie haben es vielleicht noch nicht mitbekommen, meine Damen und Herren von der Koalition, ich sage es Ihnen noch einmal –: Diese Strategie ist nicht aufgegangen. Rot-Grün regiert auch in den nächsten vier Jahren im Bund. Die Steuerreform wird konsequent zu Ende gebracht.

(Michael Boddenberg (CDU): Warten wir noch einmal ab!)

Wie wir alle wissen, ist dies für die Staatseinnahmen von sehr großem Vorteil, da sich die Versprechungen der hiesigen Koalition als Herausforderer im Wahlkampf auf Bundesebene über weitere Verkürzungen der Staatseinnahmen geradezu überschlagen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Zwischen 70 und 100 Milliarden € fehlende Haushaltsmittel zusätzlich – wie die Parteien von Koch und Wagner sie gefordert haben – wären bei einem Anteil von unter 10 % für Hessen immerhin noch ein zusätzliches Loch von mehr als 5 Milliarden €.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie das selbst geschrieben? So hört sich das jedenfalls an!)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal an, was die Regierung in jüngster Zeit zustande gebracht hat. 2001: eine Nettoneuverschuldung von 1.161 Millionen €. In diesem Jahr sind 651 Millionen € geplant, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht ausreichen werden, denn in den Steuereinnahmen sind für das laufende Jahr 12.326 Millionen € geplant, was eine Steigerung um 7,5 % gegenüber 2001 bedeutet. Wenn jetzt wieder geklagt wird, dass Einnahmen fehlen, dann stelle ich fest, dass diese Zahl offensichtlich von Anfang an Fantasie gewesen ist und allein dazu dient, den Haushalt zu schönern.

Eine besondere Dreistigkeit ist in unseren Augen auch das Rundschreiben an die Zuwendungsempfänger und -empfängerinnen im sozialen Bereich. Dort wurde – das war vor dem 22. September – nicht nur in drastischer Form Wahlkampf zulasten der Bundesregierung gemacht, sondern es mussten auch noch die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich des Vorjahres zur Begründung der diesjährigen Zuweisungskürzungen herhalten.

Meine Damen und Herren, dazu sind zwei Anmerkungen zu machen. In den Länderfinanzausgleich hat Hessen im vergangenen Jahr weniger einzahlen müssen, als im Haushaltsplan ursprünglich veranschlagt war. Zweitens geht es um Kürzungen in diesem Jahr. In diesem Jahr – das haben wir heute schon gehört – sind die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich noch einmal deutlich zurückgegangen. So versuchen Sie, die Leute zu verdummen und vor der Bundestagswahl Bewilligungsbescheide als Propagandainstrument für die hessische Regierungskoalition und

für die Stürmer auf den Bundeskanzlersessel in Berlin zu nutzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist, wie wir wissen, nicht gelungen. Im Übrigen kann man nur anmerken: auch hier die gewohnte Praxis des Umgangs dieser Regierung mit der Wahrheit.

Meine Damen und Herren, in der Haushaltssituation, die Sie – damit meine ich die Koalition – herbeigeführt haben, ist es geradezu abenteuerlich, für das kommende Jahr Steuereinnahmen – alle meine Zahlen sind nach Abzug des Länderfinanzausgleichs berechnet – von 12.427 Millionen €, also 8,4 % mehr als 2001, zugrunde zu legen. Doch genau dies tun Sie. Mit der gleichzeitig vorgesehenen Nettoneuverschuldung von 879 Millionen € wird bereits in der Planung die Verfassungsgrenze vollständig ausgereizt. Da ist nicht nur von Konsolidierung überhaupt keine Rede mehr. Zum wiederholten Male ist dem Landeshaushalt die Verfassungswidrigkeit ins Gesicht geschrieben.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Zum wiederholten Male ist die Investitionsquote deutlich unter 10 %. Sie dümpelt weiter auf historischem Tiefstniveau. Angesichts dieser Daten des Haushaltsentwurfs ist es doch ein Hohn, sehr geehrter Herr Kollege Lortz als Zwischenrufer,

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

wenn die Redner der Koalition – ich meine damit den Finanzminister und den Kollegen von Hunnius – das Papierkonvolut, genannt Haushaltsplan, auch noch loben und völlig entfernt von der Wirklichkeit das finanzpolitische Desaster im Lande Hessen schönreden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Leider ist mit diesen Feststellungen noch lange kein Ende mit den vorgesehenen haushaltswirtschaftlichen Fouls und Tricks. Die Mittel der Zukunftsoffensive – das ist bereits angesprochen worden – werden zur Haushaltsdeckung geplündert. Selbst das von den Kommunen im Investitionsfonds angesparte Geld wird zugunsten des Staatshaushalts abgezweigt. Jetzt kommen Sie mit dem Argument, dass auch für die kommunale Seite Entnahmen in Richtung KFA vorgesehen sind. Das ist und bleibt ein Rückgriff auf Geld, das dem Land nicht gehört. Die vorgesehene Verteilung von je 100 Millionen € folgt doch nach klassischer Ganovenmanier

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

dem Motto: „Wenn es um fremdes Geld geht, machen wir halbe-halbe“ – nicht wahr, Herr Kollege Lortz?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Frank Lortz (CDU): Unverschämt!)

Das Parlament hat einstimmig und das Volk mit großer Mehrheit am Sonntag der Einführung des Konnexitätsprinzips zugestimmt.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wenn jetzt auf den letzten Drücker, kurz bevor das Gesetz in Kraft tritt, noch schnell Gelder der Kommunen für den Staatshaushalt requiriert

werden, kann man doch nur noch den Kopf schütteln. So hat sich bestimmt keiner die Konnexität vorgestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf so etwas kommen in der Tat nur die Schwarzgeldexperten in der Landesregierung.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na! – Rudolf Haselbach (CDU): Ich nehme an, Sie wissen gar nicht, was Konnexität bedeutet!)

Meine Damen und Herren, wenn ich beim Stichwort Schwarzgeld bin, dann spreche ich über, leider nicht mit dem Ministerpräsidenten. Eine kurze Betrachtung des Einzelplans 02 zeigt zum wiederholten Male eine Stellenausweitung in Kapitel 01: 6,5 weitere Beamten- und 3 Angestelltenstellen werden dem kochschen Kampagnenteam in der Staatskanzlei einverleibt.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Zusätzlich wird der bestehende Stellenpool für Bedienstete, die zur EU entsandt sind, aufgelöst und ebenfalls in den Stellenpool der Staatskanzlei einbezogen.

(Frank Lortz (CDU): Völlig überfordert!)

So ergibt sich die zusätzliche Möglichkeit, z. B. temporär weiteres Personal zu engagieren, um den Ruhm des Ministerpräsidenten wahlwirksam zu mehren.

(Beifall des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ergänzt wird die Personalaufblähung noch durch die passende so genannte Organisationsreform in der Staatskanzlei, die weitgehend an den Bediensteten vorbei von oben herab verordnet wird. Denn wenn über 90 % der Bediensteten die Vorgehensweise der Umorganisation nicht gut finden, kann man eigentlich kaum davon ausgehen, dass dies ein Erfolg werden kann. Was der hessische Steuerzahler, außer dass er dafür zahlen muss, davon hat, bleibt in der Tat das Geheimnis der Landesregierung.

(Zuruf des Ministers Jochen Riebel)

Meine Damen und Herren, hier zeigt es sich im Detail, was das Gesamtbild des Haushaltes ist: Für Roland Koch ist die Hessische Staatskanzlei seine Startrampe nach Berlin. Diesem Ziel müssen sich alle anderen unterordnen. Deshalb ist ihm die weitere Entwicklung, insbesondere der Finanzlage Hessens, herzlich gleichgültig.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg?

Frank Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein, erlaube ich nicht. – Hauptsache, bis zur Landtagswahl kann er den Mund weiterhin voll nehmen und alles Tolle versprechen. Da ist es ihm nur noch wichtig, dass sich das Desaster verbergen lässt und die Verantwortung für doch bekannt werdende Skandale auf andere – die Bundesregierung oder die Vorgängerregierung; das sind die beiden Hauptziele, die man dann nennt – abgewälzt werden kann.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie glauben doch spätestens seit Sonntagabend – das sieht man Ihren

Gesichtern auch an – selbst nicht mehr ernsthaft an einen Erfolg bei der Landtagswahl.

(Lachen bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Die Lustlosigkeit, ja die Wurstigkeit, mit der der Finanzminister seinen Job herunterreißt,

(Lachen bei der CDU und der FDP – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

und die langweilige Hauruck-Rhetorik, mit der aus den Reihen der Koalition mit den finanzwirtschaftlichen Problemen des Landes umgegangen wird, machen dies überdeutlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind am Ende Ihrer Regierungskunst, mit der es von Anfang an nicht weit her war. Da läuft nur noch das Schema ab. Sie reden von Stolz und Leistung, sind aber nicht in der Lage, die Probleme auch nur ansatzweise zu lösen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie stehen vor einem beachtlichen Scherbenhaufen und können noch nicht einmal einen Handfeger bedienen.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na! – Gerhard Bökel (SPD): Jawohl!)

Meine Damen und Herren, die erste Lesung ist sicherlich nicht der Zeitpunkt, sich in die Details der Einzelpläne zu vertiefen. Das tun wir nach der kursorischen Lesung zu späteren Zeitpunkten. Einige durchaus charakteristische Beispiele sollten aber heute doch erwähnt werden. Immer wieder tönt es lautstark aus der Koalition – da ist vor allem die blau-gelbe Hessen-CDU vorne –, dass der Staat seine Aufgaben reduzieren solle und der Wirtschaft das überlassen müsse, was die Wirtschaft besser könne.

Doch die Praxis weist das Gegenteil aus. Das Restaurant der Landesvertretung in Berlin soll wieder selbst bewirtschaftet werden. Die Verpachtung wird beendet. Das ist ein zugegebenermaßen kleiner, aber doch sehr bezeichnender marktwirtschaftlicher Sündenfall – nicht wahr, Herr Kollege von Hunnius? Es ist nicht nur nicht der erste dieser Art, er zeigt auch, dass selbst bei Kleinigkeiten bei Ihnen Anspruch und Wirklichkeit Lichtjahre voneinander entfernt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man fragt sich wirklich, ob die vielen Millionen Euro für die Umsetzung der neuen Verwaltungssteuerung und die Verwaltungsmodernisierung, die auch im kommenden Jahr wieder ausgegeben werden sollen, nicht rausgeschmissen sind, wenn Sie selbst in einem so vergleichsweise banalen Fall wie der Bewirtschaftung eines Restaurants wieder alles von der Behörde selbst machen lassen wollen.

(Lothar Klemm (SPD): Unglaublich!)

Anspruch und Wirklichkeit – dieser Widerspruch zieht sich als schwarz-gelber Faden durchgängig durch den Haushaltsentwurf. Nehmen wir ein Beispiel von ganz oben in Ihrer politischen Prioritätenliste: das wichtige Thema Ganztagsangebote an den Schulen, das von Ihnen immer wieder gerne als familienpolitische oder als bildungspolitische oder als was weiß ich für eine Offensive tituliert wird. Wer mitgezählt hat, wird wahrscheinlich bemerkt haben, es ist die 73. Offensive.

Diese Ganztagsangebote sind Ihnen für ganz Hessen zusätzlich den Gegenwert von 80 Stellen wert. Der Finanzminister hat dies extra lobend erwähnt. Da soll noch irgendeiner glauben, dass Sie es ernst meinen. Ganz grob überschlägig entfällt damit – selbst wenn man nur die Grundschulen zählt, und für die allein soll es wohl nicht sein – auf jede dieser Schulen der Gegenwert von knapp einer zehntel Stelle. Das sind vielleicht, auch ganz grob überschlägig, 4.000 € für ein ganzes Jahr.

(Gerhard Bökel (SPD): Das reicht gerade zum Zuschließen, dass die Kinder nicht abhauen!)

Meine Damen und Herren, das ist keine Offensive, das ist eine Beerdigung letzter Klasse.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Eltern werden von Ihnen für dumm verkauft in der Hoffnung, dass auch dies keiner merkt, zumindest nicht vor dem 2. Februar. Da haben Sie große Hoffnungen, denn es soll erst im kommenden Schuljahr beginnen. Das ist nach der Landtagswahl. Also kann man das noch vertuschen.

Ein zweites Beispiel auch von der Spitze Ihrer Prioritätenliste sei genannt, auch der Finanzminister hat dieses angesprochen: Der hoch gerühmte Hochschulpakt legt fest, dass der Etat der einzelnen Hochschulen im Jahr 2003 nicht mehr als 1 % niedriger ausfallen darf als der Vorjahresetat. Nur, peinlich, peinlich für Sie: Ein Nachrechnen an der Uni Marburg enthüllte eine Einbuße von 4,5 Millionen € oder 2,5 %. Was geschah? Sofort kam das vehemente Dementi der Ministerin. Dann kam Adam Riese aber doch noch zu seinem Recht, und die in Marburg ermittelte Kürzung wurde im Ministerium nachvollzogen. Jetzt soll ein Nachzahlungsscheck die Wogen glätten. Doch noch wird über Höhe und Dauer gestritten. Die Finanzierung ist offen. Auch das ist wahrlich keine Regierungskunst, sondern der blanke Dilettantismus, soweit dies nicht doch wieder ein absichtlicher Trick war, frühestens nach der Wahl Farbe bekennen zu müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn es in den selbst erklärten Schwerpunkten aller oberster Priorität – wir haben es heute wieder gehört –, die diese Koalition gesetzt hat, schon so aussieht, was kommt dann erst in einem vergleichsweise von Ihnen für nachrangig erachteten Bereich auf uns zu? Ich spreche vom Einzelplan 08, ein seit 1999 von Schwarz-Gelb gern ausgebeuteter Steinbruch zur Finanzierung von Deckungslücken.

Abgesehen davon, dass der Begriff des Sozialhaushalts wohl doch etwas missverstanden wäre, wenn man von ihm die besondere Unterstützung anderer Not leidender Budgets erwarten wollte, lässt ein Blick hinein als Erstes weitere Offensiven erkennen. Auch hier ist angesichts des tatsächlichen Bedarfs ein Mehr von 600.000 € für die Offensive für Kinderbetreuung wohl nicht mehr als ein übler Scherz, über den die hessischen Eltern kaum werden lachen können.

Ansonsten entdecken wir gerade im Sozialetat die südamerikanische Variante der Haushaltsgestaltung.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Durch ständiges Hin- und Herschieben der Titel wird viel Staub aufgewirbelt, keiner hat mehr den Durchblick, aber

am Ende kommt nichts dabei heraus. So sieht es in Ihrem Sozialetat aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, so wundert es auch nicht, dass natürlich vielfältige kleine wie größere Kürzungen das Bild bestimmen, sei es bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Wohnsiedlungen oder bei offenen Erziehungshilfen für die sozialen Brennpunkte, um nur zwei Beispiele anzutippen. Wo besonders große Ankündigungen im Raum stehen – es ist ja schon ziemlich peinlich, dass ich schon wieder das Wort „Offensive“ in den Mund nehmen muss, hier OFFENSIV-Gesetz, daran sei erinnert –, da werden Mittel ausgewiesen, die an anderer Stelle im gleichen Sozialbudget abgezogen werden. So gibt es Geld für Jobcenter durch Abstriche beim Programm „Ausbildung statt Sozialhilfe“. Die Integration der Sozialhilfeempfänger soll natürlich der Bund bezahlen. Mittel für die Kinderbetreuung, um allein erziehenden Sozialhilfeempfängerinnen überhaupt erst die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit zu geben – wir alle haben die Rhetorik von Roland Koch noch gut im Ohr –, was ist damit? Schlicht: Fehlzanzeige.

Meine Damen und Herren, Anspruch und Wirklichkeit – im Haushalt wird der Unterschied deutlich. Besonders in der Sozialpolitik, die der Koalition erkennbar ziemlich lästig ist, kann man nichts als Trostlosigkeit erkennen. Es gibt auf neue Probleme überhaupt keine Antworten, von innovativen Arbeitsplätzen ganz zu schweigen. Es wird besonders lustlos abgewickelt und zusammengestrichen, ohne Rücksicht auf die Folgen, die uns insbesondere in der Zukunft wachsende Probleme bescheren werden.

In Hessen ist die Jugendarbeitslosigkeit um 17 % gestiegen. Eine Antwort oder wenigstens der Versuch dazu im Etat der Sozialministerin – mal wieder Fehlzanzeige.

Meine Damen und Herren, ein letztes Beispiel aus dem Sozialetat will ich auch deshalb noch anführen, weil die Koalition sich hier nicht nur von ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung verabschiedet hat, sondern auch weil einmal mehr Lasten einseitig auf die Kommunen abgewälzt werden sollen. So schließt sich der Kreis von der Finanzwirtschaft zur Fachpolitik. Konnexität versteht die Landesregierung zumindest gründlich falsch.

Ich spreche jetzt von der Umsetzung des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes. In diesem Bundesgesetz steht, dass Länder und Kommunen die Leistungen aus der Pflegeversicherung gegenfinanzieren müssen. Doch was steht im Etat der Sozialministerin? Nichts. Oder wie die Werbung heutzutage sagt: niente. Kein Cent. Also rechnet die Landesregierung offensichtlich damit, dass die Kommunen allein dafür aufkommen müssen. Oder wollen Sie in Hessen den Pflegebedürftigen die ihnen zustehenden gesetzlichen Leistungen total verweigern?

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 ist ein in nüchternen Zahlen zusammengefasstes Argument, warum am 2. Februar diese Koalition samt ihrer Regierung abgewählt gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Siegbert Ortman (CDU): Quatsch!)

Sie wissen doch selbst: Die Mehrheiten wechseln bei einer Wahl nicht deshalb, weil die Opposition so schön ist, sondern weil die Regierung so schlecht ist.

(Gerhard Bökel (SPD): Und hier kommt beides zusammen!)

In Hessen muss man speziell noch hinzufügen: auch weil sie so unehrlich ist und keinerlei Vertrauen verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer einen solchen Haushalt vorzulegen wagt, hat erkennbar auch keine hohe Meinung von sich selbst. Er ist hilflos und flüchtet sich in die Irrealität. Dieses Urteil bestätigt der Finanzminister leider auch persönlich durch sein Agieren gegenüber Parlament und Öffentlichkeit.

(Gerhard Bökel (SPD): Er telefoniert gerade!)

Herr Weimar, so oft, wie Sie uns bereits die Unwahrheit gesagt haben, das ist in der Tat schon rekordverdächtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein in der Sache Staufenberg – wir sprachen heute schon darüber – sind bisher drei Falschaussagen manifest. Glauben Sie eigentlich, dass das, was Sie in den Haushaltsentwurf geschrieben haben und was Sie heute dazu gesagt haben, Ihnen noch irgendjemand abnehmen kann? Wortschwall statt Klarheit, Rhetorik statt Handeln und Fouls statt Fairness im Umgang mit Kommunen und Zuwendungsempfängern – das charakterisiert Ihre Finanzpolitik. Statt einen solchen Haushaltsentwurf vorzulegen, in dem die finanzwirtschaftlichen Daten nicht stimmen und mit dem der Weg in die Pleite beschleunigt wird, sollten Sie lieber Ihre Schulaufgaben machen und zunächst über einen Nachtragshaushalt die finanzielle Entwicklung im laufenden Jahr in den Griff bekommen.

Wahrscheinlich wird die Koalition diesen Antrag auf einen Nachtragshaushalt heute wieder ablehnen, wie das vor einem Jahr schon einmal so war. Nicht wahr, Herr Kollege Lortz, wir alle können nachlesen, was Sie damals gesagt haben. Aber einen Monat später kam nach einigen Turbulenzen und einem Fehlversuch der Entwurf des Nachtrags doch auf den Tisch. Eigentlich sollte Ihnen das eine Lehre gewesen sein. Indes, Sie wollen es dieses Jahr offensichtlich wieder genauso handhaben. Sie sind halt nicht in der Lage, etwas dazulernen.

Wahrscheinlich sagen Sie sich, dass es sich für Sie und für diese Regierung auch überhaupt nicht mehr lohnt, sich dem Stress der Haushaltskonsolidierung zu unterziehen. Denn im nächsten Frühling sind Sie die Last der Verantwortung eh wieder los. Doch, meine Damen und Herren von der Koalition, glauben Sie bitte nur nicht, dass Sie uns mit Ihrer desaströsen Finanzpolitik abschrecken könnten, für den Regierungswechsel zu kämpfen. Wir wollen Sie ablösen; denn es muss endlich Schluss sein mit den Fouls, die diese Regierung sich allenthalben leistet,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

damit in Hessen endlich wieder soziale und ökologische Politik für die Menschen gemacht wird und Nachhaltigkeit gerade auch in der Finanzpolitik nicht weiter ein Fremdwort bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Volker Hoff (CDU): Sie haben doch bewiesen, dass Sie es nicht können! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Hoff, vielleicht lernen Sie das auch noch. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Lortz für die Fraktion der CDU.

(Beifall des Abg. Uwe Brückmann (CDU) – Siebert Ortmann (CDU): Jetzt wird die Wahrheit gesagt!)

Frank Lortz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Klemm, es tut mir Leid. Aber ich bin nicht schuld daran, dass ich meine Rede um diese Zeit, so spät, erst halte. Sie haben eben so geguckt. Sie sind mit schuld daran.

(Lothar Klemm (SPD): Ich habe freundlich geguckt!)

– Sie brauchen gar nichts zu sagen. Sie gucken schon falsch, wenn ich mit meiner Rede anfangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn man der Rede des Herrn Kollegen Kaufmann zugehört hat, musste man sich fragen, von welchem Land er eigentlich gesprochen hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von diesem Land, von dem, das Sie gerade dabei sind zu ruinieren!)

Herr Kollege Kaufmann, Sie haben nahezu alles schlechtmacht. Sie haben gesagt, das würde alles nichts taugen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Regierung taugt nichts!)

Sie haben gesagt, alle seien pleite und man wisse nicht, wo das hinführe. Ich glaube, Sie haben das verwechselt. Herr Kollege Kaufmann, das war die Abschlussbilanz nach acht Jahren rot-grüner Politik in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler und Roland von Hunnius (FDP))

Herr Kollege Kaufmann, wir sollten jetzt wieder zur sachlichen Beratung des Haushaltsentwurfs zurückkommen. Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 wollen wir die finanziellen Rahmendaten für die Landespolitik des kommenden Jahres markieren. Damit kommt es natürlich auch zu einer Bilanz und zu einem Abschluss dieser Legislaturperiode.

Die Probleme sind größer geworden. Das ist übrigens in allen Bundesländern so. Vor allem kommt es darauf an – dies ist die wichtigste Aufgabe der Politik –, in Zeiten knapper werdender Finanzmittel die richtigen Prioritäten zu setzen, intelligent und überlegt zu agieren, dem Notwendigem Vorrang zu geben und klaren Kurs zu halten.

Die Mehrheit von CDU und FDP ist 1999 angetreten, um die Fehlentwicklungen, die es nach acht Jahren rot-grüner Regierung in Hessen gab, zu beseitigen oder zumindest abzumildern.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihnen überhaupt nicht gelungen!)

Es sollten falsche Weichenstellungen korrigiert und neue Schwerpunkte gesetzt werden. Herr Kollege Kaufmann, mit vernünftiger Geschlossenheit sollten in zentralen Fragen der Landespolitik die Dinge zum Besseren gewendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Alles in allem kann man sagen, dass uns dies gelungen ist. Dies entstammt nicht nur unserer Selbsterkenntnis und stellt nicht nur Eigenlob für den eingeschlagenen Weg dar. Vielmehr ist dies auch das Urteil vieler neutraler Beobachter der politischen Vorgänge seit dem Jahr 1999.

Herr Kollege Klemm, Herr Kollege Kahl und Herr Kollege Kaufmann, dass die Opposition dieses Hauses dies anders bewertet und in üblicher Übertreibung von einer total gescheiterten Politik ohne Visionen spricht und uns glattweg die Kompetenz abstreitet, ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch Teil ihrer Aufgabe.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es stimmt aber auch!)

Mit der Wirklichkeit im Lande Hessen hat es nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Herr Kaufmann, wenn Ihnen nichts Besseres einfällt, als die sichtbaren Erfolge, die es in der hessischen Landespolitik unter dieser Mehrheit gegeben hat, zu leugnen, sie schlechtzureden und die Repräsentanten dieser Regierung persönlich zu diffamieren, werden Sie scheitern. Meine Damen und Herren, dieses bittere Erlebnis kann ich Ihnen nicht ersparen, zumal Sie in der Vergangenheit nicht in der Lage waren, realistische Alternativen zur Architektur der Landespolitik der CDU und der FDP aufzuzeigen.

Gerne wiederhole ich hier meine Aussage, dass wir sicherlich nicht alles richtig gemacht haben. Es kam auch zu Fehlern. Das eine oder andere ist nicht schnell und transparent genug über die Bühne gegangen. Es bleibt aber dabei: Unsere politischen Schwerpunktsetzungen haben sich bewährt. Was wir versprochen hatten, wurde in die Tat umgesetzt. In vielen Bereichen haben die Menschen den Glauben an die Handlungsfähigkeit der Landespolitik zurückgewonnen.

Von den Damen und Herren der SPD und der GRÜNEN wurde diese Vision, die Ministerpräsident Koch in seiner ersten Regierungserklärung im Jahre 1999 unterbreitet hat, mit Hohn und Spott bedacht. Das geht in die Köpfe der Roten und der GRÜNEN einfach nicht hinein. Sie konnten sich nicht vorstellen, dass man ganz einfach den Weg geht, das Gesagte in die Tat umzusetzen. Nach dreieinhalb Jahren Politik dieser Regierungskoalition kann man mit Fug und Recht feststellen, dass in Hessen vieles besser geworden ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Unser Land, das in der Mitte Deutschlands liegt, hat einigermehr aus seinen Standortvorteilen gemacht. In allen Leistungsdaten schließen wir zu den beiden führenden Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg auf. Da und dort haben wir sogar schon die Führung übernommen. Meine Damen und Herren, diese Regierung und vor allem der von Ihnen so angegriffene Ministerpräsident Roland Koch haben Hessen wieder nach vorne gebracht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Dieser Haushaltsplan ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss dieser Legislaturperiode und für den Start in weitere gute Jahre unseres Landes.

Ich habe schon einmal gesagt, dass es nicht nur zulässig, erlaubt und erwünscht ist, dass dies alles kontrovers diskutiert wird. Vielmehr ist dies in einer demokratischen Diskussion um den richtigen Weg notwendig und selbstverständlich, wenn es in einem Ton geschieht, der pointiert, aber nicht über Gebühr polarisiert, wenn Polemik und Arroganz von allen Seiten reduziert werden und damit letztlich der Blick darauf gerichtet wird, im fairen Wettbewerb das jeweils Beste zu erreichen. Damit wird auch eine gute Grundlage für die Beurteilung der Bürgerinnen und Bürger für ihre Wahlentscheidung geschaffen. Wenn dies so erfolgt, haben wir unsere politische Aufgabe erfüllt.

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir darauf hinarbeiten, nach der Landtagswahl in bewährter Formation als Regierungsfraktion unsere Arbeit fortzusetzen. Denn es ist noch viel zu tun, und wir wollen Ihnen die verdienstvolle Rolle der engagierten Opposition überlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Dorothea Henzler (FDP))

Jeder Landeshaushalt ist in das wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische und finanzpolitische Umfeld eingebettet. Er muss sich an den Rahmendaten des Bundes und an der Ausgangssituation orientieren, die sich heute stellt. Dazu ist schon viel gesagt worden. Deshalb kann ich das hier verkürzen. Ich will hier nur einen Punkt noch erwähnen. Eine Steuerpolitik, die den Mittelstand belastet und die Großkonzerne von Steuerzahlungen nahezu freistellt, ist falsch und kontraproduktiv.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie wissen doch selbst, dass die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weggebrochen sind. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer hingegen sind gestiegen. Die Kleinen subventionieren die Großen. Die soziale Schieflage hat sich verschärft. Das frühere finanzpolitische Musterland Deutschland liegt hinsichtlich des Wachstums ganz hinten. Diese miese konjunkturelle Situation und der desolate Zustand – –

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Kaufmann, lassen Sie mich doch einmal in Ruhe. Das hat mit der Bundestagswahl gar nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich weiß, dass wir sie verloren haben. Okay, das ist richtig. Ich hätte fast gesagt: Ich kann das auch nicht ändern. Herr Kollege Kaufmann, jetzt lassen Sie sich nicht so für den Sieg, für den Sie so zittern mussten, feiern, den Sie da zusammengestolpert haben. Das kann man nicht mehr mit ansehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Die Bundesregierung in Berlin ist nach wie vor für diese Rahmenbedingungen verantwortlich. Diese Rahmenbedingungen bringen alle Bundesländer und die Städte und Gemeinden in existenzielle Probleme. Das betrifft doch nicht nur Hessen. Das wissen Sie. Noch vor seinem Besuch beim Oktoberfest hat der sozialdemokratische Oberbürger-

meister von München, Herr Ude, gesagt, München sei wegen der falschen Finanzpolitik des Bundes pleite. Sinngemäß das Gleiche hat auch die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Frau Simonis, gesagt. Es ist doch unbestritten:

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Sie meckern nicht, weil Sie wissen, dass dies eine wörtlich zitierte Aussage von Helmut Schmidt ist. Es gibt eine Vielzahl von Kommentaren zu der falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das wissen wir.

Sie haben die Verschuldung angesprochen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kalkuliert für Deutschland in diesem Jahr schon ein Defizit von mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts. Es hat Deutschland damit in der Prognose an den letzten Platz noch hinter Portugal gesetzt. Wir wissen auch, warum diese Zahl vor der Bundestagswahl nicht bekannt gegeben wurde. Herr Kollege von Hunnius hat es gesagt. Aber auch das alles ist Schnee von gestern.

Der Einbruch bei den Steuereinnahmen und die höheren Ausgaben wegen der Arbeitslosigkeit haben das Defizit in die Höhe getrieben. Politisch verantwortlich dafür sind Rot und Grün in Berlin, die den Karren hinsichtlich der Finanz- und Steuerpolitik so an die Wand gefahren haben, dass sich die Situation ergeben hat, in der wir uns heute in diesem Land befinden. Das sind wirklich die letzten „Experten“, die uns hinsichtlich der Haushaltspolitik in Hessen Vorschriften machen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Trotz dieses ungünstigen bundespolitischen Umfeldes ist es unserem Finanzminister gelungen, einen Entwurf des Landeshaushalts heute zur ersten Lesung in den Landtag einzubringen, der nach meiner Überzeugung die Feststellung verdient, dass hier in schwerer Zeit Kurs gehalten wurde. Wir bemühen uns, das Land Hessen weiter voranzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Voraussetzung für die Realisierung dieses Haushaltes ist die Belebung der Konjunktur in den nächsten Monaten. Die Steuerschätzung im November 2002 wird zeigen, ob die Prognosen der Bundesregierung dieses Mal einigermaßen tragfähig sein werden.

Es herrscht nur bescheidene Hoffnung, zumal auf dem Tisch des Hauses ein Nachweis darüber liegt, mit welcher groben Fehlschätzungen der Bundesfinanzminister die Haushaltspolitik in der Vergangenheit manipuliert hat.

Die bereinigten Gesamtausgaben des Landes Hessen – nach Länderfinanzausgleich – bewegen sich in einer sehr bescheidenen Größenordnung. Der Zuwachs liegt bei 1,3 %. Er liegt damit erheblich unter dem Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Die Personalausgabenquote liegt bei 41,3 %. Die Investitionsquote, die mit 9,8 % angesetzt ist, ist sicherlich zu niedrig. Da sind wir uns alle einig. Sie muss in den Folgejahren weiter steigen. Sie ist aber nicht nur in Hessen zu niedrig. Herr Kollege Kahl, Sie kennen doch die Zahlen

aus Nordrhein-Westfalen und aus Niedersachsen. Das ist doch kein hessisches Problem. Es ist ein Länderproblem – aufgrund der Schiefe, in die uns die Bundesregierung gebracht hat.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zinssteuerquote liegt bei 11,3 %. Die Neuverschuldung beläuft sich auf 879 Millionen €. Damit liegen wir knapp unter der Verfassungsgrenze. Wir wollen uns selbst in die Verpflichtung nehmen, alles zu tun, damit die Verfassungsgrenze auch im Ist nicht überschritten wird. Ich verhehle nicht, dass es auch mir sehr viel lieber wäre, wenn wir eine deutlich niedrigere Nettoneuverschuldung ansetzen könnten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann tun Sie es doch!)

Dies gehört zur Haushaltswahrheit und -klarheit. Eines ist aber klar festzustellen: Wir haben im Lande Hessen mit der Etatpolitik des Finanzministers in den letzten Jahren nicht über unsere Verhältnisse gelebt. Die Ausgabenentwicklungen sind nämlich sehr moderat und restriktiv gewesen.

(Reinhard Kahl (SPD): Nein, Verdoppelung der Nettoneuverschuldung!)

Uns sind aber die Steuereinnahmen weggebrochen, insbesondere bei der Körperschaftsteuer. Dies ist – ich sage es zum wiederholten Mal – kein hessisches Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch Ihre Behauptung, bei den Körperschaftsteuermindereinnahmen handle es sich um einen Einmaleffekt, ist inzwischen leider widerlegt. Nach der chaotischen Entwicklung im Jahre 2001 müssen wir leider auch für das laufende Haushaltsjahr 2002 feststellen: Die Körperschaftsteuer fällt de facto als Einnahmeposten aus.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Ungeachtet der Tatsache, dass die Steuergerechtigkeit verletzt wurde, weil Kapitalgesellschaften auf einmal gegenüber den mittelständischen Unternehmen bevorteilt wurden,

(Heinrich Haupt (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

bleibt doch die offensichtlich nicht bedachte negative Entwicklung aufgrund der eingetretenen Strukturveränderungen. Das ist so. Der Körperschaftsteuersatz wurde auf 25 % gesenkt. Da dieser Prozentsatz bis zum Jahre 2001 – Kollege Kaufmann, hören Sie zu, lernen Sie hinzu – bei 30 % für die ausgeschütteten und bei 40 % für die thesaurierten Gewinne lag, geht die Schere jetzt deshalb auf, weil sich die Unternehmen diese Differenz vom Finanzamt auszahlen lassen können, sobald die ursprünglich zu 40 % versteuerten Rücklagen ausgeschüttet werden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist nun einmal so. Ihr Gemecker und Ihr weinerliches Gejammer über die Entwicklung der Nettoneuverschuldung in Hessen sind angesichts der Verantwortlichkeit und der klaren Benennbarkeit der Verursacher ungläubig und kameradschaftlich darauf hinweisen, dass die Kreditfinanzierungsquote mit 4,6 % immer noch um die Hälfte

niedriger ist als die Rekordfinanzierungsquote, die Sie im Jahre 1997 zu verantworten hatten. Der absolute Rekord bei der Nettoneuverschuldung in Hessen wurde im Jahre 1997 erreicht.

(Reinhard Kahl (SPD): Warum das?)

Ohne die Probleme auf der Einnahmenseite aufgrund des Wegfalls der Körperschaftsteuer hatte Rot-Grün die astronomisch hohe Zahl von 1,5 Milliarden DM zu verantworten.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wie war damals das Steueraufkommen?)

– Das war so. Das wissen Sie.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen immer nur die halbe Wahrheit!)

– So war es doch, Herr Kollege Kaufmann. Da waren Sie schon dabei.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich noch an die schwarzen Löcher? Wie war das mit der Goldreserve?)

Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Schuldenmanagement im hessischen Finanzministerium sehr lobend hervorheben, zumal hier nachweislich – und auch im Landesschuldenausschuss von allen Fraktionen anerkannt – durch professionelles Management dem Land viele Millionen € erwirtschaftet wurden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Herr Kollege Quanz, mit dem Haushalt 2003 finanzieren wir – für diese Legislaturperiode abschließend – unsere Schwerpunktinitiativen im Bereich der Schulpolitik, der inneren Sicherheit, der Wirtschaft und des Straßenbaus. Hier liegt nun einmal – das mag Ihnen wehtun, Sie haben es ja auch nicht geglaubt – ein ganz wesentlicher, ein wichtiger und zentraler Punkt der Politik der letzten dreieinhalb Jahre. Das Versprechen der Unterrichtsgarantie an hessischen Schulen ist heute zu 100 % erfüllt. Das ist eine Leistung dieser Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in einem beispiellosen Kraftakt – –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Priska, bist du wieder klar? Ihr habt ja noch einmal einen Parteitag. Da gibt es einen neuen Anlauf.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Wir haben in einem beispiellosen Kraftakt in mehreren Schritten 2.900 Lehrerstellen und zusätzlich 1.200 Lehrerstellen im Pflichtbereich geschaffen. Damit stehen heute 4.100 Lehrer mehr für die Unterrichtsversorgung nach der Stundentafel zur Verfügung als im Jahre 1998/99, Herr Kollege Holzapfel.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusätzlich gab es 1.600 neue Referendarstellen. Unter Ihrer Regierungsverantwortung hat sich die Zahl der Lehrerstellen kontinuierlich verringert – trotz ständig steigender Schülerzahlen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist Quatsch! 3.000 mehr in der ersten Periode!
– Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mittel für die Lehrerfeuerwehr sind unter unserer Verantwortung von 5,5 Millionen € auf nahezu 34 Millionen € angehoben worden. Ich erwähne die Initiative „Schule@Zukunft“ und die bessere Integration von Kindern, die die deutsche Sprache nicht beherrschen. Ich erwähne insbesondere die neue, zukunftsweisende und gerechte Landesförderung für die Betreuung an Schulen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Kollege Al-Wazir, auch Sie brauchen Betreuung, ich weiß aber nicht, wo. – Die Zahl der Betreuungsangebote an den Grundschulen in Hessen ist unter der neuen Mehrheit massiv gestiegen. Dies ist Tatsache.

(Beifall bei der CDU)

Mehr als 600 Millionen € haben wir in den letzten vier Jahren zusätzlich in den Bildungssektor investiert.

(Hildegard Pfaff (SPD): Alles kommunales Geld!)

Das war die richtige Investition. Hessen ist auf dem Weg zum Bildungsland Nummer eins in Deutschland. Dies ist sicherlich einer der größten Erfolge, wenn nicht sogar das Highlight der Bilanz dieser Regierung.

Meine Damen und Herren, Sie haben dem nichts entgegenzusetzen. Ihre Ganztagschulprojektion ist weder zu realisieren noch zu finanzieren.

(Zurufe von der SPD)

Den Parteien, die sich von 1991 bis 1999 als unfähig erwiesen haben – Herr Kollege Quanz, damals waren Sie für die Schulen noch nicht zuständig –, eine funktionierende Halbtagsschule zu organisieren, wird kein vernünftiger Mensch in Hessen abnehmen, dass sie Ganztagschulen in den Griff bekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

In Hessen wird wieder mehr in die innere Sicherheit investiert. Die Einzelheiten sind genannt worden. Nachdem in der vorherigen Wahlperiode die Ausgaben für die hessische Polizei stagnierten, die Sachausgaben für diesen Haushaltsbereich um 7 % gesunken sind, haben wir andere Markierungen gesetzt. Nur zur Erinnerung, weil er heute 70 Jahre alt wird: Im letzten Regierungsjahr von Walter Wallmann standen rund 9 Millionen € für Neuanschaffungen bei der Polizei zur Verfügung. 1999 waren es gerade noch 3,8 Millionen €.

Wir haben mit einem Sofortprogramm 20 Millionen € in die Hand genommen. Damit werden 1.300 neue Polizeiwagen – Sie haben gefragt: wann, wo und von wem – an die Präsidien ausgeliefert.

Das Programm „Zweigeteilte Polizeilaufbahn“ ist haushaltsmäßig umgesetzt. Mit den Zahlen des Haushaltes 2003 haben wir insgesamt den Mitteleinsatz für den Bereich der Polizei um 330 Millionen € steigern können. Das sind 14,5 % mehr als 1998 – für das Personal, für eine bessere Ausbildung, für eine bessere technische Ausstat-

tung und für eine verbesserte Mobilität unserer Polizei. Damit können wir uns sehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Wirtschaftspolitik der Koalition war erfolgreich. Während im Bund rot-grüne Stagnation herrschte, gab es in Hessen ein Wirtschaftswachstum von 1,5 %.

(Zurufe von der SPD)

Unsere Arbeitslosenquote ist erheblich niedriger als der Bundesdurchschnitt. In Hessen wurden die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen. Der Anteil der Direktinvestitionen in Hessen ist Spitze.

Ich weiß, meine Damen und Herren, dass solche Ergebnisse nur bedingt durch praktisches Handeln der Politik erreichbar sind. Wenn die politische Architektur aber so gestaltet ist, dass Initiativen nicht behindert, Sondersteuern für hessische Unternehmen abgeschafft und Investitionen in Innovationen und neue Technologien gefördert werden, leistet man schon einen erheblichen Beitrag.

Während unter Rot-Grün viele Unternehmen in Hessen die Zelte abgebrochen hatten

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– meine Damen und Herren, ich weiß, wovon ich spreche – und die Betriebsstätten in die Grenzregion der anliegenden Bundesländer verlegte, haben wir heute eine gegenteilige Entwicklung. Frau Hinz, fahren Sie einmal nach Alzenau. Große Unternehmen im Mittelstand wissen, dass sie in Hessen willkommen sind und ihnen möglichst wenige Steine in den Weg gelegt werden.

(Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dies hat etwas mit politischem Klima und mit Rahmenbedingungen zu tun.

Ein letzter Hinweis auf den Bereich des Landesstraßenbaus. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern Hessens zugesagt – dies gehört zu der Abteilung „versprochen und gehalten“, was der Finanzminister zitiert hat –, dass wir im Laufe der Legislaturperiode die Mittel für den Landesstraßenbau um 100 % erhöhen werden.

Dieses Versprechen haben wir eingelöst. Das Programm umfasst heute wieder 50 Millionen €, nachdem Sie den Straßenbau auf unter 20 Millionen € eingefroren hatten. Vor allem: In Hessen werden auch wieder Straßen gebaut. Wichtige Umgehungen kommen voran.

Die Menschen, die seit Jahrzehnten unter den direkten Beeinträchtigungen des Verkehrs vor der Haustür leiden mussten, werden entlastet. Diese Menschen haben den Glauben an und in die Politik wieder gefunden. Die rot-grüne ideologisch motivierte Blockade im Straßenbau ist – ich sage: Gott sei Dank – Geschichte.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das freut draußen die Leute und auch mich. Sie begrüßen es. Sie sagen es auch laut. Herr Kollege Klemm, der Bau der Umgehungsstraße in Seligenstadt geht munter weiter. Der zweite Bauabschnitt steht schon vor der Tür. Das wollte ich Ihnen freundschaftlich mitgeben.

Wir können stolz sein, dass es gelungen ist, trotz knapper werdender Finanzausstattung, kombiniert mit dem Modell der kommunalen Vorfinanzierung, mehr als 330 Millionen € in dieser Periode investiert zu haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen – weil Kollege Kaufmann die Landtagswahl angesprochen hat –: Gut vier Monate vor der Landtagswahl am 2. Februar können wir uns mit der Gesamtbilanz unserer Landespolitik sehen lassen. Versprochen und gehalten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Tschüs!)

Herr Schmitt, die zentralen Wahlaussagen wurden in die Tat umgesetzt, weil die Konzentration auf das Notwendige Vorrang vor der Realisierung aller wünschenswerten Programme hatte. Ihre frühere Politik der Beliebigkeit wurde durch konzentriertes Arbeiten hin zum konkreten Ergebnis in zentralen Punkten der Landespolitik ersetzt. Einiges davon konnten wir heute nicht ansprechen. Aber auf dem Sektor Landwirtschaft und Umwelt – lieber Herr Wilhelm Dietzel –, im Justizbereich, bei Wissenschaft und Kunst und auf dem sozialpolitischen Gebiet –

(Norbert Schmitt (SPD): Klimaschutz minus ein Drittel!)

überall hat sich in der Landespolitik einiges zum Besseren gewendet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Voraussetzung für eine Landespolitik aus einem Guss ist ein klares Sachprogramm, die richtige personelle Mannschaft und vor allem die Führung.

(Norbert Schmitt (SPD): So ein Stuss!)

Das Land Hessen hat heute im Konzert der Bundesländer wieder eine herausragende Bedeutung gewonnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dies ist neben der Leistung der Koalition und aller Minister des Kabinetts vor allem unserem Ministerpräsidenten zu verdanken. Die ersten vier Jahre dieser erfolgreichen Regierungsarbeit tragen sehr deutlich seinen Stempel. Namens der CDU-Fraktion danke ich ihm ganz ausdrücklich für seinen Einsatz, sein Engagement und die Fähigkeit, so viele Menschen für unser Projekt Hessen zu begeistern.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Abschiedsrede!)

Er hat seine Sache gut gemacht. Ich bin überzeugt davon, dass Hessen auch nach dem 2. Februar mit Roland Koch an der Spitze weiter nach vorne kommt. Mein Dank gilt der gesamten Mannschaft und besonders unserem Finanzminister Karlheinz Weimar.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Ihm ist es gelungen, unter schwierigsten Rahmenbedingungen, finanzpolitischen Einschlügen und dümmlichen und dreisten Beschimpfungen von Ihrer Seite – das will ich an der Stelle auch einmal sagen –

(Beifall bei der CDU und der FDP)

einen Etat auf die Beine zu stellen, der unserem Land Perspektive gibt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum guckst du den Reinhard Kahl an? Hättest mich angucken müssen!)

– Kollege Kaufmann, ich kenne Sie ja. Wenn ich Sie nicht kennen würde, wüsste ich es vielleicht nicht. Aber da ich Sie kenne, weiß ich es ja.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Finanzminister hat gemeinsam mit seinem Staatssekretär Abeln, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium eine gute Arbeit abgeliefert. Dafür danke ich ihm persönlich und sage ihm jede weitere Unterstützung für die Zukunft zu.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Das kann er brauchen!)

Meine Damen und Herren, das Haushaltsgesetz ist jetzt in den Händen des Parlaments. Bis zum Dezember können alle Fraktionen ihre besonderen Schwerpunkte setzen, Anträge einbringen, mit zusätzlichen Initiativen ihre sachpolitische Kompetenz beweisen. Ich wünsche uns dabei ein zwar kontroverses, aber – lassen Sie mich versöhnlich schließen – faires Miteinander.

(Heiterkeit bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Vor allem setze ich darauf – das werden Sie mir nachsehen –, dass dieser Etat des Jahres 2003 im Dezember verabschiedet

(Siegbert Ortmann (CDU): Einstimmig!)

und damit die Grundlage geschaffen wird, dass unser Land Hessen auch im Jahre 2003 und darüber hinaus von dieser Mehrheit klug, vernünftig und erfolgreich regiert werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe also die Aussprache und stelle fest, dass die unter den Punkten 4 a und b und 27 behandelten Gesetzentwürfe und Anträge dem Haushaltsausschuss zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen werden. Das brauche ich nur festzustellen. Sie brauchen darüber nicht abzustimmen. – Damit ist das geschehen.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Drucks. 15/4275. Nach § 59 Nr. 2 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sind Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen von vornherein dringlich und damit auf eine bereits festgelegte oder genehmigte Tagesordnung zu setzen – also Punkt 65.

Morgen haben wir bestimmt viel Freude, wenn es um die Platzierung geht. Vielleicht können sich aber die Fraktionssprecher auf das Prozedere einigen. Ein Fehler wäre es nicht. Ich stelle es einmal anheim.

Ich schließe die Sitzung für heute.

(Schluss: 18.37 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 a – Fragestunde)**Frage 716 – Abg. Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Höhe fördert das Land Hessen im Jahr 2002 Maßnahmen/Leistungen zur primären gesundheitlichen Prävention unter Berücksichtigung der Haushaltssperre nach derzeitigem Kenntnisstand?

Antwort der Sozialministerin Silke Lautenschläger:

Im Haushaltsjahr 2002 beläuft sich die Summe der Förderungen für Maßnahmen/Leistungen zur primären gesundheitlichen Prävention auf 1.379.000 €. Im laufenden Haushaltsvollzugsverfahren kommt es hier gegebenenfalls zu einer geringen Reduzierung. Eine abschließende Entscheidung hierüber ist noch nicht getroffen.

Frage 720 – Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Gibt es Überlegungen, nach der Lehramtsausbildung zur Sonderschullehrerin bzw. zum Sonderschullehrer nun auch andere Lehramtsstudiengänge an der Philipps-Universität Marburg zu schließen?

Antwort der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner:

Derartige Überlegungen der Universität Marburg sind mir nicht bekannt. In den bisherigen Beratungen meines Hauses mit der Universität Marburg über die geplanten Zielvereinbarungen gibt es keine Überlegungen, den dort angebotenen Lehramtsstudiengang für das Lehramt an Gymnasien zu schließen. Im Gegenteil, die Universität Marburg sieht in der Ausbildung von qualifizierten Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrern in insgesamt 23 Fächern eine zentrale Aufgabe, wie im Marburger Entwurf der Zielvereinbarung ausgeführt wird. Die Universität Marburg hat außerdem das Ziel der fachbereichsübergreifenden Koordination und Qualitätsentwicklung in der Lehrerbildung umgesetzt, indem eine Ständige Kommission für Lehrerausbildung eingerichtet worden ist, in der alle an der Lehrerausbildung beteiligten Fächer vertreten sind.

Frage 721 – Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Welches Ergebnis hatte die Sitzung der „Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Bewerber um die Kulturhauptstadt Europa“ am 26. Juni 2002?

Antwort der Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner:

Am 26.06.2002 hat sich die „Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Bewerber um die Kulturhauptstadt Europa“ konstituiert. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreterinnen und Vertreter der Bewerberstadt Kassel und der Region Frankfurt/Rhein-Main – Stadt Frankfurt, Kulturinitiative Rhein-Main und Planungsverband Rhein-Main – an. Die Arbeitsgruppe wird von meinem Hause moderiert.

In der Sitzung hat die Arbeitsgruppe einen ersten gegenseitigen Informationsaustausch vorgenommen. Insbesondere wurden die nachstehenden Kriterien der Europäischen Kommission, die für eine Bewerbung erfüllt werden müssen, nochmals vorgelegt. Danach müssen die Bewerberstädte angeben, wie sie folgende Ziele zu erreichen gedenken:

Herausstellen der den Europäern gemeinsamen künstlerischen Strömungen und Stile, zu denen die benannte Stadt Anregungen gegeben oder einen wesentlichen Beitrag geleistet hat;

Förderung von Veranstaltungen mit Kulturschaffenden aus anderen Städten der Mitgliedstaaten, die zu einer dauerhaften kulturellen Zusammenarbeit führen, und Förderung ihrer Mobilität innerhalb der Europäischen Union;

Unterstützung und Förderung des kreativen Schaffens als wesentlicher Bestandteil jeder Kulturpolitik;

Mobilisierung und Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an dem Projekt und damit Gewährleistung der sozialen Wirkung der Aktion und ihrer Kontinuität über das Jahr der Veranstaltungen hinaus;

Förderung des Empfangs von Bürgern aus der Union und der größtmöglichen Bekanntmachung der geplanten Veranstaltungen mit Hilfe aller multimedialen Mittel;

Förderung des Dialogs zwischen den europäischen Kulturkreisen und denen anderer Teile der Welt und in diesem Sinne Betonung der Öffnung gegenüber anderen und des Verständnisses für andere, die grundlegende kulturelle Werte darstellen;

Herausstellung des historischen Erbes und der Stadtarchitektur sowie der Lebensqualität in der Stadt.

Die Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Bewerber um die Kulturhauptstadt Europa hat in ihrer konstituierenden Sitzung verabredet, sich ad hoc zu weiteren Sitzungen zu treffen.

